

Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel

Die neuen grünen Wähler_innen
in Schleswig Holstein

Michael Lühmann, Christian von Eichborn, Daniela Kallinich, Katharina Rahlf
unter Mitarbeit von Andreas Wagner und Elena Ségalen

Inhalt

1. Vorbemerkungen.....	2
2. Leben in Schleswig Holstein	3
3. Werte in der Diskussion	5
3.1 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE <100%).....	5
3.2 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE 100-200%).....	11
3.3 Wertediskussion Altwähler_innen	17
3.4 Zwischenfazit Wertediskussion.....	23
4. Zukunftsaussichten. Themen, Einstellungen, Hoffnungen.....	27
4.1 Zukunftsschlagzeilen.....	27
4.1.1 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE <100%)	27
4.1.2 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE 100-200%).....	32
4.1.3 Zukunftsschlagzeilen Altwähler_innen	36
4.2 Krisenwahrnehmung.....	40
4.2.1 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE <100%)	40
4.2.2 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)	42
4.2.3 Krisenwahrnehmung Altwähler_innen	44
4.3 Politikwahrnehmung.....	47
4.3.1 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE < 100%)	47
4.3.2 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)	50
4.3.3 Politikwahrnehmung Altwähler_innen	54
4.4. Zwischenfazit Zukunft, Krisen und Politik	58
5. Fazit – Zeitgeisteffekt oder Wertewandel?	64

1. Vorbemerkungen

Noch im Frühjahr 2011 erlebten die Bündnisgrünen einen ihrer größten Erfolge. Der Sieg Winfried Kretschmanns in Baden-Württemberg krönte den grünen Aufschwung, der seit 2010 zu spüren war. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich, in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, eine Forschungsgruppe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung gebildet, die in der Woche vor der baden-württembergischen Landtagswahl in qualitativen Untersuchungen neue – und zum Vergleich auch alte – grüne Wähler_innen nach ihren Einstellungsmustern und Werthaltungen befragte.

Ziel der Untersuchung war es, Werthaltungen und Politikeinstellung der baden-württembergischen Wähler_innen im Vorfeld der Landtagswahlen vor dem Hintergrund der Frage zu ergründen, ob es sich beim grünen Aufschwung um einen kurzfristigen Zeitgeisteffekt handelt oder um einen eher untergründigen Mentalitäts- oder Wertewandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft im Angesicht starker Krisenerfahrungen. Die Antwort aus den baden-württembergischen Erhebungen fiel ambivalent aus. So stand einem kurzfristig erhofften Wechsel des Politikstils mithilfe der Grünen und einer starken Frontstellung gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Mappus zugleich der Befund eines möglichen dauerhaften Wertewandels, mindestens einer Werteverchiebung, gegenüber. Hinweise auf eine solche Verschiebung bei den neuen Grün-Wähler_innen fanden sich etwa im Rückgang der Leistungsbegeisterung, zudem in der Abwendung von der bundesrepublikanischen Leiterzählung des gesellschaftlichen Fortschritts durch ewiges Wachstum. Nicht zuletzt drückte sich auch in einer veränderten Wahrnehmung der Generationengerechtigkeit, die weniger als soziale Frage verhandelt wurde, sondern vielmehr in die Formel „Wir müssen die Erde für unsere Kinder und Enkel erhalten“ mündete, eine Verschiebung im Wertehaushalt aus. Gleichwohl handelte es sich eher um Indizien denn um handfeste Belege. Dies führte zu dem Schluss, dass ein Wertewandel, der den Grünen dauerhaft nutzen könnte, allenfalls gerade erst vor der Tür steht. Überdies zeigte die erste Untersuchungswelle, dass (noch) kein solides Wertefundament existiert, über das sich alte und neue Wähler verständigen können.

Um dieser Frage auf längere Sicht nachzugehen, sind nun in einer zweiten Welle, angesichts wieder sinkender Wahlumfragen, grüne Neu- und Altwähler_innen in Schleswig-Holstein nach der gleichen Methodik der ersten Untersuchungswelle befragt worden – zum einen in Kiel, zum anderen in den Landkreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hrzgt. Lauenburg. Einige Ergebnisse fanden ihre Bestätigung, einige müssen zumindest modifiziert werden und wieder andere Befunde der ersten Welle sind vermutlich nicht auf Schleswig-Holstein, ein sozialstrukturell vollkommen anderes Bundesland, übertragbar.

2. Leben in Schleswig Holstein

Zum Einstieg in die Diskussionen werden alle Teilnehmer_innen nach einer kurzen Vorstellungsrunde nach ihren ersten Eindrücken zum „Leben in Schleswig-Holstein“ gefragt. Die spontanen Assoziationen sind eher positiv. Anschließend schildert die Gruppe nochmals explizit ihre positiven und negativen Verknüpfungen zum Bundesland. Insbesondere aufgrund der Natur, der Lage zwischen den Meeren, der Ruhe, Weite und Ländlichkeit wird das eigene Land als sehr lebenswert eingeschätzt. Je nach Erhebungsort spielt auch die relative Nähe zu Skandinavien, im Süden noch deutlich stärker die zu Hamburg eine Rolle. Vor allem in den Altwähler_innengruppen ist man bemüht, sich einer schleswig-holsteinischen Identität zu versichern. Ein in Fokusgruppen oft beobachteter Lokal-/Regionalpatriotismus kulminiert in den meisten Gruppen mehr oder weniger stark in der Überzeugung, man lebe zweifellos im „besten“ Bundesland. Insgesamt zeigt man sich – zum Teil zur eigenen Überraschung – recht zufrieden mit dem eigenen Bundesland als Wohnort, wobei in Hamburg die Nähe zur Großstadt die Wahrnehmung, eigentlich in Schleswig-Holstein zu leben, teilweise überdeckt. Hier ist auch ein Unterschied zu vernehmen: Während in den Kieler Gruppen insbesondere von den Altwähler_innen immer wieder die Provinzialität, aber auch die architektonische und kulturelle Rückständigkeit beklagt werden, ist die Nähe zu Hamburg ein großer Vorzug für die im Süden Befragten. Hier wird eine starke Hinwendung zur Hansestadt als Vorteil gewertet. Ebenso positiv aber wird überwiegend der Rückzugsraum Schleswig-Holstein beurteilt, da man hier mehr Ruhe habe als in der hektischen, vielfach als anonym wahrgenommenen Großstadt. Die geringeren Lebenshaltungskosten spielen dabei aber auch eine Rolle.

Der zum Vorschein kommende Lokalpatriotismus schimmert auch in der Beurteilung des „Schleswig-Holsteiners an sich“ durch. Relativ schnell versichert man sich gegenseitig einer norddeutschen Mentalität – kaum ein Vorurteil bezüglich des Norddeutschen wird ausgelassen, negativ wie positiv. („engstirnig“, „karg“, „konservativ“, aber auch „ehrlich“, „bodenständig“, „verlässlich“ werden als „typisch norddeutsche“ Persönlichkeitscharakteristika ausgemacht). Dabei macht es kaum einen Unterschied, in welchen Gruppenzusammenhängen man auf diese Gewissheiten trifft, wobei insbesondere bei den Altwähler_innen jene (Vor-)urteile dominieren (die man, in Verkoppelung mit Nationalität, in diesem Milieu vermutlich harsch zurückweisen würde). Auch das Klischee „Hamburger = weltoffene Stadtmenschen“ gegen „provinzielle natürlich-ursprüngliche Dorfidylle“ im Rest des Landes wird vorgebracht.

In den Positivzuschreibungen finden sich viele der bereits genannten Punkte wieder, die geographische Lage, das Land und die Leute, die Weite – als Antithese zur Enge der Berge, insbesondere der Täler –, der Wind, die Ruhe, die Ländlichkeit. In den Positivassoziationen sind aber vielfach bereits die Kritiken implizit eingewoben. Natürlich sei die Schattenseite von Ruhe, Weite und Natur eine kritisierte Provinzialität, die sich voralzeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

lem auch in wirtschaftlicher Abhängigkeit Bahn breche. Hieraus resultiert auch die konsensuale Annahme, man lebe in einem armen Bundesland.

Das, was negativ an Schleswig-Holstein gesehen wird, habe allerdings nichts mit der geografischen Lage oder den klimatischen Bedingungen zu tun; vielmehr scheint alles Schlechte von Menschenhand, vor allem von der Politik gemacht. Und darunter leide die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Randlage in Verbindung mit schlechter Politik und einer extrem hohen Verschuldung – diese Kombination bewirke die bemängelte Rand- und Rückständigkeit des Bundeslandes. Anders als in Baden-Württemberg ist vor allem in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz konkret. Was am meisten stört, ist die Tatsache, dass es niemanden zu geben scheint, der etwas daran zu ändern gedenke, sodass eine deutliche Resignation gegenüber der Landespolitik die Folge ist. Vor allem in der Gruppe der unterdurchschnittlich verdienenden Kieler_innen wird dieser Punkt deutlich, aber auch in der Hamburger Altwähler_innengruppe, in der die Art und Weise des Politikmachens in einem skandalgeschüttelten und zwischen den beiden großen Parteien zu heftig polarisierten Politikbetriebes kritisiert wurde. Diese Negativwahrnehmung ganz konkret der Landespolitik, fokussiert auf CDU und SPD, wird in den meisten Gruppen ganz ohne entsprechenden Input thematisiert und immer wieder aufgegriffen. Der Wunsch nach einer Änderung der landespolitischen Situation und politischen Kultur ganz allgemein ist offensichtlich und durchzieht als roter Faden nahezu alle Diskussionen. Der Glaube an eine Alternative wird dabei aber limitiert durch begrenzte Hoffnungen bezüglich der Leistungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz der Politik.

Ein weiteres, hoch emotional behandeltes politisches Thema ist die heftig kritisierte Bildungspolitik im Land, die als marode, chaotisch und rückständig gegeißelt wird. Wenn es einen Konsens in fast allen Gruppen gibt, dann denjenigen, dass die Bildungspolitik dringend einer Veränderung bedürfe, wobei man – das wird im Verlauf der Diskussionen deutlich – ständigen Veränderungen im Bildungssystem ebenfalls äußerst kritisch gegenübersteht. Eine einfache Lösung wird es für dieses Problem jedenfalls kaum geben.

Aber auch die Verkehrssituation in Schleswig-Holstein, die mangelhafte Anbindung ans Autobahnnetz und die fehlende infrastrukturelle Erschließung mancher Landesteile scheint den Teilnehmer_innen nahezu aller Gruppen ein Dorn im Auge zu sein. Bemerkenswert dabei ist, dass der Hinweis auf die negativen, sprich: vor allem umweltschädlichen Seiten eines großen Verkehrsaufkommens auch in den Altwähler_innengruppen nur sehr zaghaft aufkommt. Erst später in der Diskussion, als das Thema Infrastruktur mit der Fehmarn-Belt-Querung konkret wird, wird eine Diskussion um die Schattenseiten von Mobilität und Infrastrukturprojekten geführt, welche von diesen beiden Gruppen deutlich abgelehnt werden. Vor allem im Großraum Hamburg wird je nach Wohnort auch der öffentliche Nahverkehr stark problematisiert.

3. Werte in der Diskussion

3.1 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE <100%)¹

Gerechtigkeit wird in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen als wichtigster Wert in der Werteskala in die Diskussion eingeführt. Allerdings ist Gerechtigkeit als Wert hochgradig subjektiv. Eine emphatisch verbindende, universell geltende Definition existiert nicht. Eher noch eint der latente Zweifel an Existenz und Herstellbarkeit von Gerechtigkeit die Debatte.

(6, w., HH-):² Wie willst Du Gerechtigkeit verordnen, wenn Politiker ihre Ämter nicht verlieren, wenn sie korrupt sind? Bei dir wäre es nicht so. Die leben uns das doch vor.

(2, m., HH-): Gerechtigkeit kann man aber nicht verordnen. Das sieht man ja, dass das nicht klappt. Deshalb habe ich es auf sechs.

Als Ausweg aus diesem Dilemma wird zuvorderst die Verantwortlichkeit des Einzelnen eingefordert. Gerechtigkeit wird mithin auf Basis unterschiedlicher Schattierungen von Eigenverantwortung verhandelt, ist demnach eine *Folge* der gelebten Eigenverantwortung aller und der dadurch entstehenden Solidarität. Ein über dem eigenen Handeln stehendes Agens zur Herstellung von Gerechtigkeit wird nicht weiter debattiert. Ein universalistisch geltender – und vom Staat zu befriedigender – Anspruch an Gerechtigkeit wird so zunächst zugunsten einer individualistischen Verantwortung zum gerechten Handeln, vor allem im eigenen Nahbereich, aufgegeben.

(2, m., HH-): „Man kann etwas erreichen, mehr Gerechtigkeit bekommen, wenn die Menschen mehr an sich arbeiten. Da muss mehr Eigenverantwortung da sein, Sinn für die Gemeinschaft [...].“

(1, w., HH-): „Gerechtigkeit, da muss jeder bei sich *selber* anfangen.“ Sonst „kommt man zu keinem Punkt, da gibt es keine Gerechtigkeit. [...] Ich [muss] in meinen Leben, in meinem kleinen Kreis selbst damit anfangen.“

(8, m., HH-): „Gerechtigkeit ohne Solidarität, ohne Eigenverantwortung geht gar nicht, die sind so miteinander verzahnt [...]. Da gehören Strukturen dazu, das Netzwerk, wo man seinen Kindern beibringen muss, dass man was in solche Netzwerke tut, ohne Gegenleistung zu erwarten. Da musst du was reinbringen und du wirst aus dem Netzwerk was rausbekommen oder aus einem anderen.“

Einen anderen Weg hin zu mehr Gerechtigkeit bietet die Herstellung gleicher Startbedingungen. Über die Schaffung von Chancengleichheit kommt auch der Staat wieder in die Verantwortung, ganz konkret: über die Schaffung gleicher Bildungschancen als Voraussetzung für spätere Gerechtigkeit.

¹ HHNE = Haushaltsnettoeinkommen

² Die Abkürzungen bezeichnen die jeweils durchlaufenden Nummerierungen der Proband_innen, das Geschlecht und den Erhebungsort: KI = Kiel; HH = Landkreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg.

(7, w., HH-): „Chancengleichheit, das ist ja eigentlich Gerechtigkeit. Aber das gehört noch dazu, für alle, egal ob Migranten, Deutsche, Reiche, sozial Schwache, Arbeiter: dass die alle die gleichen Chancen haben, in den Schulen z.B., dass man die alle fördert, dass kein Berufsstand etc. benachteiligt wird.“

(2, m., KI-): „Mir ist wichtig, dass auch gerade, was die die Schule betrifft, und die Uni auch, dass auch diejenigen, die weniger Geld haben, die aber gerne lernen und weiterkommen wollen, unterstützt werden und dass das möglich gemacht wird und eben auch einen Wert hat.“

Dennoch ist man sich bei beiden diskutierten Wegen der Limitierung, auch aus eigener Betroffenheit, bewusst. Wenngleich das Stichwort *soziale Gerechtigkeit* nicht von selbst oder erst sehr spät fällt, so sind die eigenen beschränkten Möglichkeiten offensichtlich. „Keine prekäre Arbeit“, „gleicher Lohn für alle“, „gleiche Bildung für alle“, „keine Klassengesellschaft“ sind Stichwörter, die sich auf den Wertebögen finden. Die gerechte Bezahlung von Arbeit ist ebenso ein Thema wie das Gefühl, in der Gesellschaft werde mit zweierlei Maß gemessen. Die unterschiedlichen sozialen und monetären Voraussetzungen unterminierten letztlich eigenverantwortliches Handeln außerhalb des unmittelbaren, eigenen und kontrollierbaren Umfelds und manifestierten sich zudem in unterschiedlichen Startbedingungen.

(3, w., KI-): „Die wohlhabende, gut situierte Gesellschaft fordert ja selber eine Reichensteuer. [...] Dass die Familien mehr entlastet werden [...], dass es nicht sein kann, dass ein Kindergartenplatz für ein Kind im Monat 300-500€ kostet und die Mütter wieder keine Zuschüsse bekommen.“

Solidarität hingegen spielt in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen in einem engen Rahmen zunächst nur eine untergeordnete Rolle. So wichtig der Wert erscheint, so wenig verbergen sich dahinter realistische Hoffnungen. Symptomatisch hierfür ist die Gleichsetzung des Wertes mit anderen, selbst gewählten Werten, die scheinbar konkreter, erfahrbarer, selbst erlebbar sind – etwa Hilfsbereitschaft, Gemeinschaft, Freundlichkeit, Kommunikation, Menschenliebe und Nächstenliebe. Die Lebensrealitäten vieler Befragten (etwa Leistungsdruck, Konkurrenzdruck, soziale Ängste, Krisenüberforderungen) scheinen eine starke Sehnsucht nach einem Rückzug in den solidarischen Nahbereich hervorzurufen – etwa durch ein idealistisches Konzept des „Wieder-Aufeinanderzugehens“, Zuhörens, Tolerierens und Akzeptierens. Auch deshalb bezieht sich, wie schon bei der Gerechtigkeitsdebatte, solidarisches Handeln zunächst und hauptsächlich auf das eigene Umfeld, als Zusammenleben (verantwortlicher) Gemeinschaften.

(7, w., HH-): „gelebte Gemeinschaft, also dass die Menschen sich gegenseitig helfen [...]. Mehrgenerationenhäuser, finde ich toll [...]. Dieses „Untereinander-Helfen“, das ist eben Solidarität, dieses Zusammenleben, miteinander leben, auch auf psychischer Ebene [...]. Wenn man das Gefühl hat, man hat um sich herum ein soziales Netz, dann ist man auf der Gewinnerseite.“

(1, w., HH-): „Das finde ich ganz wichtig, dass Menschen wieder miteinander reden, aufmerksam sind und nicht nur sich selber sehen, sondern über ihren Horizont hinaus. Das ist mir viel wichtiger als Fortschritt und alles andere.“

Konkret im gesellschaftlichen Rahmen verhandelt, gewinnt Solidarität jedoch an Kontur. Gesellschaftliche Segregationen, bedingt durch die hohe Ungleichheit in der Gesellschaft und sich manifestierend etwa in Form migrantischer, sozial differenzierter und abgeschlossener (auch reicher) Parallelwelten, scheinen einer funktionierenden solidarischen Gesellschaft aus Sicht der Proband_innen die Voraussetzungen zu nehmen. Die eigenen Möglichkeiten nehmen die Befragten im Angesicht einer auseinanderfallenden Gesellschaft als begrenzt wahr. Hier müsse, so die implizite Forderung, der Staat regelnd eingreifen, bevor die ohnehin geringe Solidarität in Gegnerschaft umzukippen droht.

(2, w., KI-): „Man muss zusammenhalten, soll sich in der Gesellschaft als Einheit betrachten. [Es sei wichtig, dass man] „das als Wert sieht, sich unterstützt und eben nicht auseinanderfällt in verschiedene Gruppen [...]“

Wenngleich in der Reihenfolge der Werte lediglich auf Platz drei, durchzieht auch bei den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen (wie in der Gerechtigkeits- und Solidaritätsdiskussion bereits angeklungen) die Eigenverantwortung die Wertedebatte. Allerdings wird der Wert deutlich ambivalent verhandelt. Dies zeigt sich bereits in der angenommenen ungleichen „Verteilung“ von Verantwortungsgefühl im politischen und im privaten Bereich.

(3, w., KI-): „Das wird dann ja auch von der Regierung vorgelebt und wenn die sich hinstellt, und sagt: Schleswig-Holstein ist hoch verschuldet, wir müssen jetzt echt sparen, es geht das nicht mehr, das nicht mehr, das nicht mehr, sie selber aber nicht voran gehen mit gutem Beispiel, dann haben sie die Verantwortung nicht gebracht.“

(4, m. HH-): „Wenn jeder da ein bisschen was macht, dann kann man wirklich viel bewegen, aber diese Scheißegal-Mentalität ist bei zu vielen Leuten drinnen, nach mir die Sintflut, Hauptsache mir geht es gut“. Man müsse das „bei den Menschen rauskriegen.“

Die Eigenverantwortung ist in dieser Argumentation zwar der tragende Pfeiler für ein positives gesellschaftliches Miteinander, aber die Grenzen des Vertrauens in Eigenverantwortung sind klar gesteckt. Die Unterteilung in verantwortlich handelnde Individuen und „die Anderen“, die sich wenig Gedanken machen oder aber verführen lassen, scheint als vordergründige Erklärung vorerst auszureichen. Dies führt jedoch nicht dazu, nach einer Autorität oder Institution zu rufen, die als übergeordnete Instanz dieses Defizit beheben könnte. Entweder wird dem Staat genau das nicht zugetraut, oder aber er wird überhaupt nicht als anleitende, sondern lediglich als rahmende Instanz verstanden.

Ambivalent zeigen sich die Gruppen auch bezüglich der Eigenverantwortung als Ermöglichungsstrategie der Vielen in Form bewussten Handelns.

(3, w., KI-): „Das ist ein gesellschaftliches Problem: „Interessiert mich das? Wo wird meine Kleidung hergestellt? Wie entsteht mein Essen? [...] letztendlich ist ja jeder für sich selbst verantwortlich und kann jederzeit „Nein“ sagen. [...] Die Verantwortung liegt doch bei jedem selbst.“

(7, m., KI-): „Eigenverantwortung, daraus ergibt sich auch Solidarität und vieles andere. Eigenverantwortung ist eine ganze Menge, denn wenn man sich nur auf andere verlässt, mich von anderen Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

hoch halten lasse, damit ich gut leben kann, dann ist das nicht der Sinn der Sache. [...] Man muss schon selbst was tun.“

(5, w., KI-): „Woher kommt das, woher kommt der Wunsch und Wille nach genormten Dingen? Wer hat den Leuten das eingeblasen? [...] Sind die Leute wirklich frei?“

(6, w., KI-): „das Konsumverhalten ist gesteuert meines Erachtens.“

Deutlich werden diese Ambivalenzen auch hinsichtlich der Grenzen eigenverantwortlichen Handelns als Frage von persönlichen Möglichkeiten und Voraussetzungen. Dem Glauben an dessen prinzipiellen Vorzüge, an seine solidarischen und gerechten Folgen für die Gesellschaft, steht der Zweifel an der Wahrnehmbarkeit bestimmter Freiheiten oder die mangelnde Einflussmöglichkeit auf Jobehalt sowie Einkommenshöhe gegenüber. Eigenverantwortliches Handeln ist für die Proband_innen dann nicht mehr der Schlüssel zum Erfolg, sondern geht einher mit einer gewissen Hilflosigkeit. Die Assoziierung von Eigenverantwortung mit Leistung und Leistungsdruck, Ellbogengesellschaft und Konkurrenz verleiht dem Wert auch ein negatives Antlitz.

Nachhaltigkeit, als schillernder, positiver Bezugspunkt mit relativ wenig eigenem, konkretem Sinngehalt wird in den Diskussionen vielfach im Zusammenhang mit anderen Werten diskutiert. Zum einen appelliert Nachhaltigkeit, etwa in Verbindung mit und in Bezug auf Fortschritt, an vernunftgeleitetes Handeln, als Antithese zu Fortschritt und Leistung ohne Sinn und Gehalt. Dies zeigt sich vor allem bezüglich des Themenkomplexes der Energiewende.

Zum anderen steht *nachhaltiges Wirtschaften* argumentativ für (krisen-)präventives Verhalten – ein nicht unwichtiger Aspekt in Zeiten der Krise. Bezüglich einer ökonomischen Diskussion wird Nachhaltigkeit auch im Sinne von „vernünftiger“, heißt durchdachter und langfristiger Politik verhandelt, die in die Zukunft reicht und somit letztlich auch den nachkommenden Generationen hilft.

(6, w., KI-): „Nachhaltigkeit in dem Sinne, dass mehr darüber nachgedacht wird, wie Fortschritt entstehen kann und Bewegung entstehen kann, dass das nicht einfach nur produziert wird, sondern immer mit einem gewissen Aspekt nach vorne in die Zukunft und zur Gegenwart bemessen [betrachtet wird]. [...] um eine gewisse Attraktivität für Unternehmen zu haben, dass sich hier auch wieder mehr Unternehmen ansiedeln.“

Zudem steckt hinter der Nachhaltigkeit auch die Einsicht in die lange Dauer nachhaltigen Handelns als eine langfristige, erzieherisch zu erreichende, wertbezogene Handlungsmaxime für andere und für sich selbst.

(6, w., KI-): „Nachhaltig ist für mich, wenn ich bei meinem Sohn in der Küche sitze und er das Essen zubereitet und Werte, die ich vor zwanzig Jahren versucht habe, ihm zu vermitteln, was Essen zum Beispiel betrifft, Kultur betrifft, soziales Miteinander betrifft, die Art und Umgang, was er weiter gibt, da sich Nachhaltigkeit geformt [...] dass das, was ich heute tue, ein Echo in die Zukunft ist, das sich nachhaltig auswirkt. Und wenn wir in unserem Handeln, im Miteinander, in dem, wie

wir mit den Dingen umgehen, einfach mehr tun für die Zukunft, glaube ich einfach, dass sich das mit einer ganz großen Portion Zeit, die es braucht, dann auszahlen wird.“

(3, w., KI-): „Wenn ich mich nicht gesund ernähre, schade ich damit meinem Körper und dann bin ich wieder nicht in der Lage, die Arbeit zu verrichten, die ich machen möchte, nicht das Leben so führen zu können, wie ich wollen würde usw. Deshalb steht das für mich an erster Stelle, weil es auch Zukunftssicherung ist. Sprich: Wenn man Kinder hat, was soll ich denen bieten.“

Ohne die Flankierung durch Nachhaltigkeit wird hingegen Fortschritt deutlich pessimistischer gedeutet, zwar auch mit Hoffnungen, stärker aber mit Enttäuschungen und Ängsten verbunden. Denn zum einen könne Fortschritt im Sinne von Forschung und Entwicklung (Medikamente, Energiewende) positiv und hilfreich sein, auch für die wirtschaftliche Entwicklung des als rückständig angesehenen eigenen Bundeslandes.

(6, w. KI-): „[...] dass Schleswig-Holstein wirtschaftlich weiter voran kommt, attraktiv wird für Unternehmen und Arbeitsplätze geschaffen werden, damit man wieder mehr nach vorne kommt.“

Zum anderen aber steckt im Vorwärtsschreiten, auf das man keinen Einfluss hat, gleichzeitig die Ursache für Fortschrittsängste, vor allem im Bereich der Arbeitsplatzsicherheit und angesichts immer neuen Anforderungen in der Arbeitswelt. Deutlich wird aber vor allem das stets aufs Neue genannte Gefühl der *Überforderung durch Beschleunigung*. Der Wunsch nach Entschleunigung aus Angst um gewohnte, haltgebende Strukturen, die längst unter Druck geraten sind, kontextualisiert Fortschritt nicht als individuelle Chance, sondern verbindet sich mit der Ellbogengesellschaft, Burn-Out und Konkurrenz.

(8, m., KI-): „Es geht ja nicht immer darum, fortzuschreiten, sondern man kann ja auch mal inne halten, so, um zu gucken, was ist denn schon da, so! Was mache ich aus dem, was schon da ist? Ich glaube, Fortschritt ist überbewertet. [...] Wirkliche Qualität kommt durch Rückschritt [...].“

(1, m., KI-): „Der Fortschritt [...] sollte weitergehen, aber langsam, es sollte vielleicht in Sachen Medikamente gegen schwere Krankheiten, und so was, fortschreiten. Da sollte man auch Geld reinstecken. Auch jetzt in Sachen Energie ist vielleicht auch noch so ein Punkt. Aber Sachen, die so Zeit haben, da sollte man inne halten, so ein bisschen.“

Eine generelle Ablehnung des Fortschritts lässt sich gleichwohl in beiden Gruppen nicht herauslesen. Jenseits der Bedenken bezüglich des technischen Fortschritts finden sich schließlich auch positive Assoziationen – insbesondere über die Spezifizierung des „*gesellschaftlichen* Fortschritts“. Dieser wird theoretisch überwiegend positiv bewertet, in der Realität aber teils als nicht vorhanden empfunden, weshalb sich die Wahrnehmung klar in Richtung Bedrohung verschoben hat, da Fortschritt eben *nicht mehr* gesellschaftlich rückgekoppelt sei und somit stärker als früher mit Gewinnmaximierung, Beschleunigung, Druck – letztlich mit den Schattenseiten der Globalisierung – verbunden wird.

(8, m., HH-): „Fortschritt allemal dann, wenn es um die Strukturen geht, um die Zwischenmenschlichkeit, dass wir uns anders verhalten“,

(7, w., HH-): „Fortschritt in Maßen ist gut, ganz klar, es muss ja irgendwie weiter gehen, aber wenn der Fortschritt über die Menschen gestellt wird. [...] Das ist nicht mehr nachvollziehbar [...] Fortschritt ist nur gut, wenn er sinnvoll ist und nicht nur der Gewinnmaximierung dient.“

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Einstellung zur Leistung. Wengleich nicht generell abgelehnt, vielmehr in seiner Notwendigkeit anerkannt, besitzt der Wert vor allem in der spontanen, nahezu zwangsläufigen Assoziation mit der Leistungsgesellschaft und deren Aporien weiterhin ein äußerst schlechtes Image. Die Mehrheit verbindet Leistung mit spürbarem Druck, im Alltag und der Arbeitswelt ständig weiter kommen und mehr schaffen zu müssen – aber anders als in den anderen Gruppen wird dies nicht über den Leistungsdruck bei den eigenen Kindern diskutiert, sondern aus persönlicher Betroffenheit heraus.

(6, w., KI-): „Leistung hat einen negativen Beigeschmack. Da ist das Negative, das Stigma von Druck, und Leistung als etwas Positives, dass das etwas Selbstverständliches ist, in der Welt, in der wir leben, vom Kindergarten bis zur Schule hin und dann ins Berufsleben zu gehen, wo man mit Leistung jeden Tag konfrontiert ist, und ich glaube, dass das nicht an erster Stelle stehen kann.“

(8, m., KI-): „Burnout und so. Irgendwann muss da eine Waage gefunden werden. Nur immer die eine Richtung, Fortschritt und Wachstum geht auf die Dauer nicht.“

Die Ablehnung hängt sehr eng an eigenen beruflichen Erfahrungen, etwa bezüglich der als bedrohlich empfundenen, weil den Arbeitsplatz betreffenden Zunahme von Leistungsbewertungen und Leistungsanforderungen bei einem gleichzeitig immer stärkeren Missverhältnis von Löhnen und Leistung. Leistung wird in einen direkten Zusammenhang mit Beurteilungsbögen am Arbeitsplatz, der Lohnspirale nach unten, Arbeitsplatzängsten usw. gebracht – ein Prozess der unaufhaltsam scheint. Trotz dieser Schattenseiten der Leistung sind die grundlegenden Imperative der Leistungsgesellschaft wie Effizienzdenken und leistungsabhängige Gehälter – und damit implizit auch der Leistungsdruck – akzeptiert. Davon *profitieren* würde aber nur eine wohlsituierte Minderheit.

(7, w., HH-): „Wer mehr leistet, effizienter arbeitet, sollte auch mehr haben.“

(2, m., HH-): „Die Form, die sich in den letzten Jahren ergeben hat, die ist nun wirklich sehr schlimm, die machte nicht nur Menschen kaputt, sondern auch die menschliche Gemeinschaft.“

(5, w., HH-): Wenn Du morgen sagst, du schaffst es nicht mehr, dann kommt morgen die nächste und macht es für 100 Euro weniger [...] zudem wird immer erwartet, wir sind überall erreichbar, [...] und das wird immer schlimmer.“

Trotz des dominanten Negativzusammenhangs existiert durchaus eine individuelle Leistungsbereitschaft, die als notwendig, wünschenswert und lobenswert gesehen wird, etwa bezogen auf Bildungszertifikate, eigene ehrenamtliche Tätigkeiten oder die Übernahme von Verantwortung generell. Diese Vorstellung von Leistung ist dann auch konsensfähig und sollte nach Wünschen der Teilnehmer_innen stärker verbreitet sein. Das, was den Probanden selbst als wichtig erscheint, soll zum gesellschaftlichen Konsens werden und auch von den anderen Mitgliedern der Gesellschaft gelebt werden. Dass auf genau diese Weise Leistungsdruck entstehen kann, wird nicht berücksichtigt. So honorig und ehrenwert die einzelnen Forderungen sind, so selbstverständlich wird auch erwartet, dass andere nachziehen.

3.2 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

Gerechtigkeit wird in einer bunten Vielfalt diskutiert, die in den Stichworten Gleichbehandlung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Gerechtigkeit in der Rechtsprechung, Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ihren Ausdruck findet. Die wichtigste Variante des Wertes in beiden Gruppen ist die Chancengleichheit, welche eine verbindende Definition zu liefern vermag.

(8, m., KI+): „Respekt und Chancengleichheit ist mein wichtigster Wert, Chancengleichheit als Beispiel für Gerechtigkeit. Und das als Spannungsfeld zwischen Reichtum und Armut.“

(6, w., HH+): „dass keine Personengruppen bevorzugt werden. Das alle gleichbehandelt werden. Alle die gleichen Chancen haben.“

Differenzen finden sich jenseits des Variantenreichtums darüber hinaus in zwei zentralen Diskussionssträngen. Zum einen gibt es keine Einigkeit in der Frage, *was* eigentlich gerecht sei – etwa im Bildungssystem – und *wie* man das messen solle – etwa bezüglich der Rechtsprechung. Zum anderen zeigen sich die Gruppen uneins, ob Gerechtigkeit überhaupt herstellbar sei oder, als realitätsferne Utopie, verworfen werden sollte.

(8, w., HH+): „gerade auch mit diesem Schulsystem, da fehlt ja noch viel, leider.“ Dem entgegen (5, m., HH+): „wenn man in der zweiten Klasse ist und recht guter Schüler ist, dann hat man natürlich das Problem, dass man immer an dem hängt, der da hinten mit dran hängt. Klar, ist 'ne egoistische Sicht aber logisch, dass ich für meine Tochter auch das Beste will. Von daher, Gerechtigkeit betrifft das Schulsystem nicht ganz so gut.“

(2, m., KI+): „der Idealzustand, den man haben will, ist halt nicht in der Praxis vorhanden. [...]dass dann nicht nachvollziehbare Entscheidungen getroffen werden, dann muss man sich damit abfinden.“

Der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ fällt nur selten und erst im Nachgang der Wertedebatte, ohne aber ausgefüllt werden zu können. Im Zentrum dieser ratlosen Distanz steht insbesondere der fehlende Glauben an die (staatlichen) Möglichkeiten zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit im Zuge von Umverteilung.

(4, m., HH+): „Soziale Gerechtigkeit gewährleistet. Das steht dem realen extrem entgegen und halte ich für absolut unrealistisch.“ [Nachfrage: Wie könnte soziale Gerechtigkeit gewährleistet/hergestellt werden?] „wenn ich das wüsste, würde ich 'ne eigene Partei aufmachen.“

(3, m. HH+): „Ich glaube, dass funktioniert auch einfach nicht. [...]“

(4, m., HH+): „Es geht ja hier auch nicht direkt um Ausgleich, sondern um Gerechtigkeit.“ (3, m., HH+) stimmt zu.

Vielmehr, und das verbindet Chancengerechtigkeit mit Staatskepsis, setzen die Gruppen der überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen auf eigenverantwortliches Handeln, weil sich nur so Gerechtigkeit für die Gesellschaft insgesamt herstellen lasse, da sich auf diese Weise „gemeinschaftsschädlicher Egoismus verhindern lässt und [...]“

sozialer Frieden herrscht“ (8, m., KI+). Drastisch formuliert heißt dies unter Zustimmung zweier Proband_innen in Kiel:

(4, m., KI+): „vollständige Gerechtigkeit lässt sich ohnehin nicht herstellen, das gilt auch für die Armutsbekämpfung. Diese Utopie sollte stattdessen einem Versuch eines möglichst ehrlichen und wahrhaftigen Lebens weichen, das vom eigenverantwortlichen Umgang geprägt ist.“

Was vorerst wenig solidarisch klingt, fußt in der betreffenden Gruppe allerdings vor allem auf dem dominanten Glauben an die Überlegenheit eigenverantwortlichen Handelns gegenüber staatlichen Regelungsmöglichkeiten. Schließlich zeigt sich in der Debatte um den Begriff der Solidarität, dass dieselbe Gruppe mit dem Begriff der Solidargemeinschaft den engen Solidaritätsbegriff der Hamburger Gruppe – die Solidarität weitgehend auf die Funktion eines Bindemittels für den Zusammenhalt der eigenen Gruppen im Nahbereich (Familie/Nachbarschaft) thematisiert – deutlich ausweitet. Solidarität wird hier als verantwortliches Miteinander definiert, welches erst im Zusammenspiel mit Toleranz und Akzeptanz Ungerechtigkeit(en) zu mindern vermag. Ein Solidaritätsgefühl dient mithin auch als „Katalysator für sozial positive oder wünschenswerte Prozesse“ (8, w., KI+). Deutlich wird im Zusammenhang mit Solidarität auch, dass diese als gesellschaftliche Aufgabe an jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft gekoppelt ist. So führe das eigene verantwortliche Handeln zu einer solidarischen Gesellschaft, da es auch die Verantwortung anderen gegenüber beinhalte.

Die Eigenverantwortung als Basis für ein solidarisches Miteinander wird innerhalb der Gruppen grundsätzlich begrüßt, gar als Grundvoraussetzung und Handlungsimperativ ins Zentrum des eigenen Lebens (Wertekanons) gerückt. Sie scheint gegenüber allen anderen Werten derjenige Wert zu sein, der als aufgeklärter Vernunftappell in jeder Person angelegt sein sollte. Mehr noch, ohne dessen Vorliegen könne weder das eigene Leben gelingen, noch scheint sich ohne eine starke Eigenverantwortung das Recht auf Intervention in gesellschaftliche Belange, aber auch auf Hilfe seitens der Gesellschaft ableiten zu lassen. Das Gelingen der Gesellschaft hängt in einem solchen Modell von jedem einzelnen Individuum ab. Der Staat als initiative Instanz tritt in den Hintergrund, wird nur noch – dafür aber recht deutlich – als (rechtlicher) Rahmengeber verhandelt. Gesellschaft und gesellschaftliches Handeln strukturierten sich aus jedem einzelnen Glied derselben.

(3, w, KI+): „dadurch käme auch die Gerechtigkeit zum Zuge, wenn jeder für sich selbst und sein Tun die Verantwortung übernimmt [...] wenn man eine Verantwortung übernimmt, in dem Moment steht man auch dafür grade, dass das stimmt“.

Das funktioniert insbesondere deshalb, weil man für sich selbst die Fähigkeit und Freiheit sieht, eigene Lebenschancen aufgrund des eigenen finanziellen Status und des Bildungshintergrunds nur relativ abhängig von ökonomischen Faktoren nutzen zu können.

Diese Wahlfreiheit des Einzelnen als verantwortungsvolle und wenig beschränkte Nutzung der eigenen Fähigkeiten soll insofern gesellschaftsdienlich sein, als dass man dieser „nicht zur Last“ fallen dürfe. Die Forderung nach ökonomischer Unabhängigkeit eines jeden Einzelnen ist das Hauptanliegen dieser Interpretation von Eigenverantwortung.

(5, m., HH+): „prinzipiell: jammern geht gar nicht und in einer Gesellschaft, die funktionieren soll, muss auch jeder Eigenverantwortung übernehmen, denn das ist in 'nem Team so. Wenn ein Glied in der Kette nicht funktioniert, ist das Team schwach und wenn alle nicht funktionieren, ist das Team, die Gesellschaft insgesamt, schwach.“

(7, m., HH+): Ob das nun der Job ist, ich sag mal die Wohnlage. Ich kann nicht nur kritisieren und mäkeln. Ich muss auch selber was dabei tun.“

Diese Wahlfreiheit solle nur dann eine staatliche Flankierung erhalten, wenn man dem eigenverantwortlichen Imperativ nicht zu folgen in der Lage sei. Der Staat wird hier lediglich zur ordnenden Ersatzinstanz derer, die aus Unaufgeklärtheit oder Unfähigkeit unverantwortlich handeln. Ein Bereich, der im Gegensatz zu den anderen Gruppen nicht diskutiert wird, ist der Glaube an die Möglichkeit, durch eigenverantwortliches Konsumhandeln eine fundamentale gesamtgesellschaftliche Veränderung erzeugen zu können. Konsum bezieht sich hier fast ausschließlich auf gesundheitsschädliches Fehlverhalten durch „falschen“ Konsum, nicht aber auf die weitergehenden Konsequenzen.

(4, m., HH+): „ Es gibt unglaublich viele Produkte, die unbegrenzt konsumiert extrem krank machen. Das fängt bei Energiedrinks an. Wenn man da wirklich sagt Eigenverantwortung und dann guckt, wie die Jugend rum läuft. Ich sag mal nicht alle, aber ein großer Teil, Schindluder treiben in Sonnenstudios, dann muss man sich nicht wundern hinterher, wenn man Hautkrebs hat. [...] Da heißt es immer: der Kunde wird das schon wissen.“

(2, w., HH+): „Ich denke eher jeder einzelne selber. Also ich habe es auch relativ weit oben, dass jeder selbst in der Verantwortung ist sich auch zu informieren und gerade nicht. [...]. Da ist man schon selber gefordert. Für sich selber das so zu gestalten, dass es gesund ist und es einem auch gut geht.“

Ambivalenzen, die der Wert durchaus in sich trägt – denkt man etwa an die Delegation von Verantwortung vom Staat an den/die Bürger_in – werden in den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen weitgehend relativiert. Kritisiert werden vor allem jene Fälle, in denen Eigenverantwortung nicht zum Tragen kommt oder aber Eigenverantwortung staatliche Aufgaben ersetzt, die der Staat hat brachliegen lassen. Eine vertiefende Diskussion dieses Widerspruchs, der einerseits der Eigenverantwortung jenseits des Staates das Wort redet, andererseits den Rückzug des Staates kritisiert, kommt nicht auf.

(1, w., KI+): „wenn ich mich für irgendwelche schönen Dinge engagiere, das ist wie ich Eigenverantwortung engagiere, das ist für mich auch eng verknüpft mit Zivilcourage [...], andere teilnehmen lassen an eigenen Wissen und Fähigkeiten.“

Deutlich mehr Probleme haben die Proband_innen mit dem Begriff der Nachhaltigkeit. Einig ist man sich weitestgehend über eine positive Besetzung der Nachhaltigkeit, etwa bezüglich erneuerbarer Energien oder ökologischer Landwirtschaft. Hier hat sich hinsichtlich der positiven Bewertung solcher Themenfelder in den vergangenen Jahren eine nicht zu unterschätzende, womöglich aber schon längst als selbstverständlich angenommene Verschiebung der Debatte vollzogen.

(7, m., HH+): Die Nachhaltigkeit. Also ich verbinde das mit nachhaltigem Landbau, Ökologie. Weil, also ich sehe das im Freundes- und Bekanntenkreis, dass kleine Sachen angestoßen werden [...] das hat auch mit Rücksicht zu tun auf die Natur.“

(1, w. HH+): ja genau, Nachhaltigkeit. Dass man sich auch viel mehr mit diesem ökologischen, dass man schon mal ein bisschen guckt. Ich finde auch Wirtschaftswachstum, in einem gewissen Rahmen ist das gut. [...] ist sehr schwierig mit diesem Wort Stellung zu nehmen.

(4, m., KI+): „aus industrieller Sicht für das lange Überleben einer Firma heute zu investieren, um nicht morgen kurzfristig Geld zu entnehmen.“

Deutlicher als in anderen Gruppen wird vor allem von (8, m., KI+) eine – nahezu unwidersprochene – rigide Generalkritik am Begriff geübt, wonach Nachhaltigkeit ein „zu nebulöser Neologismus [ist], der sich durch Abnutzung zu einer poly-politischen Sprengladung oder Sprechblase entwickelt hat.“ War in Baden-Württemberg vor allem bei den grünen Altwähler_innen der Nachhaltigkeitsbegriff als abgenutzt und fehlinterpretiert kritisiert worden, so trifft er in Schleswig-Holstein in fast allen Gruppen auf vereinzelte, dafür aber fundamentale Kritik. Nachhaltigkeit scheint bei ihren Kritiker_innen nur mehr als Einsicht in die Notwendigkeit akzeptiert, gleichwohl ist er in deren Wahrnehmung durch seinen inflationären Gebrauch auch übersättigt und taugt nur noch begrenzt für politisches Agenda-Setting.

Ähnlich schwierig verhält es sich mit dem in der Geschichte der Bundesrepublik zentralen Begriff des Fortschritts. Dieser ist ein viel diskutierter und äußerst ambivalenter Wert, der zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit des Fortschritts und einer gefühlten, durch ihn begründeten Gefahr changiert. Dabei wird Fortschritt in diesen Gruppen weniger als konkrete Bedrohung betrachtet, als vielmehr einer kritischen Revision unterzogen. Dies zeigt sich vor allem an den vielfältigen Versuchen, Fortschritt in den unterschiedlichsten Nuancierungen darzustellen und zu diskutieren.

Ein Fortschritt, der etwa die technische Entwicklung hin zur Energiewende mit einbezieht und der insbesondere die konkrete Chance für das Entstehen von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft in diesen Bereichen ermöglicht, vermag es hingegen, Ökologie mit Ökonomie als nachhaltigen Fortschritt miteinander zu versöhnen.

(6, w., HH+): „Nachhaltigen Fortschritt, beispielsweise, um es positiv zu sehen, wie den Solaranlagenpark, oder wie auch immer das Zeug da heißt, anschafft. Oder, so Sachen wie Ausstieg aus der Kernenergie hin zu alternativen Energien - solche Dinge oder ökologische Landwirtschaft fördern, Tierhaltung.“

(5, m., HH+): „Klar kann man sagen, wenn alle lieb zueinander sind und Harmonie, aber so ist es nun mal nicht, also muss man da mitgehen, wie die Gesellschaft funktioniert und da darf man sich dann auch vor Fortschritt nicht scheuen.“

Der Versuch geht dahin, zwischen *positivem* und *negativem* Fortschritt zu unterscheiden, wenngleich man auch mit dieser Differenzierung nicht ganz zufrieden ist. *Negativer Fortschritt* gehe mit ökologischen und ökonomischen Problemen einher, etwa dort, wo rationalisierungsbedingter Arbeitsplatzabbau als offensichtliche Kehrseite der Fortschrittsmedaille identifiziert wird, aber auch dort, wo Fortschritt übersetzt ins Wachstumsparadigma negative Konsequenzen zeitigen könnte.

(7, m., HH+): Positiver Fortschritt, ist begrifflich zu global gesetzt. Da ist es auch kein Wert, Fortschritt. Geht das bei einem Brennstoffzellenauto los, oder bei wirtschaftlicher Entwicklung? Jeder dieser Weiterentwicklungen hat auch gleichzeitig wieder eine negative Seite.“

(5, m., HH+): „Wenn weniger Schiffe nach Hamburg kommen, hat der [Hafenarbeiter] auch weniger zum umschlagen und dann ist das wiederum ein Fortschritt, wo ist da die Gerechtigkeit auch für den Hafenarbeiter, der dann keine Container mehr hat?“

(4, m., HH+): ich habe Fortschritt mal negativer Weise mit Wachstum auch verbunden. Und jeder weiß, dass eine Kugel eine begrenzte Oberfläche hat und dass das nicht so ewig weitergehen kann. Das heißt, wo Fortschritt stattfindet, Wirtschaftswachstum usw., Rohstoffe gerodet werden, ist auch irgendwann Ende auf der Fahnenstange und wir sitzen am Ende auf einer Kugel mit Sand, in der Wüste und deswegen. [...] Man müsste das mit positivem Fortschritt umwandeln und nicht nur Fortschritt nennen.

Im letzten Statement zeigt sich dennoch paradigmatisch eine Veränderung im Fortschrittsdenken jenseits postmaterieller Milieus. Fortschritt ist nicht mehr Erwartung eines besseren Morgen, sondern immer auch Bedrohung. Diese Umwertung des Fortschrittsbegriffs wird in der Verbindung sowohl mit Nachhaltigkeit als auch mit Wachstum deutlich. Offensichtlich ist jedenfalls eine (schon in Baden-Württemberg beobachtete) Normativierung (sprich: wertebasierte Umdeutung) des Fortschrittsbegriffs. Zum einen bekommt die Nachhaltigkeit als Begleitung des Fortschritts ihren Platz als einhegende Leitplanke weiterer Entwicklungen zugewiesen und wird als unterschwellige Möglichkeit der Entschleunigung verstanden. Zum anderen wird die bundesrepublikanische Leiterzählung von Fortschritt und Wachstum – einst neben der Leistung Impulsgeber und Grundlage des Aufstiegsversprechens der Nachkriegsgesellschaft – inzwischen sehr skeptisch betrachtet.

Hier vollzieht sich ein interessanter Diskurswechsel, dessen Folgen noch gar nicht mitdiskutiert werden. Denn auch in dieser Gruppe scheint niemand so recht zu wissen, wie (neben der Verantwortung des Einzelnen) jenseits von Fortschritt und Wachstum das nach wie vor geforderte gesellschaftliche Aufstiegsversprechen einzulösen wäre. Die staatlich geförderte Umsetzung eines *Green New Deal* jedenfalls scheint als Antwort nicht präsent oder nicht plausibel: Eine mögliche Aufgabe grüner Politik läge hier vermutlich im beharrlichen öffentlichen Herunterbrechen des *Green New Deal* auf ein Aufstiegsversprechen durch – positiven – nachhaltigen Fortschritt.

Der bereits angesprochenen Leistung ergeht es bei den Gruppen der vermeintlichen Leistungsträger_innen nicht viel besser. Zwar wird sich auch in diesen Gruppen positiv auf Leistung bezogen, aber zunächst überwiegt die spontane Ablehnung des Wertes. Wie schon in Baden-Württemberg und wie in den Altwähler_innengruppen in Schleswig-Holstein, hört die Akzeptanz von Leistung(sanforderung) zunächst ganz spontan da auf, wo sie die eigenen Kinder betrifft. Dies bezieht sich zum einen auf die Verkürzung der Gymnasialzeit im Zuge von G8, zum anderen aber auch auf die – zumindest gefühlt – immer höheren Anforderungen, die ein Kind heute mit Abschluss seines Abiturs schon erbracht haben muss. Dabei erscheint die Verbindung von Leistungsdruck und Unstetigkeit der Leistungsanforderungen (im Zuge ständiger Bildungsreformen) mindestens ebenso problematisch wie der Leistungsdruck selbst.

(8, w., HH+): „Ich habe die Leistung ganz nach hinten gesetzt. Dieser Leistungsdruck wird immer höher. Und ich muss da eben an meine 17jährige Tochter denken. Also ohne Leistung geht da gar nichts mehr. [...] wenn ihr Kind nicht vorher mindestens vier Fremdsprachen kann und wie jetzt meine Tochter, im Ausland gewesen ist, und, und, und. Musik, Sport, irgend 'ne eigene Gruppe geleitet hat und, da kann schon gar nichts mehr aus dem Kind werden.“

Vor allem der Vergleich mit *früher* offenbart in dieser Gruppe von Leistungsträger_innen die Ansicht, dass sie es einst viel einfacher gehabt hätten und trotzdem zu beruflichen Erfolgen gekommen seien, wohingegen es für die nachwachsenden Generationen, trotz eines Hineinwachsens in die Leistungsgesellschaft, paradoxerweise schwieriger sei. Dass jedoch die gestiegenen Anforderung an die nachrückenden Kohorten von den Vorgängergenerationen ausformuliert wurden, dass man selbst Produzent dieser Leistungsdruckgesellschaft sein könnte, wird nicht Bestandteil der Debatte. Eine eigene generationelle Verantwortung wird hier nicht ausformuliert.

(8, w., HH+): „Wie viel einfacher es früher war! Und jetzt geht es immer nur noch um Zahlen, Belege, dieses, jenes, welches. Wenn das am Ende des Monats nicht um einen Prozent besser ist wie im Vormonat, dann kann das auch schon nichts mehr werden.“

Der Zerstörung eines öffentlich geltenden Leistungsbegriffs durch die Leistungsdruckgesellschaft wird persönliche Leistung entgegengesetzt, ohne allerdings noch an eine funktionierende Verbindung bzw. Bezugnahme beider Sphären– etwa in Form von Ansporn einerseits und Würdigung der eigenen Leistung andererseits – zu glauben.

(6, w., KI+): „find mich selbst eigentlich als Leistungsmenschen und ehrgeizig, die Werte Solidarität und Toleranz sind aber wichtiger, das schließt die Leistung aus. Ist wohl auch verbunden mit der Ellenbogengesellschaft, das spielt vielleicht unterbewusst im Kopf rum.“

Was bleibt, ist eine hohe Ambivalenz, die Leistung in eine negative, bedrohliche Sphäre der Erwartungen von außen und eine positive und als notwendig erachtete Leistung als eigenen Anspruch an sich selbst scheidet. Hier einen positiven, weniger druckvollen und wieder entsprechungsgerechten Begriff von Leistung, als gesellschaftliche und nicht als individualistische Kennziffer, zu finden und durchzusetzen, dürfte manche Gräben schließen. Wenn Eltern wieder das Gefühl haben, ihre Kinder können den an sie gestell-

ten Leistungserwartungen ohne zu großen äußeren Druck entsprechen, außerdem und der Leistung entsprechende Zukunftsaussichten existieren würden, könnten sie sich auch wieder stärker mit Leistung identifizieren. Allein der Glaube hieran fehlt. Bezüglich etwa des chinesischen Aufstrebens als Wirtschaftskraft scheint klar zu sein, dass die Verhältnisse der alten Bundesrepublik im Angesicht neuer Konstellationen nicht wiederkehren werden.

(3, m., HH+): wenn dann die Chinesen kommen... Ich habe viel mit denen zusammen gearbeitet. Die arbeiten 16, 17 Stunden am Tag. Da bin ich in Zimmer rein gegangen, wo die auf 3 m² geschlafen haben, weil die sich keine größere Wohnung leisten konnten und dann geht das wieder ins Büro, wo sie dann an einem ein m² Tisch sitzen. Hier sitzt einer, da sitzt einer, da sitze einer...ja also vielen Dank, da kann man sich hier doch glücklich schätzen was hier noch alles geht.“

3.3 Wertediskussion Altwähler_innen

Gerechtigkeit ist bei den Altwähler_innen ein ebenso grundlegender wie letztlich nur abstrakter Wert, dem sie sich anschließen können, da er „vorbehaltlos positiv besetzt ist, da gibt es nicht zwei Seiten einer Medaille“ (5, w., KIA). Allerdings fällt es den Proband_innen zunächst äußerst schwer, beim Thema Gerechtigkeit konkrete Bedingungen zu finden, über die sich eine gerechte Gesellschaft definiert.

(7, m., HHA): „Gerechtigkeit ist ja die Maxime, nach der wir eigentlich alle leben wollen, das wünschen wir uns, dass es gerecht zu geht... Man muss dann aber wieder ein bisschen schauen – um auf der politischen Ebene zu bleiben – was wird von jedem individuellen Menschen oder auch von jeder Firma als Gerechtigkeit definiert. Steuergerechtigkeit? Sollen wir nun den Spitzensteuersatz erhöhen oder eher unten was bewegen? Soziale Gerechtigkeit, Gerechtigkeit in der Nachhaltigkeit, das passt eben wirklich irgendwo, das ist so ein Überbegriff.“

(2, m., HHA): „Für mich ist das ein essentieller Wert, in der Definition einer Gesellschaft überhaupt, dass es da eben Gerechtigkeit gibt. [...] Nicht so konkret auf Politik, sondern: Eine Gesellschaft, in der ich leben möchte, definiert sich darüber, dass es gerecht zugeht, ich kann es fast nur so abstrakt formulieren.“

Thematisiert wird hingegen eine gefühlte Diskrepanz zwischen politischer und privater Sphäre. Insbesondere im politischen Bereich mangle es an Gerechtigkeit, wohingegen gerechtes Handeln, zumindest innerhalb der eigenen Gruppe, als gegeben vorausgesetzt und per Erziehung weitergegeben wird. Den größten Handlungsbedarf sieht man diesbezüglich in der Bildungspolitik – die Chancengleichheit wird somit während der Diskussion zum zentralen Bezugspunkt.

(6, w., HHA): „Ich möchte das auch irgendwie allgemein halten. [...] einfach Grundgerechtigkeit, dass jeder die gleichen Voraussetzungen hat, in diesem Sinne dann Gerechtigkeit. [Nachfrage: Sie haben dabei nicht an soziale, sondern an Chancengerechtigkeit gedacht?] (6, HHA): Gerechtigkeit im Sinne von Chancengleichheit.“

(4, m., HHA): Gerechtigkeit ist auch ein ganz wichtiger Punkt [...] sollte schon vorherrschen untereinander. [...] Es gibt zwei sehr große politische Parteien in SH, die das Wort Gerechtigkeit wahrscheinlich nicht mal schreiben können. Weil mit Gerechtigkeit ist da nichts. Da muss ich dringend etwas ändern. [...] Da gibt's einige Länder, wo das echt extrem so ist, das letzte Land, wo das langsam im Umbruch ist, ist BW, mit dem ersten grünen MP in Deutschland. Da tut sich einiges, was das angeht.“

Der Wert der Solidarität ist bei den Altwähler_innengruppen hingegen viel klarer definiert. In diesen Gruppen findet sich zudem verglichen mit den anderen Gruppen die am stärksten gesellschaftsorientierte Idee der Solidarität: als notwendige Unterstützung der Schwachen durch die Starken. Darüber hinaus gilt Solidarität aber unter den Stichworten „Miteinander“, „Gemeinschaft“ und „Hilfsbereitschaft“ auch als handlungsleitend im eigenen Umfeld. In dieser Spannweite markiert Solidarität einen Grundkonsens der Altwähler_innen. Sobald es um die Konkretisierung solidarischen Handelns geht, bleibt allerdings auch dieser Begriff relativ blass.

Konkrete soziale Probleme, etwa Arbeitslosigkeit und Hartz-IV-Bezug, werden, anders als in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen, gar nicht thematisiert. Dennoch ist Solidarität wichtiger als in den Neuwähler_innengruppen, auch weil sich die Altwähler_innen zumindest abstrakt der Idee der Solidarität als Basis für das Gelingen von Gesellschaft verbunden fühlen. Solidarität gerät so in ihrer stärksten Anrufung zur Antithese oder zumindest zur Ergänzung zu Eigenverantwortung und Leistung, die durch solidarisches Handeln abgesichert und geleitet sein sollten – zumindest dort, wo Menschen nicht allein zu Leistungserbringung oder eigenverantwortlichem Handeln fähig sind oder in sozial schwierige Lagen „hineineingeboren“ wurden.

(4, m., KIA): „damit nicht jeder für sich selbst sorgen muss, sondern es einfach zentrale hoheitliche Aufgaben gibt, die auch gemeinschaftlich gelöst werden müssen. [...] Und eben nicht als individueller Wert, sondern als gesellschaftliche Aufgabe.“

Die heutige Gesellschaft nimmt man als unsolidarischer wahr, beobachtet einen Wandel in Vergleich zu einem unbestimmten *Früher*. Einerseits wird die zunehmende Entsolidarisierung mit dem gestiegenen Druck, dem alltäglichen „Überlebenskampf“ jedes Einzelnen begründet, andererseits scheinen aber auch gestiegener Luxus und höherer Wohlstand hierfür verantwortlich. Was nicht ausgesprochen wird, aber gemeint zu sein scheint, ist die Wahrnehmung einer sich immer mehr verstärkenden sozialen Spaltung der Gesellschaft.

Eine gewisse Rolle spielt dabei auch der mögliche Gegensatz von Eigenverantwortung und Solidarität, der als Differenz zwischen Gruppen- und Einzelinteressen kritischer diskutiert wird als in den Neuwähler_innengruppen. Insgesamt zeigt sich in den Altwähler_innengruppen ein ambivalentes Bild bezüglich der Eigenverantwortung. Neben der Überzeugung, dass Aktiv-Werden im Kleinen, d. h. eigenverantwortliches Handeln tatsächlich auch Veränderungen im Großen bewirken könne (insbesondere im Bereich des Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

verantwortlichen Konsums), fungiert Eigenverantwortung auch als Reizwort. Anders als Solidarität oder Gerechtigkeit etwa, die eine stärker kollektive Stoßrichtung besitzen, ist Eigenverantwortung zunächst ein skeptisch betrachtetes individualistisches Konzept.

(4, m., KIA): „Es gibt eine individuelle Sicht, z.B. ist "Eigenverantwortung" eine sehr individuelle Sicht. [...] Es ist aber wichtiger, nicht von meinem individuellen Blickpunkt auszugehen, sondern damit die anderen Werte, die hier beschrieben sind, überhaupt vernünftig gelebt werden können braucht es bestimmte Voraussetzungen.“

(3, w., HHA): „das finde ich ganz wichtig, dass der eine auch für den anderen einsteht. Das ist diese Solidarität. Nicht jeder ist für sich selbst verantwortlich, das zwar auch, aber ich kann auch weitergeben.“

Sobald diese Egoismen aber – etwa durch staatliche Intervention – eingedämmt werden können, rückt Eigenverantwortung, in Zusammenhang mit anderen Werten, wieder deutlich in den Fokus, vor allem für das eigene Milieu. Denn hier gilt die feine, aber wichtige Spezifizierung, dass Eigenverantwortung für die, die dazu befähigt sind, durchaus handlungsleitend sein sollte, was vor allem im – hochpolitischen – Bereich des Konsums, aber auch grundlegend gilt.

(6, w., HHA): „Ganz viele Menschen vergessen es, dass man für sich selber und für sein eigenes Handeln und für seine eigene Zukunft und die Zukunft des Landes, in dem man lebt, verantwortlich ist.“ (4, m., HHA): „Ich sehe das genauso.“

(7, KIA): „wenn ich Menschen neben mir habe, die zu mir ehrlich sind, auf die ich mich verlassen kann und die auch eigenverantwortlich handeln, dann weiß ich, ich kann denen vertrauen“

Die starke Verbindung von Verantwortung und Konsum zeigt sich exemplarisch in der Debatte um Ernährung, in dessen Zentrum das Vorhandensein des („richtigen“) Bewusstseins steht. In dieser deutlichen Betonung des Bewusstseins – als selbstverständliche oder sich immer stärker durchsetzende Basis eigenverantwortlichen Handelns – unterscheidet sich die Debatte unter den Altwähler_innen von den Neuwähler_innen.

(7, m., HHA): Es kommt auf eine bewusste Ernährung an. [...] Da muss dann jeder sicherlich seinen Weg finden. [...] Das Bewusstsein, nochmal abschließend zu diesem Ernährungspunkt, ist da auch größer geworden, auch bei Großkonzernen, eben durch die ganzen Tierskandale, die wir gemacht haben.“

(1, m., HHA): „Bei Rewe, da ist so eine Ecke: Aus unserer Region. Wo auch diese Region gestärkt werden soll. Weil dieses Bewusstsein kommt immer mehr bei den Leuten.“

Bezüglich des gestiegenen Bewusstseins in Ernährungsfragen und damit einhergehend verantwortlichen Konsumhandelns, das in diesen Gruppen nun einmal hochpolitisch ist, wird den Grünen, neben dem Lernen aus Lebensmittelskandalen, eine wichtige Rolle zuerkannt.

(8, w., HHA): „Ich finde die Grünen haben dazu beigetragen, dass man ein Bewusstsein bekommt, für das alles, Bioprodukte usw.“

(7, m., HHA): „Ich glaube die Grünen, wo das Stichwort jetzt gefallen ist, die haben durch ihre Politik schon natürlich eine gewisse Grundlage geschaffen. Aber das Hauptbewusstsein bei den meis-

ten Menschen, dass eben nicht alles gut ist, was man in sich reinschiebt, ist tatsächlich durch BSE, Maul- und Klauenseuche und durch die ganzen Skandale passiert.“

Nachhaltigkeit spielt, entgegen der Erwartung an diese Gruppen, in beiden Diskussionsrunden kaum eine Rolle, kann überdies auch auf Nachfrage keine lebhaften Debatten anstoßen. Nachhaltigkeit wird lediglich am Rande, in Bezug auf die Generationengerechtigkeit verhandelt, allerdings ohne als konkrete Basis künftigen politischen und gesellschaftlichen (solidarischen) Handelns verstanden zu werden.

(5, w., HHA): „Ich habe da Naturschutz und der Erhalt für nachkommende Generationen.“

(2, m., HHA): „wegkommen von kurzfristigem Steuerkassendenken, sondern mehr gucken, was sie eigentlich für die Zukunft und kommende Generationen machen.“

Darüber hinaus begegnen die Altwähler_innen dem Begriff nur mit wenig Emphase. Einem rationalen positiven Entwurf der Nachhaltigkeit als ökonomischer Chance, konkret: Windenergie als Arbeitsplatzschaffung durch nachhaltigen Fortschritt, steht eine unterschwellige Kritik an der allgegenwärtigen Vereinnahmung des Begriffs gegenüber. Schließlich verhindere das *Label* der Nachhaltigkeit inzwischen sogar echte nachhaltige Entwicklungen, die radikal über die kleinen technischen Fortschritte im Energiebereich hinausgehen würden. Insgesamt überrascht die weitgehende Gleichgültigkeit. Diese lässt sich aber möglicherweise dahingehend erklären, dass der Nachhaltigkeitsbegriff inzwischen von anderen Milieus, Parteien oder der Wirtschaft okkupiert worden ist. Immerhin aber fällt die Nachhaltigkeit als Differenzwert zu anderen Milieus dadurch aus.

Ganz anders, weitaus kontroverser, ambivalenter und ausschweifender verläuft die Debatte um den Fortschrittsbegriff. Zunächst überwiegt spontane Ablehnung. Fortschritt im technischen Sinne des „immer mehr, schneller und besser“ stößt ebenso auf Ablehnung wie die dahinter vermuteten „Profitinteressen“ der Wirtschaft, die sich ohne gesellschaftlichen Nutzen an den Neuerungen bereichere. Aus diesen Gründen sei „Fortschritt“ *mittlerweile* negativ konnotiert. Dieser eher linken Fortschrittskritik wird zusätzlich Konsumkritik am Zwang zu ständiger (technischer) Erneuerung an die Seite gestellt, die auf Verzicht und Rückschritt als Fortschritt abstellt. Dieser „alternative Fortschrittsbegriff“, der sich vor allem über Konsumhandeln ausdrückt, gelte jedoch nur für einige Milieus – in einigen habe bereits ein Umdenken zu „wieder weniger“ stattgefunden, in anderen Milieus jedoch werde Fortschritt nach wie vor konventionell gelebt (mehr Autos etc.).

(5, w., KIA): „Jeder Fortschritt hat auch immer eine negative Seite gehabt. Das Auto hat Mobilität gebracht, aber auch Umweltverschmutzung. Deshalb kann man nicht mehr vorbehaltlos den Fortschritt verehren. Fortschrittsgläubigkeit gibt es nicht mehr in unserer Gesellschaft.“

(4, w. KIA): „Die Gesellschaft zerfällt heute ein bisschen. [...] In der fetten Mittelbau-Gesellschaft, Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?“

oben ein bisschen und unten ein bisschen, in der Mitte war man sich eigentlich über die Werte relativ einig, aber im Moment zerfasert das in Untermilieus, die ihre ganz eigene Kultur entwickeln. Die Fortschritt und ihre Werte ganz eigen definieren.“

Jenseits des – nur in anderen Milieus geltenden – „simplen Fortschrittsglaubens“ finden sich in den Altwähler_innengruppen im Diskussionsverlauf weitere positive Fortschrittsbezüge, etwa in Form „sozialen Fortschritts“, der allerdings nicht bzw. kaum stattgefunden habe. Dabei wäre eine „sozial fortschrittliche“ Gesellschaft gerechter, weniger individualistisch und egoistisch.

(5, w., KIA): „Eigenverantwortungsprinzip, Solidaritätsprinzip, Gerechtigkeit. Das würde für mich sozialen Fortschritt darstellen [...] Trotzdem ist jeder Fortschritt gleichzeitig ein Rückschritt. Gesellschaften wurden in den letzten Jahrhunderten immer toleranter, das ging auch immer einher mit Vereinzelung, Einsamkeit. Fortschritt ist immer ambivalent! Immer! Es geht immer, egal in welchem Bereich, gesellschaftlich, individuell, einen Schritt vor und zurück. Gleichzeitig.“

Zudem wird auch der technische Fortschritt bei näherem Hinsehen positiver bewertet als in den ersten spontanen Assoziationen. Medizinischer Fortschritt, der allgemein (auch aus individueller Erfahrung) begrüßt und als wertvoll geschätzt wird, aber auch positiver technologischer Fortschritt sowie Fortschritt in der Herstellung, Verarbeitung und im Konsum von Lebensmitteln werden befürwortet. Allerdings habe dieser positive Fortschritt in der Tierhaltung, hingehend zu einer artgerechten Haltung (bis hin zur Überwindung des Fleischkonsums und noch weiter bis hin zu veganer Lebensweise) bislang noch nicht stattgefunden, was heftig kritisiert wird und wobei auch ganz klar eine künftige mögliche grüne Regierungspartei in die Pflicht genommen wird.

(7, m., HHA): Fortschritt in Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit [...] da ist SH gerade im Bereich Nachhaltigkeit recht fortschrittlich. Die Förderung des Fortschritts darf nicht zu kurz kommen.“

(4, m., HHA). „Massentierhaltung fällt mir als erstes Stichwort sofort ein. Da ist SH nicht von angenommen, da muss sich dringend was tun, und zwar ganz dringend.“ (7, HHA): „da ist der Handlungsbedarf sehr groß.“

Aus den baden-württembergischen Erfahrungen heraus wenig überraschend, ruft Leistung als Wert, zunächst reflexhaft, regelrechte Abscheu bei den Teilnehmer_innen hervor. Insbesondere als extern angelegte Erwartung und Forderung eines „schneller, höher, weiter“ ohne Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten wird das Leistungsprinzip abgelehnt. Vor allem die Arbeitswelt wird als „feindliches Umfeld“ wahrgenommen, in dem Menschen permanent quälenden Leistungszwängen ausgesetzt seien.

(6, w., KIA): „Leistung hat keinen positiven Anstrich mehr. Natürlich ist Leistung gefragt [...] ich will ja auch persönlich jemand Gutes sein, in beruflicher Hinsicht, oder privater, sozialer Hinsicht. [...] Aber das Wort Leistung hat heutzutage bei dem, was von Arbeitnehmern auch verlangt wird, keinen positiven Anstrich mehr.“

Dabei ist Leistung als Anspruchshaltung an sich selbst in Form eigener bewertungsfreier Fähigkeiten durchweg positiv konnotiert. Das Problem findet vielmehr in der weit ge-

öffneten Schere zwischen individueller Leistung(sbereitschaft) und der als feindlich wahrgenommenen Leistungsgesellschaft seinen Ausdruck. Ohne den Zeitpunkt und die Gründe konkret machen zu können, sind sich die Proband_innen des Verlustes einer nicht durch wirtschaftliche Interessen und berufliche Zwänge „verdorbenen“ Leistung bewusst. Einzig in der *kindlichen Freude am Lernen* sieht man das Ideal von Leistung noch verwirklicht. Allerdings sei dieses durch das frühe schulische Aussieben, den zunehmenden Leistungsdruck und die Entwertung von Bildungsabschlüssen unterhalb des Abiturs zunehmend bedroht. Eine Bildungsreform muss hier ansetzen.

(2, m., KIA): „Leistung kann etwas Positives sein. Aber dadurch, dass es kein Erreichen der positiven Leistung gibt, weil es so explodiert, wir müssen alle alles können, ist es kein positiver Begriff mehr.“

(5, w., KIA): „aus Lehrersicht: In der Schule ist Leistung ja eigentlich total positiv. Weil die Schüler, wenn sie was leisten, dann Selbstbewusstsein usw. [...] Aber, komischerweise, durch das gesellschaftliche Drumherum, auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, ist der Begriff für mich auch negativ konnotiert, sodass ich ja schon fast das Gefühl hab, ich muss mich dafür rechtfertigen, vor der Gesellschaft, vor Kollegen etc.“

3.4 Zwischenfazit: Wertediskussion

Die Wertedebatten in Schleswig Holstein offenbarten, noch stärker als im Süden der Republik, eine grundsätzliche Differenzierung im diskutierten Wertekanon. Immer wieder wurde eine Unterscheidung zwischen Basis- und Folgewerten in den Gruppendiskussionen vorgenommen. Basiswerte bilden in der Wahrnehmung der Proband_innen die Voraussetzung dafür, dass sich andere Werte überhaupt erst entwickeln können. Als zentraler basaler Wert, der alle grünen Neuwähler_innen zu verbinden scheint, hat sich in diesen Diskussionen die Eigenverantwortung herauskristallisiert. Diese Übereinstimmung soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Eigenverantwortung höchst ambivalent diskutiert wurde.

So können sich nach Auffassung der grünen Neuwähler_innen etwa Gerechtigkeit, Solidarität oder auch Leistung nicht selten nur auf Basis eigenverantwortlichen Handelns ausprägen. Insbesondere in der Gerechtigkeitsdebatte überrascht diese Fokussierung zunächst. Trotz der gruppenübergreifenden Einigkeit, dass Gerechtigkeit der wichtigste Wert sei, fällt es allen Gruppen schwer, sich auf eine gemeinsame, verbindliche Definition von Gerechtigkeit zu einigen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der insbesondere in den Neuwähler_innengruppen hervorgebrachte Zweifel an der Herstellbarkeit von Gerechtigkeit. Staatlichem Handeln, dem man die Lösung nicht zutraut, wird eigene Verantwortlichkeit, vor allem im Nahbereich, entgegengestellt. Wenig überraschend ist es – aufbauend auf diesem Verständnis von Gerechtigkeit – die Chancengleichheit, die in allen Gruppen, insbesondere über die Schaffung gleicher Startbedingungen bzw. Bildungschancen, Konsens stiftet. Den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen reicht dieses Bild von Chancengerechtigkeit als Ermöglichung und Grundlage eigenen Handelns aus, wohingegen die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen sich der Limitierung von Chancen durch soziale Ungleichheit bei eigener Betroffenheit voll bewusst sind. Deutlich wird dies an den Differenzen bezüglich sozialer Gerechtigkeit, ein Thema, welches zunächst offensichtlich allein für die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen relevant ist. Für die grünen Altwähler_innen spielte das Thema – zumindest in der Wertediskussion – überraschenderweise kaum eine Rolle.

Den Altwähler_innen gelingt es mit dem Begriff Solidarität deutlich leichter, eine Grundlage für ein gesellschaftliches Miteinander auszumachen. Jenseits konkreter sozialpolitischer Debatten bildet Solidarität eher die Antithese oder zumindest Ergänzung zu Eigenverantwortung und Leistung. In den Neuwähler_innengruppen hingegen wird Solidarität weniger universalistisch verhandelt. Bei den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen changiert der Begriff des „solidarischen Miteinanders“ in der Gesellschaft. Oder: Er reduziert sich auf den eigenen Nahbereich. Für die unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen bildet Solidarität hingegen einen Rückzugsraum gegenüber der unsolidarischen Umwelt. Ein Rückzugsraum, der allerdings durch die zunehmende Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

Segregation der Gesellschaft immer weniger Gesellschaftsteile unter einem Dach einbezieht.

Im Zentrum der Wertedebatte steht indes die Eigenverantwortung. Gemein scheint auch, dass in eigenverantwortlichem Handeln vieler Einzelner eine Strategie gesehen wird, gesamtgesellschaftliche Veränderung zu bewirken: Eigenverantwortung ist eine Ermöglichungsstrategie der Vielen. Dieser Konsens wird auch von jenen Befragten geteilt, die echte Wahlfreiheit im individuellen Handeln negieren. Das heißt jedoch nicht, dass es ein gruppenübergreifendes Konsensmodell über die konkrete Ausgestaltung von Eigenverantwortung – als leitenden Handlungsimperativ von Individuen – zur Schaffung einer gerechten Gesellschaft geben würde. Dafür sind die Zugänge und Bedeutungsmuster, die sich hinter verantwortlichem Handeln verbergen, zu heterogen. So wird etwa der Eigenverantwortung als individuelle Fähigkeit, als Ermöglichungsstrategie der Vielen in Form bewussten Handelns, auch die kollektive Unfähigkeit der Vielen zum bewussten Handeln – aufgrund einer Mischung aus Ignoranz und Verblendung – entgegengestellt. Diese Kontrastierung findet sich besonders häufig in Konsumfragen. Zum einen wird durchaus die Möglichkeit gesehen, durch Konsum gesellschaftliche Veränderung zu bewirken. Zum anderen wird die Untätigkeit oder auch Unfähigkeit der Vielen hervorgehoben, den Ansprüchen bewussten Konsums tatsächlich gerecht zu werden.

Weitergehend werden dem Individuum grundsätzlich die Wahlfreiheit und die Fähigkeit zugesprochen, die eigenen Lebenschancen in freier Entscheidung zu nutzen, oder dies eben – eigenverantwortlich – nicht zu tun. So wird die Wahlfreiheit des Einzelnen so interpretiert, dass aus ihr eine möglichst verantwortungsvolle Nutzung der eigenen Fähigkeiten resultieren soll – um der Gesellschaft „nicht zur Last“ zu fallen. Die Forderung nach ökonomischer Unabhängigkeit eines jeden Einzelnen ist das Hauptanliegen dieser Interpretation von Eigenverantwortung.

In dieser Frage unterscheiden sich allerdings tendenziell die Deutungsmuster zwischen besser und weniger gut verdienenden Neuwähler_innen. Insbesondere in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen werden denn auch die Grenzen eigenverantwortlichen Handelns zumindest angesprochen: sei es der Zweifel an der Wahrnehmbarkeit bestimmter Freiheiten oder die mangelnde Einflussmöglichkeit auf Joberhalt sowie Einkommenshöhe. Eigenverantwortliches Handeln ist für die Proband_innen dann nicht mehr der Schlüssel zum Erfolg, sondern geht einher mit einer gewissen Hilflosigkeit. Die Assoziierung von Eigenverantwortung mit Leistung und Leistungsdruck, Ellbogengesellschaft und Konkurrenz verleiht dem Wert auch ein negatives Antlitz.

Demgegenüber ist der Wert der Eigenverantwortung, verstanden als persönliche Freiheit, bei den besserverdienenden Neuwähler_innen deutlich anders und positiver nuanciert. Hier wird kollektivem Handeln der Glauben an die eigene Verantwortung von Individuen entgegengesetzt. Eigenverantwortung scheint in dieser Variante derjenige Wert zu sein, der als aufgeklärter Vernunftappell in jeder Person verwurzelt sein sollte.

Sonst könne weder das eigene Leben gelingen, noch könne man ohne eine starke Eigenverantwortung das Recht auf Intervention in gesellschaftliche Belange einfordern oder Anspruch auf Hilfe seitens der Gesellschaft erheben. Das Gelingen der Gesellschaft liegt in einem solchen Modell an jedem einzelnen Individuum und ist mithin weit entfernt von einem nur annähernd kollektiven Denken. Der Staat als ordnende Instanz fällt somit zumeist aus; Gesellschaft strukturiert sich – folgt man diesem Wert – aus jedem einzelnen Glied derselben.

Bei den Altwähler_innen hingegen zeigt sich ein anderes Bild: Neben der Überzeugung, dass Aktiv-Werden im Kleinen, d. h. das eigenverantwortliche Handeln, tatsächlich auch Veränderungen im Großen bewirken könne (insbesondere im Bereich des verantwortlichen Konsums), fungiert Eigenverantwortung vor allem als Reizwort. Anders als Solidarität oder Gerechtigkeit etwa, die zu den kollektiven Werten gezählt werden, gehört Eigenverantwortung für diese Gruppe eher zu den individualistischen Werten, die per se mit Skepsis betrachtet werden, da man hier eine tendenziell egoistische Haltung vermutet. Nachhaltigkeit als möglicher, lagerübergreifender Wert grüner Neu- und Altwähler_innen spielt indes nur eine untergeordnete Rolle. Schnell erreicht man in allen Gruppen Konsens, dass gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Handeln nachhaltig im Sinne einer „vernünftigen“ Zukunftsorientierung sein sollte. Interessant ist die sowohl bei überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen als auch bei den Altwähler_innen anzutreffende kritische Bestandsaufnahme des Begriffs, dessen inflationärer Gebrauch aus unterschiedlichen Motiven kritisiert wird. Allerdings ist die Relevanz der nachhaltigen Generationengerechtigkeit, ein mögliches Indiz für eine Wertever-schiebung, deutlich schwächer ausgeprägt als in den Erhebungen in Baden-Württemberg im zeitlichen Umfeld der Fukushima-Katastrophe. Vorerst lässt sich wohl stärker eine Diskursverschiebung zumindest dahingehend feststellen, dass Nachhaltigkeit nahezu vorbehaltlos auch mit der Energiewende und Veränderung des Konsumhandelns verbunden wird, ebenso mit Schuldenbremse und Maßhalten bezüglich des Wachstums von Gesellschaft und Wirtschaft, was sich vor allem in der Verbindung der Begriffe Fortschritt und Nachhaltigkeit zeigt.

Dabei zeigt sich in allen Gruppen eine klare Differenzierung des Fortschrittsbegriffs in „guten“ und „schlechten“ Fortschritt, der die spontane reflexhafte Abwehr des Begriffs abzumildern verhilft. Dabei ist die Ablehnung des Fortschrittsbegriffs in den Altwähler_innengruppen nach wie vor am stärksten, niemand möchte des „simplen Fortschrittsglaubens“ anderer sozialer Milieus verdächtig sein. Allein technische Entwicklung im Bereich der regenerativen Energiegewinnung oder Fortschritt im Sinne sozialen Fortschritts lassen positive Bezüge zu. Eine ähnliche Differenzierung machen auch die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen auf. Hier zeigt sich deutlich, dass Fortschritt vor allem mit der Bedrohung der sozialen Stellung, des Arbeitsplatzes – vor allem über das Gefühl der ständigen, überfordernden Beschleunigung – einhergeht. Folglich ruhen die wenigen Fortschrittshoffnungen vor allem in der Hoffnung auf siche-
Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

re, nachhaltige (weil darüber zukunftssichere) Arbeitsplätze. Ähnlich auf Chancen rekurrierend argumentieren die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen. Die Schattenseiten des Fortschritts werden hier – stärker als in den anderen Gruppen – mit dem Paradigma des *ewigen Wachstums* negativ verknüpft. So bestätigt sich erneut die Veränderung im Fortschrittsdenken jenseits postmaterieller Milieus. Fortschritt ist nicht mehr Erwartung eines besseren Morgen, sondern immer auch Bedrohung. Diese Umwertung des Fortschrittsbegriffs wird in der Verbindung des Wertes sowohl mit der Nachhaltigkeit als auch mit dem Wachstum deutlich. Offensichtlich ist jedenfalls eine, schon in Baden-Württemberg beobachtete, Normativierung des Fortschrittsbegriffs. Zum einen bekommt die Nachhaltigkeit als Begleitung des Fortschritts ihren Platz als einhegende Leitplanke weiterer Entwicklungen zugewiesen. Zum anderen ist die alte bundesrepublikanische Leiterzählung von Fortschritt und Wachstum, einst elementarer Bestandteil des Aufstiegsversprechens der Nachkriegsgesellschaft, inzwischen mehr und mehr negativ konnotiert. Nur wie jenseits von Fortschritt und Wachstum das gesellschaftliche Aufstiegsversprechen, über die stets eingeforderte Chancengleichheit mittels verbesserte Bildung, seine entsprechende Umsetzung finden kann, bleibt weitgehend ungeklärt, ein *Green New Deal* als erneuertes Aufstiegsversprechen durch – positiven – nachhaltigen Fortschritt dürfte in diesen Milieus einige Chancen haben.

Der Fortschrittsdebatte recht ähnlich entwickeln sich die Positionen zur Leistung. Auch hier zeigt sich eine aus dem beruflichen und sozialen Alltag herrührende Ablehnung von Leistung in den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen. Dem gegenüber speist sich bei den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen die Ablehnung der Leistung fast ausschließlich aus der Wahrnehmung von Leistungsdruck in Zusammenhang mit den Bildungsbedingungen der eigenen Kinder. Wo Leistungsanforderungen den eigenen Nachwuchs bedrohen, hört das Verständnis für Leistungsdruck schlagartig auf. Bei den Altwähler_innen stößt dieser Negativzusammenhang auf breite Zustimmung, wird Leistung zudem als ein die individuellen Fähigkeiten ignorierender Wert des „höher, schneller und weiter“ zurückgewiesen. Was allen Gruppen aber gemein ist, ist die grundlegende Bereitschaft, selbst Leistung zu bringen. Die Beobachtung aus der überdurchschnittlich verdienenden Neuwählerinnengruppe scheint generalisierbar, wonach der Zerstörung eines öffentlich geltenden Leistungsbegriffs durch die Leistungsdruckgesellschaft persönliche Leistung entgegengesetzt wird, ohne hier noch an eine funktionierende Bezugnahme beider Sphären zu vermuten. Der Glaube an Leistung ist also in keiner der Gruppen, ähnlich zu den baden-württembergischen Ergebnissen, gänzlich verschwunden – allerdings bedarf der Leistungsbegriff einer gründlichen Revision und Neubewertung.

4. Zukunftsaussichten. Themen, Einstellungen, Hoffnungen

4.1 Zukunftsschlagzeilen

Die Proband_innen wurden während der Erhebungen aufgefordert, sich zum einen aus ihrer Sicht realistische, zum anderen der eigenen Ansicht nach wünschenswerte Schlagzeilen für das Jahr 2016 zu überlegen und diese im Format einer Zeitungsschlagzeile niederzuschreiben. Aufgehängt an einem konkreten, selbstgewählten Ereignis, lassen sich idealiter zukünftige Ängste und Hoffnungen in den jeweiligen Gruppen ergründen. Die Schlagzeilen-Formulierung verfolgt somit das Ziel, Entwürfe einer künftigen Gesellschaft zu explorieren und zu diskutieren. In diesem Teil der Kreativgruppendifkussion besteht für die Teilnehmer die Möglichkeit, selbstständig Themen zu wählen und in die Gruppe zu tragen. Gleichwohl ist hierbei die starke Beeinflussung durch die tagesaktuelle Politik nicht zu vermeiden.

4.1.1 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE <100%)

Hamburg

Realistisch	Wunsch
Euro-Krise. Zerbricht die EU oder müssen schwache Staaten gehen?	Wieder neue Arbeitsplätze geschaffen. Arbeitslosigkeit so niedrig wie noch nie
Finanzloch! Rente erst mit 70!!!	Mehr Geld fürs Volk.
Skandalös. Politiker nutzen/missbrauchen Machtstellung für private Belange, Reisen und Bordelle.	Atomausstieg – Erneuerbare Energien – Nachhaltigkeit. Sparsamer Umgang mit Ressourcen wird zur Pflicht. Wir leben in einer Welt
Bundeskanzler Özdemir schließt letztes AKW	Deutschland wieder an der Spitze der Geburten in Europa

Kiel

Realistisch	Wunsch
Europa am Ende – (Eurokrise) Was nun?!	Keine Kinderarmut mehr in Deutschland
Nordstaat	Ausreichend Ausbildungsplätze
AKW Brokdorf kurz vor der Kernschmelze	EU hat sich finanziell, politisch und militärisch geeinigt
Alles wie gehabt	Blühendes Land – Natur, Wirtschaft, Bildung / Frieden

Die unterdurchschnittlich verdienenden grünen Neuwähler_innen zeigen sich während der Schlagzeilendiskussion größtenteils pessimistisch. In den Schlagzeilendiskussionen dieser Neuwähler_innengruppen werden die gesellschaftlichen Herausforderungen von Arbeitslosigkeit und abnehmender sozialer Absicherung in den Mittelpunkt gestellt. Darüber hinaus ist das Thema *Europa* ebenso präsent wie der Anspruch an eine *bessere* Umweltpolitik. Bei einigen Diskussionspunkten scheint durch, dass die große Skepsis gegenüber einer positiven zukünftigen Entwicklung mit einer nicht verantwortungsvoll denkenden Öffentlichkeit begründet wird.

Hinter dem Ruf nach Ausbildungs- und generell Arbeitsplätzen verbirgt sich für diese Wähler_innengruppen ein Themenkomplex von besonderer Relevanz. Obwohl keine(r) der Teilnehmer_innen selbst von Arbeitslosigkeit betroffen ist, bildet das Thema einen Schwerpunkt in beiden Kreativgruppengesprächen. Jobverlust und ein Absinken der Chancennutzbarkeit wird als realistisches Szenario diskutiert, auch wenn es dabei hauptsächlich um *andere* geht. Ein Rentner argumentiert etwa mit Blick auf seine Enkel, dass es schwer werde, Ausbildungsplätze zu bekommen. Eltern machen sich Sorgen um berufliche Entwicklungschancen ihrer Kinder.

Selbst für Beschäftigte ist das Thema von Relevanz, da die freie Arbeitsplatzwahl – sprich: Der Möglichkeit, angstfrei zu kündigen – eine zusätzliche Freiheitschance enthalte, die „heutzutage“ nicht mehr ausgelebt werden könne.

(1, w., HH-): „[...] früher ist es so gewesen, dass man kündigen konnte und immer noch etwas Besseres bekommen hat, da fühlte man sich freier.“

Die kollektive Erinnerung an die Wirtschaftswunderzeit schwingt bei diesem Thema noch immer mit, eine Romantisierung der Vollbeschäftigung der fünfziger und sechziger Jahre erschafft dabei einen generationenübergreifenden Konsens. Rentner_innen und Mittdreißiger_innen sehnen gemeinsam den vergangenen angenommenen Idealzustand herbei.

Dennoch: Die Intention, Arbeitslosigkeit als ein eklatantes Problem Schleswig-Holsteins darzustellen, stößt auf Widerstand. Die Gruppen scheinen sich in dieser Frage keineswegs einig zu sein:

(3, w., KI-): „Und selbst in der Wirtschaftskrise hat SH neue Arbeitsplätze geschaffen. So dramatisch ist das nicht hier in SH. Es gibt hier nur nicht ganz so viele Möglichkeiten, weil industriell hier so wenig angesiedelt ist.“

(7, m., KI-): „Wir haben nicht die großen Spitzen und nicht die großen Tiefen.“

Das zweite Zitat impliziert, dass weder Arbeitskräftemangel noch extreme Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein anzutreffen sind. Dass es in den vergangenen Jahren eine deutliche Stabilisierung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes gegeben hat, ist in den

Diskurs der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen noch nicht vollends eingegangen. In diesen Gruppen scheint sich diese Entwicklung erst langsam Bahn zu brechen – den makroökonomischen Kennzahlen wird nicht vertraut. Allgemein: Arbeitslosigkeit scheint als selbstverständliche Begleiterscheinung der bundesdeutschen Wirtschaft wahrgenommen zu werden, deren Bekämpfung nicht mit Optimismus begegnet wird.

Denn etwas erscheint ihnen paradox: Die Teilnehmer_innen können nicht verstehen, wie es möglich ist, dass einerseits eine riesige ökonomische Krise in Europa stattfindet und andererseits die deutsche Wirtschaft einen soliden und stabilen Aufschwung erlebt. Es gibt deswegen Zweifel daran, ob durch die Finanzkrise schlussendlich doch neue Arbeitslosigkeit drohe.

In beiden Gruppen wird ein Scheitern der Eurorettung als ein realistisches Szenario gesehen. Auffällig ist dabei, dass sich die Rhetorik der Kanzlerin, „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, stark in der Bevölkerung verfangen zu haben scheint. Ganz grundsätzlich wird die europäische Freizügigkeit und Öffnung positiv beurteilt: Es melden sich – richtet man den Blick auf alle Gruppen – keine Euro- oder Europaskeptiker_innen zu Wort. Der extremste Standpunkt bei den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen ist, dass ein möglicher Kreditausfall in den Schuldenländern Südeuropas zu einer Beeinträchtigung des eigenen Lebens führen könnte. Eine Ablehnung von Bürgschaften entwickelt sich aus diesem Argumentationspunkt jedoch nicht. Vielmehr wird die Notwendigkeit einer Erhaltung der durch die europäische Vereinigung gewonnenen Freiheitschancen hervorgehoben.

Die positive Wahrnehmung der EU darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie fern und fremd die politischen Strukturen der EU auf die befragten Proband_innen wirken.

(6, w., KI-): „Dort werden Entscheidungen gefällt, die weitgehend auch mit einem persönlich etwas zu tun haben, weil das insgesamt getragen wird, nicht nur von einem Land, sondern gesamt. Das Bemessungsfeld der Entscheidungen ist so weit, dass ich mir keine Bewertung zutraue. Es wäre wünschenswert, wenn das langfristig Stabilität bekommt.“

Die Komplexität der Verflechtung von Politik und Wirtschaft in der Eurokrise macht es der Teilnehmerin schwer, einen klaren Politikwunsch zu äußern. Lediglich in dem Ziel ist sie sich sicher: Der Euro und somit die EU sollen gerettet werden.

In der stetigen Zuspitzung der Schuldenkrise wird jedoch bei allem Zweifel auch eine Chance verortet, tatsächlich Reformen durchzuführen. Die Skepsis in den beobachteten Kreativgruppen erinnert stark an das Misstrauen gegenüber der Bundesregierung, als sie nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima einen vorzeitigen Ausstieg aus der Atomenergie ankündigte. Zweifel, ob der Atomausstieg nach der Katastrophe von Fukushima tatsächlich vollzogen wird, wurde in Schleswig-Holstein, anders als in Baden-Württemberg, nicht zum Ausdruck gebracht. Dennoch: Unabhängig davon, ob eine Lösung der Schuldenkrise durch die Politik gelingt, ist es interessant, dass trotz des of-
Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

fensichtlichen Regelungserfolges beim zweiten Atomausstieg die Politik im Allgemeinen und die Bundesregierung im Speziellen in der Frage der Eurorettung kein Vertrauen gewinnen konnten.

Die Ausführungen zur Schlagzeile „Deutschland wieder an der Spitze der Geburten in Europa“ sind ambivalent – grundsätzlichen Widerspruch gibt es jedoch nicht. Die niedrige Fertilität wird als ökonomisches Problem thematisiert, gleichwohl vereinzelt in einem zum Ausgleich notwendigen Zuzug von Migranten auch eine Überfremdungsgefahr gesehen wird. Es sei wünschenswert,

(7, w., HH-): „dass wieder mehr in die Rente eingezahlt wird, dass Deutschland nicht ausstirbt, das wir wieder ein aufstrebendes Volk sind und nicht nur von Zuwanderern leben müssen.“

Diese Aussage wird jedoch dadurch abgeschwächt, dass die Familienplanung von Migrant_innenfamilien als (2, m., HH-) „Vorbild“ hervorgehoben wird.

Das Thema Atomausstieg ist neben dem Arbeitsmarkt und der europäischen Schuldenkrise das dritte große selbstständig gewählte Thema. Die Gefahr eines AKW-Zwischenfalls in Deutschland wird von einigen Probanden als realistisch eingestuft. Von einem potentiell möglichen Kanzler Özdemir wird erwartet, den Atomausstieg zu beschleunigen. Erwartungen an eine gute Politik über den Atomausstieg hinaus werden aber kaum konkret artikuliert. Allenfalls die Erschaffung eines „Nordstaats“, der wiederum zu einer schlankeren Staatlichkeit führen würde, wird als durchaus realistisch umsetzbare positive Reformidee wahrgenommen. Die individuellen Machtinteressen der Politiker werden jedoch als nicht zu überwindendes Hindernis für ein erhofftes „Durchregieren“ begriffen. Untermauert wird der mangelnde Glaube an die Regelungs- und Reformfähigkeit der Politik mit der „Skandalerprobtheit“ der schleswig-holsteinischen Landespolitik.

(5, w., KI-): „Weniger Hickhack, weniger Bekämpfen, mehr Einigkeit auch von oben gesehen, wirkungsvoller[...], dass Gerechtigkeit besser gesteuert werden kann.“

Wurde sowohl der Arbeitsmarkt als auch die Überwindbarkeit der Schuldenkrise skeptisch und teils widersprüchlich diskutiert, bildet die Umweltpolitik – der Atomausstieg inbegriffen – die größten Schnittmengen aller hier vertretenen Teilnehmer_innen. Der Ausstiegskonsens befriedigt und bleibt dennoch ein mobilisierender Faktor. Gelegentlich wird die Gefahr geäußert, dass das Abschalten des letzten Meilers nicht früh genug kommen könnte. Mit Blick auf die weiter gefasste Umweltpolitik, die sparsame „Ressourcennutzung“, lassen sich ebenfalls Gemeinsamkeiten herausfiltern. Interessant ist die Verwendung des Wortes „Pflicht“ innerhalb der Schlagzeile, das auf die Hoffnung nach einem stärkeren Staat hinweist. Diese Sichtweise lässt das grundsätzliche Vertrauen in Eigenverantwortung als Basiswert in einem anderen Licht erscheinen. Der Staat wird an diesen Stellen nicht aus der Pflicht gelassen. Staatliche Rahmenbedingungen werden grundsätzlich eingefordert – eben auch um die unbekanntenen *Anderen*, denen

eigenverantwortliches Handeln nicht zugetraut wird, zu *gutem* Handeln zu bewegen. Ganz ähnlich zeigt sich dies auch im Bereich der Sozialpolitik, bei der die Vorstöße Ursula von der Leyens als Rahmenwerk begrüßt werden.

In bemerkenswerter Weise wird die Finanzierungsfrage einer ressourcensparenden Umweltpolitik im Kontext einer Debatte um Steuerpolitik geführt. Komplexität und Unübersichtlichkeit werden als Probleme ausgemacht, obwohl zu berücksichtigen sei, dass durch die Einführung von Sonderregeln in der Steuergesetzgebung stets ein größeres Maß an Gerechtigkeit in das Steuersystem integriert werden sollte. In der Schlagzeile „Mehr Geld fürs Volk“ wird dieser Punkt aufgegriffen und als eine Umformulierung des „mehr Netto vom Brutto“ vorgestellt. Wohlgemerkt: Der „Verfasser“ der Schlagzeile distanziert sich von dem Inhalt. Vielmehr will er zum Ausdruck bringen, dass sich hinter der Schlagzeile ein Politikwunsch verberge, von dem sich viele Menschen beeindruckt lassen (4, m., HH-). Nichtsdestotrotz bleibt der (FDP-)Liberalen Grundton erhalten.

In der Schlagzeile „Alles wie gehabt“ kommt mit Blick auf die Themen „Natur, Wirtschaft, Bildung“ zum Ausdruck, dass keine großen Reformen erwartet werden und sich auch im politischen Betrieb grundsätzlich nichts ändern werde.

4.1.2 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

Kiel

Realistisch	Wunsch
Rot-Grün in SH am Ende	Volle Kassen in Schleswig-Holstein, Einführung der Schuldenbremse
Chinesische Aufrüstung Gegenstand von Nato-Konferenz	Fehmarn-Belt-Tunnel endgültig eingestellt
Deutschland in tiefer Finanzkrise	Atomkraftwerke werden EU-weit bis 2030 abgeschafft
Schleswig-Holstein – Die Atomkraft ist tot: Keine Atomenergie, Anteil regenerativer Energien bei 40%	Arbeitslosenquote tendiert gegen Null

Hamburg

Realistisch	Wunsch
Europa ist pleite	Kompletter Atomausstieg geschafft
Soziale Brennpunkte eskalieren	Soziale Gerechtigkeit gewährleistet
Europa ist gerettet	Wetten auf Währungen werden verboten
Bundestagswahl. Piratenpartei bei 12%	Meinungsfreiheit jetzt auch für Politiker

Die Themenfelder „Atomausstieg“, „Wahlen“ sowie „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ bestimmen die Debatten der überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen. Die „Finanz- und Schuldenkrise“ wird hier ebenfalls verhandelt. Aus den Schlagzeilen ergibt sich ein gemischtes Bild – je nach Thema scheint man zuversichtlicher oder skeptischer in die Zukunft zu blicken. Gibt es hinsichtlich der Eurokrise nur wenig Optimismus, überbietet man sich beim Atomausstieg regelrecht mit positiver Zukunftserwartung.

Die anstehenden Wahlen und die möglicherweise daraus resultierenden Konsequenzen sind in den Debatten der überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen besonders auffällig. In Kiel werden die kommenden Landtagswahlen diskutiert. So wird eine rot-grüne Landesregierung als durchaus realistisches Szenario empfunden (dies stellt sich in allen beobachteten Gruppen so dar), während gleichzeitig deren Scheitern erwar-

tet wird. Allzu viel Hoffnung wird nicht in die Veränderungs- und Durchhaltefähigkeit einer potentiellen Wechselregierung gelegt.

(2, m., KI+): „Haben zwar Ideen und versuchen, Probleme zu lösen, aber letztendlich werden sie wahrscheinlich auch an strukturellen Problemen und Personen scheitern, wie andere Regierungen in den letzten Jahren auch. Und werden das, was sie sich auf ihre Fahnen geschrieben haben, nicht erreichen können.“

Nichtsdestotrotz verbinden sich einige konkrete Hoffnungen mit den anstehenden Landtagswahlen: Eine nachhaltig erfolgreiche Finanzpolitik auf Landesebene erscheint den Proband_innen genauso wünschenswert wie ein Ende des Baus am Fehmarnbelt-Tunnel. Die Einhaltung der Schuldenbremse wird in einer Schlagzeile verlangt – in der Debatte um diese Forderung wird jedoch pessimistischer argumentiert. So recht glaubt niemand daran. Hinsichtlich möglicher Proteste gegen den Tunnelbau in der Ostsee wird nur mit geringfügigem Widerstand seitens der schleswig-holsteinischen Bevölkerung gerechnet. Die Betroffenheit fehle. Weder gebe es eine hinreichend große Gruppe an Menschen, die direkt von den „negativen Folgen des Baus betroffen wären“ (2, m., KI+), noch müsse das Land Schleswig-Holstein einen übermäßig großen Teil der Baukosten stemmen. Innerhalb der Gruppe in Kiel ist man zwar grundsätzlich gegen den Bau, schließlich sei das ein „solcher Blödsinn, kostet viel Geld und ist schlecht für die Umwelt“ (3, w., KI+), man scheint sich jedoch gleichzeitig mit ihm abgefunden zu haben. Die Emotionslosigkeit in dieser Frage erinnert stark an die Haltung der baden-württembergischen Gruppen in Heidelberg und Biberach. Auch dort war man nicht direkt von einem Großprojekt betroffen.

In der Hamburger Gruppe wird bei einer möglichen Bundestagswahl im Jahre 2016 eine starke Piratenpartei vermutet. Inwieweit diese als positiv oder negativ wahrgenommen wird, ist umstritten. Einige betonen den Protestcharakter der Piraten, andere sehen einen möglichen Vergleich zu den Grünen, deren parteipolitische Entwicklung einen ähnlichen Nukleus gehabt habe. Der Unterschied zwischen dem Parteicharakter der Grünen und der Piraten sei heute, dass die Grünen (5, m., HH+) „inzwischen *Ziele* verfolgen“.

(4, m., HH+): „[...] aber die fangen eine ganz neue Masche an. Die haben gar kein Wahlprogramm und suggerieren dem Bürger, dass er da selber mitwirken kann. Quasi über Internet da anklickt und die Ziele selber mit definieren kann. Da gilt die Masse dann, die sich da meldet. Und da wird dem Einzelnen eingeimpft, er könnte was bewegen. Ob das auch was wird, was die da machen, das ist was ganz anderes.“

Sympathie und Abneigung stehen sich gegenüber. Die Kritiker der Piraten begreifen diese eher als Modeerscheinung – in einigen Jahren werde es eine andere Partei geben, die ihre Funktion übernehmen wird. In Hamburg offenbart sich eine gewisse Skepsis gegenüber neuen, kleinen und polarisierenden Parteien: Auf die Regierungsbeteiligung Roland Schills wird namentlich verwiesen.

Von einem Teil der Hamburger Gruppe wird versucht, das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ in besonderer Weise zu betonen. Die Schlagzeilen „Soziale Brennpunkte eskalieren“ und „Soziale Gerechtigkeit gewährleistet“ werden hierbei gegenübergestellt. Die Vermutung, dass bei einer ausbleibenden sozialpolitischen Reformierung – konkrete Vorschläge dazu bleiben aus – Ausschreitungen zu erwarten sind, wird ambivalent aufgenommen. Gerade mit Blick auf gelegentliche Hamburger Demonstrationen und „brennende Autos“ im Bekanntenkreis erfährt diese Schlagzeilenkombination von Teilen der Gruppe Zustimmung, von anderen hingegen Ablehnung mit Verweis darauf, dass in „[einer Großstadt] [...] halt mal ein paar Hundert oder Zweihundert ausflippen“. Für Schleswig-Holstein wird eine derartige Entwicklung jedoch nicht antizipiert – Hamburg ist der eindeutige Bezugspunkt. Interessanterweise wird das Thema Arbeitsmarkt und soziale Ungleichheit von den Personengruppen eingeführt, die selbst nicht von der Arbeitsmarktproblematik betroffen sind. In Kiel sind es zwei verbeamtete Lehrer, die die Diskussion anregen, in Hamburg ist es hauptsächlich ein mittdreißigjähriger Frührentner mit auskömmlicher Pension, der soziale Gerechtigkeit fordert. Unterstützt wird er von seinem Schlagzeilengruppenpartner:

(3, m., HH+): „Ich glaube, das funktioniert auch einfach nicht. Weil es gibt immer wieder und leider viel zu viele heutzutage, die dann hinten überfallen. Es gibt ja Kinder, wo wir wieder bei der schulischen Bildung sind, die haben einfach von Haus aus gar nicht die Möglichkeit, einen vernünftigen Schulabschluss zu machen, weil sie, das beste Beispiel ist halt immer: irgendwo immigriert, die Eltern sprechen zu Hause nur die entsprechende Muttersprache, das Kind wächst in einem Stadtteil auf, wo denn entsprechend auch nur Menschen aus dem entsprechenden Land leben und wie soll sich dieses Kind dementsprechend hier integrieren und dann auch die Möglichkeit überhaupt bekommen, dann den Weg zu gehen. ...das sind ja die wenigsten. Also das ist jetzt nicht nur auf Immigrationshintergrund zurück zu führen. Das ist ja auch wenn ich generell. Ich sag mal da ist 'ne Familie, da ist der Vater arbeitslos, das Kind wird da rein geboren, die nehmen ja meist genau denselben Lauf...und das wird es auch immer wieder geben. Naja da gibt es ja nicht... da wird es ja nicht so sein, dass es irgendwann mal heißt: naja, hier jetzt mal ganz drastisch wir haben hier 50 Prozent Leute, denen geht es überdurchschnittlich gut und 50 Prozent Menschen, denen geht das überdurchschnittlich schlecht und nun gleichen die 50 Prozent, denen es gut geht die anderen aus, damit wir alle in einer heilen Welt leben. Das wird ja so nicht passieren und insofern...“

Aussagekräftige Zuspitzungen wie dieses Zitat verfangen sich jedoch nicht – die Diskussion bleibt stecken und wird von den anderen Proband_innen nicht aufgegriffen. Vollbeschäftigung wird in Kiel zwar als wünschenswert begrüßt, hinsichtlich ihrer Realisierung auf Landesebene allerdings als unrealistisch abgetan. Keiner potentiellen Regierung wird zugetraut, in diesem Punkt signifikante Veränderungen zu bewirken. Die Skepsis gegenüber möglicher Veränderung wird jedoch nicht nur im Kontext eingeschränkter landespolitischer Entscheidungsbefugnisse diskutiert, sondern speist sich ebenso aus der undurchsichtigen Politikmaschinerie, innerhalb derer die vielen „kleinen Rädchen“ (8, m., KI+) zu einer Überforderung des integersten Politiker führen könnten.

Im Bereich umweltpolitischer Maßnahmen konzentrieren sich die Neuwähler_innen in den Schlagzeilen allein auf den Atomausstieg. Ähnlich wie in den anderen Neuwähler_innengruppen in Kiel wird am Atomausstieg nicht gezweifelt. Im Gegenteil: An den deutschen Vorbildcharakter wird geglaubt und der Politik somit indirekt Stärke und Handlungsfähigkeit zugetraut. Auf europäischer Ebene – so suggeriert es eine Schlagzeile – könnte durch den deutschen Ausstieg bei hypothetischer Unterstützung Frankreichs ein Sogeffekt entstehen. Obwohl das Thema Atomausstieg unter Berücksichtigung der Kurzlebigkeit der medialen Aktualität bereits lange zurückzuliegen scheint, ist es für die beobachteten Neuwähler_innen noch immer gegenwärtig. Besonders mit Blick auf Schleswig-Holstein wird vermutet, dass der Atomausstieg im Jahr 2016 bereits vollzogen sein könnte. Das Potential des Landes, regenerative Energien einzusetzen, wird als sehr hoch empfunden. Die Energiewende scheint in diesen Gruppen tatsächlich ein feststehender Teil des ökologischen Bewusstseins zu sein. Umweltpolitik wird bei der eigenen Themensetzung fast ausschließlich vor dem Hintergrund des Atomausstieges diskutiert – andere Felder werden nicht bearbeitet.

Auch innerhalb der überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen wird das Thema Europapolitik gesetzt – allerdings ist es hier an Ambivalenz kaum zu überbieten. Größtenteils wird pessimistisch auf die Rettungsaktionen im Euroraum geschaut – eine Kettenreaktion wird befürchtet, die auch in Deutschland verheerende Auswirkungen haben könnte.

(2, m., KI+) „Man muss das aber EUweit sehen, dann ist eben Deutschland auch immer tiefer mit drin.“

Eine Ablehnung der europäischen Idee oder speziell einer europäischen Solidarität entwickelt sich aus dieser Skepsis allerdings nicht. Dem gegenüber steht ein grundsätzliches Vertrauen in die weltwirtschaftlichen Wachstumsinteressen. Ein Scheitern der Eurorettung werde notfalls – so die These innerhalb der Gruppe – von finanzstarken Handelspartnern verhindert.

(5, m., HH+) „ich kann das auch ganz einfach erklären aus meiner rational ökonomischen Sicht. Es hat weltweit keiner ein Interesse daran, dass der Euro pleitegeht. Das ist ganz einfach. Alleine die fünf BRICS -Staaten sind 25 Prozent der weltweiten Wirtschaftskraft. Die profitieren unter anderem von Europa und vom Euro. Und es [das Scheitern des Euro] macht einfach keinen Sinn.“

Es ist insbesondere das Vertrauen in die innovative und wirtschaftliche Kraft Deutschlands, die den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen einen gewissen Optimismus verleiht. Selbst – und hier unterscheiden sie sich deutlich von den unterdurchschnittlich verdienenden Proband_innen – in der Betrachtung der Eurokrise gibt es Lichtblicke, auch wenn es nicht die Regelungsfähigkeit der Politik ist, der hier vertraut wird. Gleichwohl erscheint die wahrgenommene Gefahr aufbrechender sozialer Konflikte in den Hamburger Gruppen stärker ausgeprägt – Randalen und Gewalt haben hier eine größere öffentliche Präsenz.

4.1.3 Zukunftsschlagzeilen Altwähler_innen

Kiel

Realistisch	Wunsch
Bundeskanzler Wowereit sagt...	Zum/Zur ersten grünen Bundeskanzler/in gewählt
Erstes Auto fährt von Fehmarn nach Dänemark	Als ersten Bundesland Ganztagschulen flächendeckend in S-H.
Landtagswahlen: Rot-grün steht vor dem Aus	Rot-Grün steht im Landtag
Koalitionsverhandlungen zwischen Grünen und Transparenter deutscher Demokratie nach drei Jahren erfolgreich beendet	Kostenlose staatliche Kinderbetreuung vom Kabinett beschlossen. Bundesrat stimmt zu

Hamburg

Realistisch	Wunsch
Endgültige Stilllegung von Brokdorf	80% der Bauern arbeiten als Biobauern
Atomkraft erst 2025 abgeschaltet	Einheitliches Schulsystem in allen Bundesländern
Europa ist pleite –DM kommt zurück	Letztes AKW abgeschaltet
SH zu 80% Ökostrom und rot-grün wiedergewählt	100% Ökostrom und Habeck wird Ministerpräsident von SH

Die grünen Altwähler_innen in Schleswig-Holstein zeigen sich erstaunlich optimistisch. Zwar haben sie erhebliche Zweifel an der Handlungsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Landespolitik im Allgemeinen, dass jedoch die Themen der eigenen politischen Agenda Gehör finden, erscheint ihnen als sicher. Die Entwicklung hin zu einem ökologieorientierten Wirtschaften wird nicht bezweifelt. Als realistisch wird etwa ein Anteil von achtzig Prozent Ökostrom im Gesamtenergieverbrauch für 2016 geäußert – gewünscht werden hundert Prozent. Der verabschiedete Atomausstieg wird als politischer Erfolg verbucht. So treffen beispielsweise in der Hamburger Gruppe die Schlagzeilen „Atomkraft erst 2025 abgeschaltet“ und „Endgültige Stilllegung von Brokdorf“ aufeinander. Eine weitere Beschleunigung des Atomausstiegs wird für realistisch gehalten, auch wenn von einigen Teilnehmer_innen immer wieder die Befürchtung geäußert wird, dass die Großkonzerne durch Lobbyarbeit schließlich doch noch eine Verlängerung der Laufzeiten bewirken könnten:

6, w., HHA „Ich glaube, dass die ganze Industrie, die dahinter steht, nicht nur die Betreiber wie Vattenfall, sondern auch Stromriesen, wie E.ON, haben so ein Interesse daran, dass das weiter läuft, da stecken auch genug finanzielle Mittel dahinter, um Druck zu machen und das immer wieder hinauszögern zu können. Und sei es, dass es dann heißt, wir haben dann aber so und so viele Arbeitslose, um einfach Druck auf die Regierung zu machen.“

Ein Großteil der Proband_innen blickt ebenso mit Optimismus auf zukünftige Wahlerfolge der Grünen – im Bund und im Land. Eine vielleicht erwartbare Skepsis im grünen Stammwähler_innenmilieu kann nicht festgestellt werden. Nur vereinzelt werden Stimmen laut, die vor dem Hintergrund des Scheiterns der rot-grünen Koalitionsbildung in Berlin Zweifel daran äußern, dass zukünftig Regierungsbeteiligungen für die Grünen anstehen. Als realistisch wird in diesem Kontext etwa die Schlagzeile „Bundeskanzler Wowereit sagt ...“ diskutiert. Dass sich mit einer grünen Regierungsbeteiligung in Schleswig-Holstein politische Erfolge einstellen werden, ist hingegen höchst umstritten: In der Skandalanfälligkeit der schleswig-holsteinischen Politik wird ein möglicher Grund für ein potentiell Versagen ausgemacht. Der Bau der Fehmarnbelt-Verbindung wird negativ verhandelt – die Umsetzung des Projekts wird jedoch weder angezweifelt noch werden konkrete Schritte erwähnt, um es zu verhindern. Die Debatte emotionalisiert keineswegs. Ein größeres Protestpotential, wie es beim Stuttgarter Bahnhof beobachtet werden konnte, wird nicht erwartet. Erfolgreiche Bürger_innenproteste in Lübeck, durch die Kürzungen bei einem Krankenhaus verhindert werden konnten, zeigen den Kieler Proband_innen zwar mögliche Erfolge auf, besonders mobilisiert fühlen sie sich jedoch nicht. Man scheint zwar stolz auf die Erfolge der Protestler, möchte also irgendwie Teil des gesellschaftlichen Protestgeschehens sein – aber nicht vorneweg schreiten. Auch hier kommt wieder das Klischee der „ruhigen“, auch leicht lethargischen Norddeutschen zum Tragen; wütende, aufgeheizte Aktionen erwartet (und wünscht) man nicht. Die Forderung an die Grünen, hier zu intervenieren, wurde nicht artikuliert.

Die auffälligsten Debatten innerhalb der Zukunftsdiskussion lassen sich im Bereich der Bildungspolitik verorten. Die Diskussionen sind emotional aufgeladen, es herrscht eine generelle Tendenz zur Übertreibung und die Kompromissbereitschaft zwischen den unterschiedlichen Diskutant_innen nimmt ab. Begründen lässt sich dies zunächst mit der generellen hohen Sensibilität für den Themenkomplex Bildung. Darüber hinaus ist Bildung ein Verknüpfungspunkt verschiedener Gerechtigkeitsdebatten. Chancengerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit treffen hier aufeinander.

Auf der einen Seite diskutieren die Teilnehmer_innen, tatsächlich sind es fast immer nur die Frauen, über die Kostenbeteiligung des/der Bürgers/Bürgerin am Bildungssystem. Die Bereitstellung von Bildungsangeboten wird zum einen als „hoheitliche Aufgabe“ des Staates empfunden, die nicht mit Kosten verbunden sein dürfe. Studiengebühren werden abgelehnt, sich auftürmende Kostenstellen in der schulischen Ausbildung wie etwa der Schulspeisung werden angeprangert – überdurchschnittlich verdienende Neuwähler_innen und Altwähler_innen waren sich in dieser Frage einig. Darüber hinaus werden

die Kosten für die frühkindliche Betreuung oder Kindergartenplätze als zu hoch empfunden – vor allem in Kiel. Alle Kinder – so die einhellig vertretende Meinung – sollen die gleichen Bildungschancen erhalten. Hierbei wird die kostenlose Verfügbarkeit eines Krippenplatzes zunächst als wichtiger Schritt für die Sozialisierung eines Kindes begriffen. Erst im zweiten Schritt wird in einem aufwandsfreien Betreuungsangebot eine Möglichkeit gesehen, den Müttern in einkommensschwächeren Haushalten auch Niedriglohn-Jobs attraktiv zu machen. Kleine Einkommenszuwächse würden dann nicht durch zusätzliche Betreuungskosten für Kinder egalisiert.

Auf der anderen Seite wird mit Blick auf die Kosten der frühkindlichen Förderung aus der Debatte um Chancengleichheit eine Verteilungsfrage konstruiert. Die Grundannahme dieser Position lautet: „Was nichts kostet, wird nicht wertgeschätzt.“ Mit Blick auf die Bildungseinrichtungen bedeute dies, dass kostenlose Angebote beim Schulessen, der Kinderbetreuung oder in der Universität zu einer respektlosen Ausnutzung staatlicher Angebote führen würden. Ein finanzieller Beitrag zum Bildungssystem wird somit nicht grundsätzlich abgelehnt: Allerdings sollte dieser ähnlich wie die Einkommenssteuer progressiv gestaffelt sein, damit finanzstärkere Eltern einen höheren Anteil übernehmen müssen.

(5, w., KIA): „[Es geht] nicht um die Kinder. Es geht um die Eltern, die da bezahlen.“

Die konträre Meinung drückt sich im folgenden Zitat aus:

(7, w., KIA): „Die Kinder können doch gar nichts dafür. [Man kann] doch nicht sagen: Das sind Kinder von Gutverdienenden und das sind Kinder von schlechter Verdienenden. Da müssen wir doch mal eine Gerechtigkeit schaffen und sagen: Alle Kinder sind gleich. Und wir kümmern uns um die Kinder.“

Innerhalb dieses Zwiespalts bildet der Ruf nach einer progressiveren Einkommenssteuer mit deutlich angehobenen Spitzensteuersätzen das Ende der Diskussion. Die Quintessenz der Debatte ist jedoch, dass Schulen, Kindergärten und Kitas nicht nur Orte seien, an denen Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit erlernt und erprobt würden, sondern gleichsam zu einer Institution zur Erreichung von sozialer Gerechtigkeit aufgestiegen seien. Die Debatte richtet sich dabei allerdings nicht nur gegen die „Reichen“. Explizit wird darauf verwiesen, dass Hartz-IV-Empfänger_innen Krippenplätze zur Verfügung gestellt bekommen – die rhetorische Frage, ob dies problematisch sei, bleibt im Raum stehen. Ihr kritisches Nachhallen wird nicht kommentiert. Interessanterweise wird unter dem Oberthema der sozialen Gerechtigkeit die Forderung nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ nicht formuliert. Überhaupt: Es wird gar nicht erwähnt.

Veränderungen und grundlegende Reformen werden jedoch in den Bereich der Wünsche geschoben. Eine große Bildungsreform etwa erwartet niemand. Es ist das föderale Bildungssystem, das als unüberwindbares Hindernis empfunden wird, zum Teil „nervt“ (4, m., HHA) es regelrecht. Die wahrgenommene Chancenverkleinerung eines Hambur-

ger oder schleswig-holsteinischen Gymnasiasten gegenüber eines Münchner Abiturienten wird als ungerecht empfunden, zumal sie als Konstrukt süddeutscher Imagepflege verstanden wird. Die Landespolitik wird nicht als angemessener Ort zur Gestaltung des Bildungssystems gesehen. Die Schlagzeile „Als erstes Bundesland Ganztagschulen flächendeckend in Schleswig-Holstein“ kann deswegen auch nur ein Wunsch sein, obwohl genau in diesem Punkt alle Kompetenzen beim Land liegen. Die Auseinandersetzungen in den bildungspolitischen Forderungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass grundsätzlich optimistisch in die Zukunft geschaut wird.

Die generell positive Zukunftserwartung grüner Altwähler_innen, die in Schleswig-Holstein festgestellt werden konnte, deckt sich nicht mit den Befunden aus Baden-Württemberg. Im Süden der Republik wurden wenige Tage vor der Landtagswahl und nur kurz nach dem atomaren Zwischenfall in Japan bezweifelt, dass „grüne Themen“ und Ziele langfristig die öffentliche Debatte bestimmen würden. Die seitens der Altwählergruppen bisher positiv wahrgenommene Regierungspolitik von Winfrid Kretschmann in Baden-Württemberg und der offensichtlich langfristige Plan zum Atomausstieg lassen den Erfolg grüner Politik realistischer erscheinen. Mit Blick auf Schleswig-Holstein kann darüber hinaus festgestellt werden, dass in ökologischer Energiepolitik eine ökonomische Zukunftsperspektive für Schleswig-Holstein gesehen wird – Biogas, Windenergie und Wasserkraft werden in diesem Kontext positiv diskutiert.

4.2 Krisenwahrnehmung

4.2.1 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE <100%)

Die Krisenwahrnehmung der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen geht einher mit einer ausgeprägten Skepsis gegenüber der medialen Berichterstattung. Vor allem deren Kurzfristigkeit erschwere eine angemessene Beschäftigung mit den Krisen, man fühlt sich abgeschnitten und abgehängt.

(4, m., KI-): „Die Schlagthemen, Fukushima, da hat jeder drüber geredet, so wie auch 9/11, alles was in den Medien, zum Teil zu Recht, gepusht wird. Aber Fukushima ist auch wieder weg als Thema, das sind Themen, die die Welt bewegen, von der Bohrinsel hört man auch nichts mehr, obwohl bestimmt alles noch verseucht ist. Das sind immer nur die aktuellen Themen und immer auch nur negative Themen, die Welt redet nur über negative Sachen.“

In der Schnelllebigkeit der heutigen Zeit wird gleichsam der Grund dafür gesehen, dass katastrophale Ereignisse nicht mehr hinreichend zur Reflektion anregen würden. In der Politik wird zwar ein möglicher Akteur zur Krisenüberwindung vermutet, Vertrauen wird ihm jedoch nicht geschenkt. Mit der Subventionierung nachhaltiger Formen des Wirtschaftens durch die Politik scheint diesen Neuwähler_innengruppen zwar ein akzeptables Instrument zur Regulation von Krisen zur Verfügung zu stehen. In ihren Augen korrekt angewendet sehen sie es jedoch nicht.

Doch auch individuell fühlen sich die Proband_innen – hier vor allem die Hamburger Gruppe – von der „Krisendichte“ überfordert. Eine Integration von Krisenverarbeitung in das alltägliche Leben wird als Überforderung zurückgewiesen. Der Alltag sei es zuvorderst, der einer konsequenten Auseinandersetzung mit Krisen und deren möglichen Bekämpfung im Wege stehe (1, w., HH-).

(2, m., HH-): „Krisen sind normal, damit müssen wir uns auseinandersetzen, die müssen wir bewältigen, aber dass bei den Lösungen welche gefunden werden, die dem Normalbürger vernünftig erscheinen, das fehlt mir.“

(1, w., HH-): „das wird uns alle treffen, man hat den Eindruck, dass sie nichts dazugelernt haben, dass die nicht durchblicken, sowohl Politiker als auch Fachleute, das sieht man in den politischen Sendungen und Magazinen, da hat man den Eindruck, die verstehen es selbst nicht. Die reden, aber verstehen nicht. In so Berichten wird dargestellt, dass nichts verstanden worden ist.“

Eine mögliche Einflussnahme auf die Krisenentwicklung wird bei unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen über Konsumententscheidungen diskutiert. In diesem Kontext wird nicht nur eine korrekte Auswahl innerhalb der Produktlandschaften gefordert, sondern ebenso Verzicht eingeklagt. Das „Setzen von Grenzen“ (1, m., KI-) im Konsum in Form staatlicher Regulierungsmaßnahmen stößt bei den grünen Neuwähler_innen in Kiel auf keinen Widerstand.

Bewusstseinsbildung über Krisenursachen ist in den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen ein wiederkehrender Gedanke, der ausgehend von Tierschutz und Umweltpolitik einen generellen Charakter entwickelt.

(8, m., KI-) „Wenn ich bereit bin, etwas mehr für mein Essen auszugeben, und es ist leider so, dass Deutschland in Europa eines der Länder ist, das am wenigsten für Geld und Essen ausgibt, dann wird es auch was Besseres geben. Die Industrie, die Wirtschaft, die hört auf das, was der Konsument will. Natürlich wird auch geformt, was er will. Ein bisschen mehr Eigenverantwortung, Bewusstseinsbildung und die Bereitschaft etwas für sich zu tun, [so] könnte das gefördert werden.“

Individuelle Konsequenz wird zu einer grundsätzlichen *Ermöglichungsstrategie der Vielen* erhoben, denn in der Abschiebung von Verantwortung seitens des Einzelnen auf Lasten anderer wird ein schwerwiegendes Problem gesehen. Einer *guten* Krisenbekämpfung laufe dies zuwider.

(8, m., KI-) „Ihr müsst, ihr müsst, ihr müsst. Nein: Ich gucke, was kann ich machen?“

Gemeint ist hierbei kein bestimmtes Problem, sondern es wird ganz im Gegenteil die Kultur des unverantwortlichen Umgangs mit Problemen generell beanstandet. Vor allem in der Kieler Gruppe wird diese Sichtweise auf generationelle Verantwortung übertragen: Hier sind es die Mütter, die diesen Punkt thematisieren. Umweltpolitik ist dabei lediglich ein Bereich. Auch andere gesellschaftliche Bereiche werden in den Kontext der Erziehung und damit des langfristigen Veränderungspotentials des Individuums gesetzt.

(6, w., KI-) „Nachhaltig ist für mich, wenn ich bei meinem Sohn in der Küche sitze und er das Essen zubereitet und Werte, die ich vor zwanzig Jahren versucht habe, ihm zu vermitteln, was Essen zum Beispiel betrifft, Kultur betrifft, soziales Miteinander betrifft, die Art und Umgang, [...] weiter gibt, da [hat] sich Nachhaltigkeit geformt. Das heißt, dass das, was ich heute tue, ein Echo in die Zukunft ist, das sich nachhaltig auswirkt. Und wenn wir [...] einfach in unserem [...] Handeln im Miteinander, in dem, wie wir mit den Dingen umgehen, einfach mehr tun für die Zukunft, glaube ich einfach, dass sich das mit einer ganz großen Portion Zeit, die es braucht, [...] auszahlen [wird].“

Bedeutung wird auch den vermeintlich schlechten beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der nachrückenden Generation zugesprochen. So seien die eigenen Kinder gezwungen, Krisen zu bewältigen, für die sie überhaupt keine Verantwortung trügen.

(2, w., KI-) „Als Eltern sehe ich mich als Vorbild und kann im besten Fall nur so leben, wie ich die Dinge sehe oder eben auch nicht. Es ist ja so, dass die jungen Leute diese Welt, wie sie ist, ja gar nicht so geschaffen haben. Sie sind nur reingeboren worden, mit Computern, mit allem Möglichen. Das haben sie [die Älteren] zu verantworten. Die ältere Generation muss an dieser Stelle bei sich selber ansetzen [...]. Diese Generation ist vielmehr damit konfrontiert worden, dass man später keine Arbeit mehr findet, dass alles Mögliche niederging und sehr, sehr große Ängste schon da waren, als ich mir noch gedacht habe: ‚Ihr startet erst ins Leben und habt schon solche Angst.‘ Das ist ja fürchterlich.“

Hinsichtlich der Bekämpfung von Krisen wird akzeptiert, dass es keine schnellen, einfachen oder leichten Lösungen geben könne. Dass es grundsätzlichen Veränderungsbedarf in Verteilungsfragen – wohlgemerkt: hier mit Blick auf weltweite Einkommensungleichheit – gibt, wird akzeptiert. Dass es einer langen Ausdauer bedürfe, um die Früchte einer *nachhaltigen* Erziehung genießen zu können, ist ebenso klar.

Entgegen der Annahme, dass sich im öffentlichen Aufbegehren [angespielt wird auf die *Occupy*-Bewegung] der vergangenen Wochen und Monate grundsätzliche Veränderungen abzeichnen, gibt es innerhalb der Gruppen auch Tendenzen, in dem Protest und Veränderungswillen eine womöglich kurzlebige Modeerscheinung zu sehen.

(3, w., KI-) „Also ich glaube, dass das eher eine Zeitfrage ist und wir haben jetzt einfach ganz viel gehabt, in der Mode, in der Technik, in der Ernährung, wir haben auch schon früher mal drauf geachtet, dass die Tiere artgerecht behandelt werden sollen und erst dann zum Schlachter. Dann kam die Zeit, da war alles scheißegal, da haben wir in Saus und Braus gelebt, und Geld nur ausgegeben und einfach nur gelebt und uns um nichts gekümmert und jetzt ist so wieder die Zeit, wo das alles wieder so ein bisschen zurückfährt und ich finde, wenn man so auf die Demos guckt, wie viele Kinder und Jugendliche da wieder unterwegs sind, es ist doch toll. Ich weiß gar nicht, was wollen wir denn. Die sind doch in Bewegung, die machen doch was ... Das hat nichts mit Erziehung zu tun, die erleben ihre Geschichte doch ganz eigenständig und ich kann doch nicht ständig zu meinem Sohn sagen: ‚Du aber damals‘ und ‚Du musst hierhin und dahin‘. Ich kann ihn ein Stück weit begleiten, und kann ihm auch ein paar Ideen mit an die Hand geben. Aber die Entscheidung letzten Endes trifft er doch, wo er sich engagieren möchte und was er essen möchte, was er weiter gibt, wie er mit seinen Freunden umgeht. Das bestimmt er für sich ja wieder. Ich finde nicht alles gut und kann auch nicht alles nachvollziehen, aber das heißt nicht, dass es verkehrt ist. Es ist einfach eine andere Zeit.“

Mit offensichtlicher Emotionalität wird auf humanitäre Katastrophen reagiert. Die Hungersnot in Somalia wird als erschütternd wahrgenommen, ebenso die Atomkatastrophe von Fukushima. In den Gruppen herrscht eine authentische Betroffenheit. Dies jedoch eher im Sinne „emotionaler Anteilnahme“ als in Form realer, spürbarer Veränderungen der Lebensumstände. Dafür sind die diskutierten Krisen zu fern.

Mit Ausnahme der europäischen Schuldenkrise weckt keine der Krisen die Befürchtung, dass die individuelle Lebensführung beeinträchtigt werden könnte.

(7, w., HH-) „Ich persönlich finde, dass die angeschnitten sind, die ein bisschen Geld angehäuft haben, so 50.000 bis 100.000 Euro. [...] Wer nix hat, kann nix verlieren, die Reichen haben ihre Schäfchen im Trocknen, aber der sparende Mittelstand hat Angst, dass sein Geld nichts mehr wert ist, auch in Hinblick auf das Alter.“

Diese grundsätzlich akzeptierte Sichtweise überrascht, da etwa (4, m., HH-) im Schiffbau tätig ist und seine Firma direkt von der Finanzkrise betroffen war bzw. ist. Dennoch sagt er: „Ich lebe mein Leben normal weiter.“

4.2.2 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

Die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen in Hamburg und Kiel empfinden die Krisen der Finanzwelt, der Umwelt aber auch der Hungerkatastrophe in Afrika ganz allgemein als ernsthafte Bedrohung. Der Aussage in der Kieler Gruppe, dass die aktuellen Krisen teils „apokalyptische Züge“ (8, m., KI+) aufwiesen, wird nicht widersprochen, sondern kopfnickend beige-pflichtet. Zwar geht ihre Betroffenheit, ähnlich wie die der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen, kaum über den Bereich der emotionalen Anteilnahme hinaus, dennoch befürchten sie etwa von der Klimaerwärmung, der Atomkatastrophe oder der Schuldenkrise ernsthafte Konsequenzen – persönlich, aber auch für die Grundfeste der „Demokratie“ (4, m., KI+). Ein Lehrer sieht sich vor der Herausforderung, einen Zukunftsoptimismus an seine Schü-

ler_innen weiterzugeben, von dem er selbst nicht überzeugt ist.

(8, m., KI+): „Wie soll ich subjektiv die eigene positive Tätigkeit erledigen und bewegen, gleichzeitig aber im Wissen, dass es für die jungen Menschen global sehr problematisch sein wird?“

Aus der Krisenwahrnehmung leitet sich kein sofort erkennbares Handeln ab. Der/Die Einzelne sieht sich einer gewissen „Hilfslosigkeit“ ausgesetzt.

(2, m., KI+): "Ich weiß jetzt nicht, wie das auf kommunaler Ebene ist, aber bundesweit, da ist so eine negative Stimmung. Und ich glaube auch, wenn man so Umfragen hört, dann sind doch auch viele Leute verunsichert, glaube ich schon. Ich bin ja nicht der Einzige, der da nicht optimistisch ist [...]. Schlimm finde ich, dass man mit so einem Gefühl leben soll ... Ein bisschen Hilflosigkeit auch, weil ich denke, man kann da auch wenig irgendwie verändern oder irgendwie Einfluss drauf nehmen. Das stimmt mich schon sehr nachdenklich, muss ich schon ganz ehrlich sagen."

Nichtsdestotrotz wird als erste Lösungsstrategie die Eigenverantwortung angegeben. Einer individuellen – wohlgemerkt: nicht individualistischen! – Problemlösungsstrategie wird mehr Vertrauen entgegengebracht als staatlichen Institutionen. Es ist in den Augen der Teilnehmer_innen vor allem die individuelle Konsumententscheidung, die Dinge verändern könne. Ob es sich dabei um Vegetarismus oder Ökostrom handelt, spielt keine Rolle.

(7, m., HH+): „Und zwar frage ich mich hier, was wir vorhin hatten: Eigenverantwortung. Es wurde ja eben gerade gesagt, es ist so ein Medienhype, vier Wochen, sechs Wochen oder wie lange auch immer. Man kann sich drüber aufregen, alles ganz schlimm finden, aber wenn man das schlimm findet, dann muss auch eben Eigenverantwortung zeigen. So, jetzt such ich mir eben einen Ökostromanbieter oder ich werde Vegetarier nach Schweinepest, Hühnergrippe und wie der Kram alles heißt. So. Da muss man dann auch seine, für mich als normal denkender Mensch, seine eigenen Entschlüsse ziehen und für sich sagen: Gut, hier werde ich tätig. Ansonsten sollte ich mich darüber auch nicht aufregen.“

Auf diese Weise lasse sich eine individuell moralische Zufriedenheit herstellen. Ob die Strategie des eigenverantwortlichen Handelns allerdings tatsächlich im großen Rahmen trage, wird dennoch angezweifelt. Einzelne Branchen oder bestimmte Produktionsabläufe ließen sich beeinflussen, der Glaube an einen grundsätzlichen Wandel fehlt jedoch.

(5, m., HH+): „[...] da bei Aldi und Lidl in der Theke, das ist einfach nicht finanzierbar, wenn die [die Hühner] Auslauf haben. Das ist finanziell nicht machbar, also hat da jeder sein [...] ein Stück Eigenverantwortung. Das heißt nicht, dass jeder nur Biofleisch und nur alternative Energien aus der Steckdose beziehen soll, aber wenn jeder für sich so ein kleines Ding macht ist zumindest etwas Kleines getan. Dass die Welt davon jetzt nicht besser wird, also ein Weltverbesserer bin ich dadurch nicht.“

Auffällig ist darüber hinaus, dass Eigenverantwortung insbesondere mit Blick auf Umwelt und Konsum eingefordert und vorgeschlagen wird, während hinsichtlich der Finanz- und Schuldenkrise keine adäquate Lösungsstrategie ins Auge zu springen scheint: Eigenverantwortung ist es auf keinen Fall. Den politischen Akteur_innen wird nur misstrauisch oder gar nicht zugetraut, zur Krisenbehebung beizutragen. Das „sichere Anlegen eigener Ersparnisse in Immobilien“ (1, m., KI+) ist unter Berücksichtigung eines allgemeinen Vertrauens in die Veränderbarkeit der Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

Welt durch individuell richtiges Verhalten in Fragen der Ökologie und des verantwortungsbewussten Konsums eher ein Schutzmechanismus denn ein progressiver Veränderungswille.

Die angenommene Handlungsunfähigkeit der Politik erscheint in den relativ wohlhabenden Neuwähler_innengruppen allerdings nicht als genuines Problem institutioneller Unfähigkeit, sondern wird mit einem Misstrauen gegenüber der Lobby der Wirtschaft unterfüttert. Die vermutete Einflussnahme rein ökonomischer Interessen nimmt dabei bei einigen Proband_innen verschwörungstheoretische Züge an.

(3, m., HH+): „[...] Es gibt alternative Möglichkeiten, aber das ist von Politikseite gesteuert einfach. Gerade die Automobilbranche hat eine wahnsinnige Lobby. Die haben überhaupt kein Interesse daran, dass wir großartig flächendeckend alternative Fahrzeuge produzieren, weil einfach die Steuereinnahmen aus den Kraftstoffen so immens sind. Da wird sich kein Politiker hinstellen und würde zu VW gehen: So, die Unterstützung, die ihr für Ottomotoren bekommt, bekommt ihr jetzt für die Entwicklung, ist ja letztendlich alles sowieso fertig entwickelt, da bekommt ihr entsprechend Subventionen etc. [...].“

Der Atomausstieg hat zwar positiv überrascht, dessen Vorgeschichte – also eine ursprüngliche Verlängerung der Restlaufzeiten – ist jedoch nicht vergessen. Die bundesdeutsche Entscheidung, die Energiewende einzuleiten, wird dennoch als Vorbild für den Rest Europas dargestellt.

(3, m., HH+): „Da hätte man normalerweise, um auch einen Impuls in der Bevölkerung zu setzen, [...] sofort ist nicht umsetzbar, aber man hätte sofort eine Entscheidung treffen müssen: Bis dann und dann sind halt dann die Atomkraftwerke abgeschaltet. Da muss uns die Politik halt also auch ein Stück weit leiten. Anders funktioniert das einfach nicht.“

Die Krisen bewegen die Proband_innen und fordern zu einem Umdenken auf. Insbesondere die Atomfrage sei hier geeignet, da sie im Gegensatz zu Stuttgart 21 oder dem Fehmarnbelt-Tunnel die ganze Bevölkerung betreffe (7, m., KI+). Inwieweit etwa Fukushima die Untersuchungsteilnehmer_innen veranlasst hat, zu Wechselwähler_innen zu werden, kann nicht geklärt werden. Dass es jedoch ein mobilisierendes Potential für die Bündnisgrünen gegeben hat, ist mit Blick auf die Debattenvertrautheit und angedeutete Diskussionen im Familien- und Bekanntenkreis offensichtlich. Ökostrom und Bioprodukte sind in den Gruppen eine Selbstverständlichkeit, von der es nicht abzuweichen gilt. Die Verantwortung für ein Scheitern der *Ermöglichungsstrategie der Vielen* wird bei den gruppenexternen Anderen gesucht – auch wenn in den Diskussionen bereits die Grenzen des krisenvorbeugenden eigenverantwortlichen Handelns deutlich werden. Die Skepsis gegenüber einer zukünftigen Krisenprophylaxe ist insbesondere mit einem fast gänzlich dahingeschwundenen Vertrauen in die Politik zu erklären, in der sich – und hier kommt der Rückbezug auf Schleswig-Holstein – parteipolitisch zwei „müde Boxer“ (4, m., KI+) gegenüberstehen.

4.2.3 Krisenwahrnehmung Altwähler_innen

(4, w., KIA): „Welches Land, wenn nicht Deutschland, kann es sich erlauben, hier Vorreiter zu sein. Egal, was es an Kosten verursacht. Wir können es uns erlauben. Und wenn der Rest der Welt noch 50 Jahre länger braucht, einer muss den ersten Schritt machen.“

Als einschneidendes Erlebnis wird auch in den grünen Altwähler_innengruppen über Fukushima diskutiert. Besonders deutlich ist das Gefühl der Überraschung und Zufriedenheit darüber, dass die Politik ihren Kurs geändert hat. Nur vereinzelt taucht Kritik am Kurswechsel der Regierung auf: Er wird größtenteils begrüßt und ein Stück weit als persönlicher Erfolg dargestellt, da man schon als Jugendliche „nach Brokdorf gerannt ist“ (6, w., KA) oder familienintern in den ersten Hochzeiten des Antiatomprotests heftige Debatten hatte (1, m., KIA).

Mit Blick auf die sich abzeichnende Energiewende wird kritisch und mit Unverständnis auf den offensichtlichen Widerstand einiger „Linker“ – namentlich Stefan Aust – hingewiesen, die einer angeblichen Verschandelung der Landschaft Einhalt gebieten wollen. Dass Trassen, Windräder oder Stromtrassen allerdings tatsächlich eine Verunstaltung seien, wird in den Gruppen nonchalant klar gestellt. Ein gewisses Widerstandspotential gegen übereifriges Ausbauen ist selbst in den altgrünen Gruppen zu vermuten, auch wenn sie sich in gegenseitigen Erklärungen über die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen während der Diskussionsrunden überzeugen können.

Ein tiefes Vertrauen in die Krisenbewältigung der Energieversorgung wird in der Kieler Gruppe den „Technikexperten“ (4, w., KIA) entgegengebracht. Im technologischen Fortschritt wird die entscheidende Strategie gesehen, auch die komplexesten Probleme – etwa: die Energiewende – zu meistern. Möglich erscheint dies jedoch nur unter der Bedingung, dass der technologische Fortschritt nicht durch lobbyistische Wirtschaftsinteressen ausgebremst werde.

(8, m., KIA): „Industrie und Fachleute werden sich was einfallen lassen, was die Politiker beschließen müssen.“

(4, w., KIA): „Die haben ganz andere Ideen, ganz andere Möglichkeiten. Aber ihnen setzt oftmals die Lobby einen Zaun davor. Auch die Politik. Es geht nicht um das Unvermögen.“

Obwohl innerhalb der Gruppen das Thema Krise rein assoziativ diskutiert werden konnte, ist auffällig, dass die Großkrise „Klimaveränderung“ überhaupt nicht angesprochen wurde. Sie scheint von anderen Themen überlagert zu sein. Der Abschied von einem ökonomischen Wachstumsimperativ, der einen CO₂-Ausstoß nachhaltig reduzieren könnte, wird weder thematisiert, noch lässt sich aus der Technikaffinität der altgrünen Gruppen eine gesamtgesellschaftliche Verzichtsbereitschaft herleiten. Der „große Quantensprung“ (2, m., KIA) wird herbeigesehnt.

(2, m., KIA): „[...] an der Stelle ist der Fortschritts- und Entwicklungsbegriff interessant. Fortschritt heißt immer wieder, Solarzellen noch ein bisschen zu optimieren. Entwicklung ist eine wirkliche Innovationen“.

Die Schwelle hin zu einer ökologischeren (Konsum-)Welt scheint, bedingt durch den bisher bereits erreichten technologischen Fortschritt, leicht überschreitbar. Dass der Raum der neuen Möglichkeiten noch nicht betreten wurde, wird mit der Okkupation des „Nachhaltigkeitsimperativ“ durch die Wirtschaft begründet. Kurz: Die Pläne lägen in der Schublade und in der Wirtschaft wird so lange gewartet, bis man sie herausholen müsse!

Andere Themen werden vor allem in Hamburg behandelt, wo zwischen den persönlich erlebbaren Krisen und den nur von Ferne wahrnehmbaren Krisen unterschieden wird. EHEC oder mit Dioxin verseuchte Eier werden in diesem Kontext mit leicht schlechtem Gewissen als bedeutender als etwa die Finanzkrise oder die Hungersnot in Somalia eingestuft. Zwar trifft diese Aussage

auch auf deutlichen Widerspruch, dass sie jedoch auf einen Teil der Gruppe zutrifft, ist dennoch bemerkenswert.

(2, m., HHA): „[...] Dinge, die einen tatsächlich im täglichen Leben betreffen, sind am ehesten lebensweltliche Punkte, Eier oder Sprossen oder so. Die großen Ereignisse oder Katastrophen, das ist eher ein Gesprächsthema, hat jetzt aber keinen unmittelbaren Einfluss, das ist eher Lokalpolitik, wenn eben die Pinneberger Bürgermeisterin halt wieder irgendwelchen merkwürdigen Dingen durchsetzen will.“

(7, m., HHA): „Da muss ich jetzt aber eine oppositionelle Meinung einnehmen. Unter dem Stichwort der Betroffenheit betrifft mich die Hungersnot an der Ostküste Afrikas aber um Längen mehr, als was der von Boetticher hier in SH macht oder auch was die Finanzkrise in Griechenland angeht. Weil da haben wir letztendlich keinerlei Einfluss drauf. Griechenland geht pleite, doof...“

Die Betroffenheit von den großen Krisen reduziert sich bei allen altgrünen Teilnehmer_innen auf emotionale Anteilnahme. Größeren Einfluss auf das eigene Leben haben allerdings eher lokalpolitische Ereignisse – der Skandal um von Boetticher etwa wird dazu gezählt.

(1, m., HHA): „Z.B. dieser Boetticher mit dieser 16-Jährigen, das interessiert mich mehr oder das lese ich aufmerksamer als eine Hungersnot in Somalia, obwohl das eigentlich grotesk ist, aber das ist einfach zu weit weg, das ist für mich zu abstrakt, finde ich grausam, aber ich denke da nicht drüber nach, nehme es einfach zur Kenntnis, lese ich aber von einem Politiker, der eine 16-Jährige hat, dann finde ich das interessanter.“

Gleichwohl wird in der Debatte um Krisen auch immer wieder die Verantwortlichkeit für Krisen verhandelt. In Hamburg zeichnet sich dabei ein ganz ähnliches Bild ab wie in Kiel: Jede(r) Einzelne trägt die Verantwortung, etwas zu ändern, wobei die Politik vorangehen sollte.

(2, m., HHA): „Ich glaube, dass die Politik dann immer mehr wirtschaftsgesteuert agiert, die Politik, die dann als Volksvertretung angefangen hat, wird immer mehr über extreme Lobbyarbeit usw. eine Wirtschaftsvertretung, [gesteuert. Währenddessen] gucken wir eher ohnmächtig zu, wie international operierende Konzerne, die politischen Geschicke der ganzen Welt steuern. Und da fällt mir aus dem Stehgreif auch nichts ein, was man dagegen tun könnte.“

(1, m., HHA): „Ich sehe das ähnlich. Man sieht das ja, dass Konzerne wie RWE, Vattenfall, die üben so einen Druck aus, jetzt im Nachhinein, wo das alles schon beschlossen ist, die versuchen das durch Lobbyarbeit... Ich habe auch das Gefühl, dass unsere Politiker so ein bisschen ferngelenkt sind. Das ist immer nicht so... Man denkt immer man wählt einen, das ist Demokratie, das ist ein Volksvertreter und dem ist nicht mehr so, finde ich. Wir werden schon irgendwie von den Konzernen gelenkt.“

Die Krisen – ob Fukushima, *Deep Water Horizon* oder vergiftete Nahrungsmittel – scheinen die grünen Altwähler_innen in ihrer Überzeugung zu bestätigen. Man fühlt sich auf der richtigen Seite, auch wenn man kaum Lösungen in greifbarer Nähe sieht. Der technologische Fortschritt oder die „Entlobbysierung“ der Politik versprechen Hoffnung auf Besserung, da die Krisenverursachung allzu häufig von den „Industriestaaten“ (4, m., HHA) ausgeht. Eine grundsätzliche Debatte über das Wirtschaftssystem und die gesellschaftlichen Grundwerte kommt auf Basis einer als notwendig anerkannten Krisenbekämpfung allerdings nicht in Gang.

4.3 Politikwahrnehmung

4.3.1 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE < 100%)

Die Wahrnehmung von Politik der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen ist vor allen Dingen von einem tiefen *allgemeinen Misstrauen* gegenüber der Politik bzw. den Politiker_innen geprägt. Besonders deutlich ist das mangelnde Vertrauen bezüglich der *Handlungsfähigkeit* der Politik, welche gerade in intensiv nachvollzogenen Krisenzeiten eingefordert wird. Politik nähme ihre Aufgaben und ihre Verantwortung nicht wahr und präsentiere anstelle konkreter Problemlösungen illusorische Wahlversprechen; hier zeige sich, dass Politiker nichts aus den Krisen gelernt hätten. Hinzu kommt ein generelles Misstrauen gegenüber Politiker_innen, die für Vergehen, im Gegensatz zur „Normalbevölkerung“, rechtlich kaum belangt würden. In Konsequenz dessen wird Politiker_innen zu einem großen Teil der Vorbildcharakter abgesprochen.

(2, m., HH-): „Es gibt keine Gerechtigkeit. Und ja, die[Politiker_innen] leben uns das vor und erwarten, dass wir es nicht nachmachen.“

(6, w., HH-): „Hab auch aufgeschrieben, Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, dass man einhält, was man verspricht und nicht nur weil man sich Vorteile erhofft.“

Dazu werden auch die *Inhalte der Politik* moniert: Es würden Entscheidungen getroffen, die entweder dem/r Normalbürger_in völlig unklar blieben oder aber schlicht nicht den Erfahrungshintergrund derer berücksichtigten, für die die Gesetze gemacht würden. Dies wiegt umso schwerer, als in beiden Gruppen deutlich wird, dass der Staat – trotz hoher individueller Eigenverantwortung – auch weiterhin in bestimmten Bereichen Verantwortung zu übernehmen habe.

(2, m., KI-): „das, was man von anderen oder der Politik erwartet, das möchte ich auch selber.“

(7, w., HH-): „Ist ja nur ein Wunschdenken von uns, es müssten Voraussetzungen geschaffen werden, dass sich wieder mehr Akademiker/deutsche Eltern Kinder bekommen, auch die Mutterrolle/ Hausfrauenrolle muss wieder mehr Anerkennung finden.“ [Wer regt ein solches Umdenken an?] (4, m., HHA): Das sei „ schon Aufgabe des Staates.“

(2, m., HH-): „dass man das ganze Steuersystem bei uns verändert.“ (8, m., HH-): „Das passiert doch dauernd.“ (2): Aber es wird immer komplizierter.“ (8): „Es wird immer gerechter gemacht.“ (2): „So viel verschiedene Steuern wie in Deutschland, da blickt keiner mehr durch, nicht einmal Finanzbeamte.“ (8): „Man wollte es nicht komplizierter, sondern gerechter machen. Wenn ich es gerecht machen will, wird es eben auch immer komplizierter.“

In beiden Gruppen spielt auch die skandalträchtige jüngere Landesgeschichte eine wichtige Rolle. Das politische Klima sei geprägt von polarisierten politischen Querelen und Streitereien, was wiederum die Handlungsfähigkeit einschränke. Was positive personelle Ausnahmen betrifft, insbesondere bezogen auf das eigene Bundesland, herrscht, zumindest bezüglich eines konkreten Namens, Ratlosigkeit.

(5, w., KI-): „Das reicht auch in die Politik mit rein. Die kommen vor lauter Streiten nicht dazu, etwas Vernünftiges auf die Füße zu stellen.“

Es wird deutlich, dass die relativ weniger verdienenden Neuwähler_innen eine starke Frustration hinsichtlich der politischen Kultur, Elite und Handlungsfähigkeit verspüren. Der Glaube an die Gestaltungsfähigkeit von Politik scheint ins Wanken geraten zu sein: man ist zwar einerseits bereit, eigenverantwortlich zu handeln, erwartet aber andererseits zumindest, dass der Staat die Rahmenbedingungen und Impulse dafür setzt. In Krisenzeiten wird genau darauf gehofft, allerdings kaum noch daran geglaubt.

Offensichtlich scheint in beiden Gruppen ein auf drei Parteien fokussiertes tiefes Misstrauen: gegenüber der aktuellen schwarz-gelben Landesregierung und gegenüber der sozialdemokratische Opposition. Der Streit beider großer Parteien seit der Barschel-Affäre lähme die Handlungsfähigkeit der Politik zusätzlich, die ohnehin nur geringe Spielräume besäße. Passend hierzu finden sich als namentlich genannte politische Alternativen Politiker aus anderen Zeiträumen und Parteien, namentlich, wie so oft, Helmut Schmidt, zudem Cem Özdemir, der in der Schlagzeilenrunde als potentieller Bundeskanzler in Betracht gezogen wird. Dabei hat letztgenanntem seine Flugmeilen-Affäre offenbar nicht nachhaltig geschadet.

(6, w., HH-): „Jeder hat eine zweite Chance verdient, wenn man aus seinen Fehlern lernt und es besser macht, warum denn nicht?“

Özdemir kommt dabei die Parteiangehörigkeit mit dem damit verbundenen Image zu Gute, das noch aus den nonkonformen Gründungszeiten (mit Fischer als Turnschuhminister) der Partei stammt. Gleichzeitig wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass sich auch die Grünen in ihrem Auftreten gewandelt und angepasst hätten. Auf eine thematische Veränderung wird nicht eingegangen, vielmehr im Vorfeld dessen schon klar gemacht, dass man weiterhin die umweltpolitische (Umsetzungs-)Kompetenz bei den Grünen sieht.

So sehr man den Grünen einen starken, wenn auch begrenzten Vertrauensvorschuss, vor allem in der Gruppe nördlich von Hamburg, zugesteht, so stark sind auch die Zweifel an den machtpolitischen Optionen der Partei. Eine grün-geführte Bundesregierung dürfte an den Vorbehalten der großen Parteien scheitern. Zudem fehle die einschneidende Naturkatastrophe wie Fukushima, die die politische Stimmung vollständig zu Gunsten der Grünen wenden könnte. Der Zusammenhang von Umweltpolitik und Fukushima-Katastrophe mit den Grünen verbindet sich hier mit einem starken Vertrauen in die Partei und der Grundannahme, dass eine grüne Regierungsbeteiligung, gar Führung, ein starkes und gutes Zeichen sei, schon um der Veränderungen selbst willen.

(4, m., HH-): Wäre mal ganz schön, so ein kompletter Wechsel an der Spitze, aber richtig realistisch sehe ich es nicht.“

Konkretes landespolitisches Kapital können die Grünen aus dieser Bevorteilung nur begrenzt ziehen. Dies liegt zum einen, auch in der Wahrnehmung der Befragten, am Fehlen Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

einer konkreten Wechselstimmung. Schließlich habe man nur die Wahl zwischen (5, w., HH-): „Pest und Cholera“, sprich: CDU und SPD. Ein Wandel jedenfalls sei so nicht erzwingbar. Zwar gebe es gute Ansätze, aber gleichzeitig limitiere die desolante Haushaltslage des Landes Handlungsoptionen. Zum anderen hat Landespolitik in den Augen der Befragten ohnehin nur geringe Einflussmöglichkeiten, wird zudem noch limitiert durch unterschiedliche Zuständigkeiten im europäischen Mehrebenensystem.

(4, m., HH-): „Mein Blick geht mehr so auf Bundesebene, das betrifft alle Länder“. Landtagswahlen seien für ihn „so ein bisschen nebenbei, bei den Bundestagswahlen bin ich mehr motiviert.“

Hier vermischt sich der immer wieder durchschimmernde Zweifel an landespolitischer Kompetenz mit der *Nichtwahrnehmung* der Grünen als *große* Partei. Die Grünen werden in der Debatte in der Hamburger Gruppe ganz dezidiert als kleine Partei in Gegnerschaft zu den Volksparteien mitverhandelt, neben dem SSW und den Piraten, die auch vereinzelte Sympathien auf sich ziehen. Der SSW steht in diesem Zusammenhang für eine seriöse, nachvollziehbare Politik, während die Piraten auf Bundesebene die eher festgefahrene Koalitionsfrage beleben könnten – vor allem wenn die FDP es nicht mehr in den Bundestag schaffe. Die Grünen selbst gelten insgesamt als regierungsfähig, und, was in Schleswig-Holstein sehr wichtig erscheint, als glaubwürdig.

(5, w., HH-): „Den würde ich es [Skandale] am wenigsten zutrauen.“

Allerdings haben die Grünen als realistische (*Macht-)*alternative zu „Pest und Cholera“ das Manko, nicht den Ministerpräsidenten stellen zu können. Der Erfolg in Baden-Württemberg, das Hoch der Grünen, auch das Ausrufen der Bürgemeisterschaftskandidatur in Berlin scheinen hier aber auch den Diskurs dahingehend verändert zu haben, dass man Erfolg nur in seiner maximalen Ausprägung zu denken gewillt ist. Eine Regierungsbeteiligung als Juniorpartner fällt dagegen schon ab, ist aber als einzige Variante in Schleswig-Holstein denkbar. Vergessen scheinen die Zeiten, als die Grünen noch um den Einzug in Parlamente bangen mussten. Bezüglich einer Koalition zeigt sich eine deutliche Präferenz für rot-grüne Veränderung. Eine schwarz-grüne Perspektive wird nur am Rande und auch nur in Hamburg genannt.

(6, w., HH-): „Vielleicht sind die einfach sozialer gerechter, die stehen ja auch für Gerechtigkeit, dass die was ändern, sozial und so weiter. Ich denke, ich hoffe, dass sie da was ändern.“

Dieses Einzelstatement darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass grüne Kompetenzen sich für die Befragten vor allem auf Umwelt und Bildung fokussieren. Im Hinblick auf weitere politische Kompetenzen trauen die Teilnehmer_innen den Grünen, aber auch jeder anderen Partei, eine Lösung der etwa Eurokrise *nicht* zu. Vielmehr beschränkt sich die Funktion der Grünen scheinbar nach wie vor eher auf die des Störfeuers und „Alarmierers“ der Großparteien, mit einer gleichwohl hohen Problemlösungskompetenz in der Bildungs- und Umweltpolitik. Diese Kompetenz sehen die Befragten aber wiederum durch starke Lobbies aus der Wirtschaft beschränkt, überdies limitiert durch die kaum frei verfügbare Haushaltsmittel infolge der Kosten für die Rettung der HSH Nordbank.

4.3.2 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

Auch die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen bringen starke Zweifel an den Lösungsmöglichkeiten und -kompetenzen der Politik allgemein hervor. Dies begründen sie mit individuellen, der politischen Klasse, aber auch den politischen Strukturen inhärenten Problemen, die angemessene Lösungen unmöglich machten.

(2, m., KI+): „Haben zwar Ideen und versuchen Probleme zu lösen, aber letztendlich werden sie wahrscheinlich auch an strukturellen Problemen und Personen scheitern, wie andere Regierungen in den letzten Jahren auch. Und werden das, was sie sich auf ihre Fahnen geschrieben haben, nicht erreichen können.“

Strukturelle Restriktionen werden an unterschiedlichen Beispielen diskutiert, münden aber letztlich in einem unauflösbaren Erwartungsparadoxon gegenüber der Politik allgemein und den Politiker_innen im Besonderen. Einerseits wünscht man sich in der Schlagzeilendebatte „Meinungsfreiheit für die Politiker“. Hier hat man einen diffusen „ehrlichen“ Politiker_innentypus vor Augen, der auch mal von der Parteimeinung abweicht. Diese lobenswerte „Ehrlichkeit“ werde aber aufgrund der Struktur von Parteien und Fraktionen unterbunden. Andererseits wiederum schätzt man den Meinungsstreit in der Politik nicht, auch nicht zwischen den unterschiedlichen Lagern. Trotzdem wird eine höhere programmatische Unterscheidbarkeit von Parteien in Form „wirklich konträrer Programme“ eingefordert.

(7, m., HH+): „wenn einer was sagt, kriegt er von den anderen was auf den Deckel, weil die sich nicht absprechen. So, es gab diverse Politikerwechsel auf Grund auch von Meinungsäußerungen und das die einfach dann bitte auch, weil die haben ja auch ihren Job und sollen ihren Job dann auch machen. Dazu gehört auch, zu sagen, was ihre Meinung ist und dann dafür nicht abgestraft zu werden.“

(6, w., HH+): „dass da eigentlich immer die Fraktion mit einer Stimme spricht, aber es gibt ja da immer Abweichler. So wie der Rösler neulich, oder der in Schleswig- Holstein, unser Bundesland, ich weiß jetzt nicht mehr, wer das war... Auf jeden Fall gibt's dann eins auf die Mütze und dann müssen sie sich wieder einreihen oder raus.“

(3, m., HH+): „Also ich glaube, das ist kein Geheimnis, wenn wir eine Regierungspartei haben, die vertritt ihre Meinung, die Opposition vertritt genau das Gegenteil. Wenn sich das dreht, ist es wieder genau anders herum. Letztendlich, jeder versucht, für meine Begriffe, in dem Bereich seine Schäfchen ins Trockene zu bringen.“

Dieser affektiven Ablehnung des Politischen steht ein nicht minder affektives idealisiertes Bild authentischer und ehrlicher Politik gegenüber. Dass Politik und Politiker_innen an diesem Anspruch scheitern *müssen*, wird nicht in Betracht gezogen, sondern als Mangel an Integrität ausgelegt. Vielmehr beobachten die Teilnehmer_innen Dilettantismus, Unprofessionalität und Machtverliebtheit. Entsprechend enttäuscht sind sie von den gewählten Volksvertreter_innen, da Politik mithin weit weg von selbstgewählten Maßstäben wie Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Standhaftigkeit sei. Das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, schafft eine hohe Unzufriedenheit und Distanz.

(3, m., HH+): „Ich hab für mich also eher so Freundlichkeit, aber das fällt da ja mit rein. Also Freundlichkeit/Respekt finde ich, ist generell wichtig, nicht nur aufs Land Schleswig-Holstein bezogen, aber leider generell hinten an.“

(7, m., KI+): „In anderen Bundesländern geht das professioneller.“

(8 m., KI+): „Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Verantwortung vor der Gemeinschaft, die mich gewählt hat.“

Um hier auszubrechen, zugleich Lobbyinteressen einzuschränken und die schädlichen Medieneinflüsse zu ignorieren, bräuchte es letztlich einen Idealtypus des Politikers, den man für Schleswig-Holstein aber gar nicht sieht. Und dies ist der entscheidende Unterschied zu Baden-Württemberg, wo die Grünen, wo Winfried Kretschmann eine klare Alternative war. Zu farblos seien die Politiker_innen im Land (den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten kennt man etwa in Hamburg nicht namentlich), oder aber, beziehungsweise auf den allgegenwärtig kritisierten Streit, zu polarisierend – dies gilt vor allem für den über eine Affäre gestolperten Christian von Boetticher und für den Sozialdemokraten Ralf Stegner. Positive Erwähnung finden vereinzelt noch Robert Habeck, dessen Name jedoch weitgehend unbekannt ist, und Heide Simonis. Der Idealtypus, den man sich in der Politik wünscht und der die vermeintlichen strukturellen Probleme lösen könnte, sollte hingegen ein wenig so sein wie die Leistungsträger_innen in diesen Gruppen sich mutmaßlich selbst sehen: „entscheidungsstark“, „open-minded“, „visionär“ und „zielstrebig“ mit Mut zur „klaren Kante“.

(3, m., HH+): „Es gibt alternative Möglichkeiten, aber das ist von Politikseite gesteuert einfach. Gerade die Automobilbranche hat eine wahnsinnige Lobby. Die haben überhaupt kein Interesse daran, dass wir großartig flächendeckend alternative Fahrzeuge produzieren, weil einfach die Steuereinnahmen aus den Kraftstoffen so immens sind. Da wird sich kein Politiker hinstellen und würde zu VW gehen...“

(1, w., KI+): „Es braucht Leute, die Funken rüberbringen. Benennen, was anders werden soll und sich dafür einsetzen.“

Es verwundert wenig, dass analog zu anderen Neuwähler_innengruppen die Namen Helmut Schmidt und Willy Brandt fallen, ersterer wegen seines eigenverantwortlichen Handelns und seiner „Wahrhaftigkeit“, der zweite aufgrund seines Charismas und Überblicks. Lob finden auch Angela Merkel und Peer Steinbrück für ihre einmütige, abgestimmte und Streit vermeidende Politik zu Beginn der Finanzkrise. Diese Rolle hat ihnen inzwischen der „stringent agierende“ Wolfgang Schäuble abgenommen. An der *Causa Gutenberg* aber scheiden sich noch immer die Geister: Auf der einen Seite wird er für sein Macherimage gelobt, andererseits jedoch als „Nebelgranate“ verhöhnt. Dies sei ein Phänomen, das man schon bei Gerhard Schröder beobachtet habe, der zwar gewusst habe, wie man auftritt, dessen Arbeit jedoch ergebnislos geblieben sei. Ein universal gültiges Bild des/r guten Politikers/in reduziert sich nahezu ausschließlich auf jenes, das man sich von Helmut Schmidt zusammengebaut hat. Und an solchen idealtypischen,

gleichwohl nur schwer einzulösenden, Konstruktionen werden Politiker_innen und politisches Handeln gemessen.

In Anbetracht der dargestellten Politik(er_innen)skepsis erscheint es verständlich, dass die anstehenden Landtagswahlen bei den Gesprächsteilnehmer_innen wenig Enthusiasmus hervorrufen. Auch die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen bemühen zunächst das Bild, man habe die Wahl zwischen „Pest und Lepra“. Gleichwohl zieht bzw. erwartet man auch in diesen Gruppen überwiegend eine rot-grüne Option, mithin wäre ein vollständiger Regierungswechsel möglich, in den einige Hoffnungen gesetzt werden. Die generelle Skepsis gegenüber der Landespolitik „an sich“ und deren Kompetenzen verhindert jedoch jegliche Wechseleuphorie. Dies hängt vor allem mit der desaströsen Finanzlage zusammen.

(5, m., KI+): „90 Prozent [des Haushaltes] sind fest verplant, Politiker können gar nicht so bewegen, wie gewünscht.“

Was sich aus den Debatten der überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen vor allen Dingen herauslesen lässt, ist eine massive Politikverdrossenheit. Zwar ist die beabsichtigte Wahl der Grünen bei der nächsten Wahl zu unterstellen, dennoch, und dies unterscheidet die Proband_innen von jenen in Baden-Württemberg, wird auch den Grünen keine große Veränderungsmöglichkeit zugesprochen, ist man weit weg von der Euphorie in und um Stuttgart, wo man sich teils einen echten Neustart in der Politik erhofft hatte.

Aufbauend auf der Schlagzeile, Rot-Grün werde 2016 wieder abgewählt, meint (2, m., KI+): „Haben zwar Ideen und versuchen, Probleme zu lösen, aber letztendlich werden sie wahrscheinlich auch an strukturellen Problemen und Personen scheitern, wie andere Regierungen in den letzten Jahren auch. Und werden das, was sie sich auf ihre Fahnen geschrieben haben, nicht erreichen können.“

(1, w., KI+): „im Endeffekt werden sie aber nicht alles erreichen. Nicht weil Personen mangelhaft an die Sache herangehen, sondern weil sie von verschiedenen kleinen Rädchen ausgebremst werden.“

Gedämpft wurden die Hoffnungen dabei auch vom Scheitern der rot-grünen Koalitionsgespräche in Berlin. Unklar bleibt jedoch, um welchen Preis eine rot-grüne Koalition gewünscht worden wäre. Die Bewertung dessen dreht sich um die Pole *Glaubwürdigkeit von Parteien* vs. die Aufgabe von *Gestaltungsmehrheiten*. Vor dieses Dilemma gestellt, fällt es den Befragten sichtlich schwer, sich zwischen beiden Polen klar zu entscheiden.

(8, w., HH+): Also ich hätte sie ja jetzt gewählt, weil sie nicht für diese zwei Kilometer Autobahn waren und wenn die jetzt hinterher dann sagen: ‚Och nee, wir wollen doch da mitregieren, jetzt sagen wir schnell: och, das macht gar nichts, die könnt ihr da ruhig bauen‘, dann sind ja die ganzen Wähler, die da das Kreuzchen gemacht haben, alle betrogen. Das finde ich, kann man nicht machen.“

(5, m., HH+): „ob das am Ende Sinn gebend ist, dass ist eine andere Frage“

(4, m., HH+): „Mir geht es auch gar nicht um die einzelnen Meinungen von rot und grün. Mir geht es darum, dass die beiden zusammenarbeiten sollten, dass es einfach nur peinlich ist, sich vor dem ganzen Land bloßzustellen und zu zeigen: Wir kriegen das nicht gebacken.“

Vor dem Hintergrund dieser Debatte scheint offensichtlich, dass die Grünen noch lange keine sicheren Stimmen in diesen Gruppen verbuchen können, wenngleich die Sympathien für den grünen Ausstieg aus den Verhandlungen in Berlin überwiegen. Dennoch scheint es den Grünen geschadet zu haben – *grün-rote* Machtoptionen werden jedenfalls eher belächelt. Als Juniorpartner sind die Grünen vorstellbar, mehr aber nicht. Dies ist allerdings zumeist eine reine Bauchentscheidung und verweist auf die Fragilität grüner Zustimmung in diesen Gruppen. Interessant dabei ist die Bemerkung von (5, m., HH+5), dass die „Grünen gar nicht mehr so schlimm sind“, was darauf hinweist, wie sehr sich nach Ansicht der Teilnehmer_innen die Partei seit ihrer Gründung auch in Schleswig-Holstein zu einer wählbaren Alternative entwickelt habe, und gleichzeitig darlegt, mit welcher Skepsis sie dennoch noch immer zu kämpfen hat.

Diese Wähler_innen zu binden, dürfte nicht einfach sein. Dennoch zeigt die Auswahl der Themen, in denen auf Landesebene Veränderungen gewünscht werden, eigentlich ein eher grünes Profil. Schul- und Bildungspolitik, der Landeshaushalt (und damit verbunden das Schicksal HSH Nordbank), aber auch immer wieder energie-, ernährungs- und umweltpolitische Fragen. Hier liegen allerdings nur diffus mit den Grünen verbundene Hoffnungen verborgen. Diese, in anderen Landtagswahlen auch häufig bestätigten Kompetenzvorsprünge der Partei, darüber hinaus der Vorsprung an Glaubwürdigkeit, insbesondere in einem skandalgeschüttelten Bundesland wie Schleswig-Holstein, sollten den grünen Aufwuchs im Land eigentlich absichern.

Mögliche Gefahr droht den Grünen dabei aber durch andere Kleinparteien, besonders seitens des SSW und der Piraten. Werden dem SSW insbesondere in der Bildungspolitik (dänische Schulen) Kompetenzen zugesprochen, gelten die Piraten als erfrischende Alternative. Zwar sind die Piraten nicht unumstritten, wird ihr Partizipationsversprechen als unrealistisch abgetan, aber dennoch machen sie den Grünen das Alleinstellungsmerkmal, eine Alternative zu sein, zumindest teilweise streitig.

Schlagzeile (7, m., HH+ und 8, w., HH+): „Bundestagswahl. Piratenpartei bei 12 Prozent.“ [Moderator: sehen Sie das als Wunsch?] [allgemeines Gelächter]; (7): „Nee, nee, schon realistisch. Ich habe gesagt: Die Grünen haben auch mal klein angefangen“ (8): „und weil man eben so unzufrieden ist mit dem was man jetzt hier hat. [...]“ (6, w., HH+): „So ist Schill auch an die Regierung gekommen, damals.“ (5, m., HH+): „Realistische Ziele haben sie nicht.“

(4, m., HH+): „aber die fangen 'ne ganz neue Masche an. Die haben gar kein Wahlprogramm und suggerieren dem Bürger, dass er da selber mitwirken kann. Quasi über Internet da anklickt und die Ziele selber mit definieren kann. Da gilt die Masse dann, die sich da meldet. Und da wird dem Einzelnen eingepflegt, er könnte was bewegen. Ob das auch was wird, was die da machen, das ist was ganz anderes.“

4.3.3 Politikwahrnehmung Altwähler_innen

Das Misstrauen gegenüber einem Großteil der politischen Elite ist auch bei den Altwähler_innen groß. Vor allem die starke politische Polarisierung im Land missfällt deutlich und führt in dieser Tragweite gar zum Zweifel am Funktionieren der demokratischen Abläufe. Doch nicht nur der Streit bzw. Kampf zwischen den großen Parteien vergiftete die politische Landschaft. Auch verschiedenste Lobbyinteressen seitens der Wirtschaft und begünstigt durch CDU und FDP würden die Demokratie bedrohen. Aus dieser Mischung lasse sich die Lähmung der Politik im Lande, aber auch die eigene gefühlte Ohnmacht erklären.

(4, m., HHA): „Politisch liegt hier auch Einiges im Argen, weil die...“ (8, w., HHA): „...die streiten sich nur.“ (4): „Die streiten sich nicht nur, die bekämpfen sich gegeneinander, die beiden großen Parteien, und das schon seit Jahren, seit dieser Affäre Barschel damals, spätestens kurz danach haben die angefangen sich, gegenseitig richtig zu bekämpfen, im wahrsten Sinne des Wortes. Und das hat sich bis heute nicht geändert. Ich finde, da muss sich ganz dringend und ganz schnell etwas ändern.“

(2, m., HHA): „die Politik, die als Volksvertretung angefangen hat, wird immer mehr über extreme Lobbyarbeit usw. eine Wirtschaftsvertretung [...] aus meiner Sicht gucken wir eher ohnmächtig zu, wie international operierende Konzerne die politischen Geschicke der ganzen Welt steuern. Und da fällt mir aus dem Stehgreif auch nichts ein, was man dagegen tun könnte.“

Das vergiftete politische Klima braucht nach Ansicht der Altwähler_innen dringend eine grundlegende Veränderung hin zu weniger *destruktivem* Streit der großen Parteien. Die aufkommende Resignation in einer Gruppe, dass Politik so funktioniere, wird mit dem Verweis auf Baden-Württemberg relativiert: Die Arbeit der dortigen grün-roten Regierung werden der Wille und zumindest die Chance eingeräumt, die Polarisierung – auch dank der Grünen – zu überwinden.

(4, m., HHA): „Da gibt’s einige Länder, wo das echt extrem so ist, das letzte Land, wo das langsam im Umbruch ist, ist Baden-Württemberg, mit dem ersten grünen Ministerpräsidenten in Deutschland. Da tut sich einiges, was das angeht.“

In diesem Zusammenhang werden aber auch erfolgreiche Bürger_innenproteste und eine daraus resultierende stärkere Beteiligung als möglicher Ausweg gutgeheißen. Allerdings müsse sich hierfür das Land politisch öffnen. Dieser Öffnungswunsch gilt auch für konkrete Politikfelder, etwa bezüglich der – als rückständig stigmatisierten – Bildungspolitik, wobei in diesem Bereich der Föderalismus als zumindest hemmend kritisiert wird.

(3, w., HHA): „Also das ist in unserer Schulpolitik leider so, dass man sich nichts anguckt von anderen Bundesländern.“

(4, m., HHA): „Und was ich noch gesagt habe, das hat jetzt nichts mit SH zu tun, aber es ist ein absolutes Unding, dass jemand in Bayern nicht studieren darf, nur weil er hier irgendwo sein Abitur gemacht hat. Das ist eine Katastrophe. Das kann überhaupt nicht wahr sein, da weiß ich auch nicht mehr, was das Wort Einheit bei uns eigentlich noch bedeuten soll, was das Wort Bundesrepublik behaupten soll. In dem Augenblick klingt das für mich wie Hohn.“

Dass Politik anders funktionieren könne, haben die Befragten nicht nur an Baden-Württemberg, sondern auch an der Entscheidung zum Atomausstieg gesehen. Nahezu einmütig wird diese Entscheidung der Bundesregierung – gleichwohl unter Verweis auf Wankelmütigkeit, Unehrllichkeit und taktische Ausrichtung der Entscheidung – begrüßt. Gleichwohl zollen die Befragten Respekt für diese Entscheidung. Und letztlich zähle allein der *output*. Der Stolz, eigene Positionen in schwarz-gelbem Regierungshandeln wiederzufinden, ist dabei aber noch immer getrübt durch das Gefühl, im Vorfeld betrogen worden zu sein. Hier ist keine Annäherung an die Union auf Bundesebene aufgrund des Ausstiegs herauszulesen.

(5, w., KIA): „fand es auch cool, dass Merkel gesagt hat, hab ich mich getäuscht; ich denk jetzt anders darüber. [...] normalerweise beten die [Politiker] immer das Parteiprogramm runter. Das finde ich gut [dass es vom Parteiprogramm abwich]. [...] Ja, ist [sonst] alles Taktik.“

(2, m., KIA): „Ist das hier Verarsche? Die AKW platzen und wir entscheiden uns, etwas zu tun – und jetzt ist es doch erst in so vielen Jahren? Da hätte ich mir mehr Dynamik gewünscht.“

Dies wird auch in der Betrachtung gewünschter Koalitionen auf Bundes- und Landesebene offensichtlich. Deutlich überwiegt in beiden Gruppen eine Präferenz zur SPD, wenngleich man sie für ein Teil des Problems in Schleswig-Holstein hält. Allein in der Hamburger Gruppe findet sich ein Befürworter von Schwarz-Grün, der allerdings damit nicht durchdringt.

(4, m., HHA): „Weil die [Rot-Grün] offensichtlich in Berlin nicht miteinander können und das sicherlich ziemlich negative Auswirkungen auf die kommenden Wahlen haben wird unter Umständen.“

(3, w., HHA): „Ich finde die Kluft zwischen Schwarz und Grün ist für mich persönlich zu groß, als dass das klappen könnte.“

Die Zuneigung zur Sozialdemokratie resultiert aber weniger aus vermuteten inhaltlichen Übereinstimmungen, sondern mehr aus einer Mischung von Einsicht in die Notwendigkeit und Gewohnheit. Eine euphorische Wechselstimmung wie in Baden-Württemberg ist trotz der Möglichkeiten auf einen vollständigen Regierungswechsel stark gedämpft. Ein gewisser grundlegender Pessimismus bis hin zur Resignation spielt hier aber auch eine starke Rolle.

(5, w., KIA/6, m., KIA): „Die [Rot-Grün] schaffen vier Jahre und dann werden wieder die Schwarzen gewählt. Das ist hier so in S-H.“

Eine gewisse Nähe zum linken Lager ergibt sich aus dem Bild, welches man von staatlichen Aufgaben hat, die politisch durchsetzbar sind. So gilt der Staat nach wie vor, neben der eigenen Verantwortlichkeit, als Garant einer gelingenden Gesellschaft – vor allem dort wo eigenes Handeln beschränkt wird durch gegenläufige (wirtschaftliche) Interessen. Hier seien konkrete Veränderungen „durch den Druck durch die Politik“ gefordert.

(3, w., HHA): „Auch von großer Hand letztendlich ein bisschen geführt, von alleine wird da, glaube ich, kein Umdenken stattfinden, selbst wenn der Verbraucher sagt, wir brauchen...Ich denke, das muss ein bisschen geführt werden.“

Bereits im Vorfeld dessen zeigt sich, über die Einforderung des staatlicherseits zu organisierenden „Ausbaus der Infrastruktur“, der in einer Gruppe unter Zustimmung als eigener Wert verhandelt wurde, die Verantwortung des Staates. Dieser müsse zunächst die Voraussetzungen für eigenverantwortliches, freies individuelles Handeln schaffen. Gefördert werden sollen konkret vor allem Kinder, Jugend, Schulen und in sozialen Brennpunkten.

(4, w., KIA): „Bereitstellung/Schaffung von Infrastruktur als zentrale Aufgabe‘ [...], dass nicht jeder für sich selbst sorgen muss, sondern es einfach zentrale hoheitliche Aufgaben gibt, die auch gemeinschaftlich gelöst werden müssen.“

Kritisiert wird, das Kosten und Risiken auf die Gesellschaft abgewälzt würden, wohingegen positive Entwicklungen und Profite nicht vergemeinschaftet würden. Der Staat wird so zum Garant der Eindämmung überhandnehmender individualistisch-egoistischer Einstellungen – eine klassisch linke Position, für die es bezüglich der Umsetzung aber auch einer linken Mehrheit bedarf.

Gefahren für einen rot-grünen Regierungswechsel sieht man aus zwei Richtungen auf die Partei zukommen: Zum einen könnte das sich immer weiter wandelnde Parteiensystem den Grünen unverhofft einen Strich durch die Rechnung machen, mindestens aber die Koalitionsverhandlungen verkomplizieren (was in Anbetracht komplexer Politik aber in Ordnung gehen würde). Zugleich wird aber auch die Möglichkeit gesehen, dass die Grünen – hier mit einer imaginierten, starken Transparenzpartei – künftig doch selbst regieren.

(7, w., KIA/8, m., KIA): „[Realistische Schlagzeile:] bei den vorherigen Landtagswahlen eine neue Partei herausgebildet, die TDD, sie – so wie jetzt auch in Berlin mit der Piratenpartei – explosionsartig in die Wählergunst gekommen“

Zum anderen sehen die Befragten, aufgrund der eher „konservativen“ Ausrichtung der SPD, aber auch geprägt von den Berliner Koalitionsverhandlungen, die Gefahr einer großen Koalition – in Anbetracht der heftigen Kritik an den Volksparteien die mutmaßlich schlimmste aller Optionen. Allein vor diesem Hintergrund wäre eine schwarz-grüne Option sinnvoll, die aber nicht explizit diskutiert wird. Dennoch erscheint auch offensichtlich, dass nur eine grüne Regierungsbeteiligung das politische Patt zumindest angehen könne.

Grundsätzlich wünschen sich die Befragten natürlich eine grüne Führung einer Koalition, im Land wie im Bund. Auch weil man hofft, dass so die eigenen wichtigen Werte wie Ehrlichkeit und Bodenständigkeit in der Politik stärker zum Tragen kommen würden. Hier taugt vor allem Klaus Wowereit *nicht* als Sympathieträger.

(8, m., KIA): „Die Tatsache alleine, dass er mit den Linken eine Koalition eingegangen ist und jetzt wahrscheinlich mit der CDU, das finde ich schon ziemlich bedenklich.“ Er habe vor allem „sein Amt leicht durch[]setzen“ wollen und sei deshalb „mit der CDU zusammen[gegangen], um eine gute Mehrheit im Senat“ zu haben.

Gleichwohl schwingt (noch) immer oder (inzwischen wieder) die Sorge mit, Macht könne auch die Grünen verändern. Konkret bestehen Zweifel daran, dass z. B. Renate Künast (etwa als grüne Kanzlerin) im Amt „grün bleiben“ würde, Joschka Fischers Weg steht hier eher warnend im Raum. Diese Sorge steht stellvertretend für die, um die Partei. Klar sei, dass die Grünen sich seit ihrer Gründung verändert, von ihren Ursprüngen und vielleicht auch ihrer ursprünglichen Wähler_innenklientel wegentwickelt hätten.

Ein Proband (2, m., HHA) provoziert mit der These der Grünen als mögliche „Nachfolgepartei der FDP“, wonach sich die Grünen zum einen hin zu einer Partei der Besserverdienenden gewandelt hätten, die Eigenverantwortung inzwischen im liberalen Sinn (hier negativen assoziierte mit der FDP) gegen die Gesellschaft gewendet hätten.

(2, m., HHA): „Für mich bewegt sich da auch schon was, dass die Grünen ein bisschen die Nachfolgeorganisation der FDP bilden und verstärkt in Richtung – bei der Eigenverantwortung negativ interpretiert in die Richtung: Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied.“

Hinzu kämen, zum anderen, dann grüne Neuwähler_innen mit bestimmten, nicht grün-affinen Ansprüchen an Politik, die die Partei nur wählen würden, um das eigene schlechte Umweltgewissen zu beruhigen. Eine solche Gleichsetzung wird indes von der Mehrheit der Befragten abgelehnt, wiewohl die Entwicklung in Ansätzen nachvollzogen wird. Schließlich gelte man nach wie vor als die „Umwertpartei“, die das Bewusstsein für bestimmte Themen wie Umwelt und nachhaltigen Konsum schaffen oder aufrechterhalten müsse. Ganz grundsätzlich würden die Grünen auch nach wie vor die politische Agenda, etwa bezüglich der Energiewende, beeinflussen. Zudem seien sie auch heute noch, das unterscheidet ebenfalls von der FDP, die einzige glaubwürdige Alternative.

(7, w., HHA): „Möglich, das ist so ein weites Thema. Umweltthema sowieso, da sind sie seit Anbeginn Vorreiter, auch wenn sich das die CDU so ein bisschen an den Kragen heftet, dass sie auch in Umwelt können, aber das glaubt ihnen sowieso keiner. [...] es liegt im Selbstverständnis der grünen Partei und eines grünen Politikers, dass er nicht so leicht anfällig ist für Korruption.“

(8, m., HHA): „Ich finde, die Grünen haben dazu beigetragen, dass man ein Bewusstsein bekommt für das alles, Bioprodukte usw.“

Gleichwohl nagt die Debatte am grünen Selbstverständnis. In gewisser Weise ist man zwar froh, dass die Grünen mehr Regierungsbeteiligungen und damit Einfluss gewonnen haben, fürchtet aber zugleich um den grünen „Markenkern“. Trotzdem scheint man das Wagnis weiter eingehen zu wollen, die Grünen als „Partei für alle“ zu verteidigen. Die Rückkehr zur reinen Lehre, und damit ins koalitionspolitische Niemandsland, will niemand in den Altwähler_innengruppen vertreten. Schließlich hat man, auch mit Blick nach Baden-Württemberg, den Bonus als beste Alternative noch nicht verloren.

Wer aber das grüne Lager anführen soll, darüber sind die Altwähler_innen selbst uneins. Wenig überraschend mögen die Befragten das natürlich nicht allein an Personen festmachen, wiewohl die Namen Künast, Roth, Trittin und Habeck fallen – ohne hier große Euphorie auszulösen. Und hinsichtlich der kommenden Wahlen, sei es im Land oder im

Bund, sind die Befragten ohnehin skeptisch, so stark seien die Grünen ohne bestimmte Voraussetzungen (noch) nicht – die Rollen im Land scheinen weiter klar verteilt.

(1, m., HHA): „Der Kretschmann, das war ja, glaube ich, kurz nach Fukushima [...] das muss man klar sagen, da hat den Grünen alles in die Karten gespielt, da war Stuttgart 21 plus Fukushima, sonst hätten die noch nie den Ministerpräsidenten gestellt.[...] Die Grünen sollen aber nicht durch eine Katastrophe, sondern durch gute Arbeit, nachhaltige Politik und überzeugende Argumente gewählt werden. Ich glaube aber nicht, dass sie den Ministerpräsidenten stellen werden, aber zumindest den Umweltminister.“

4.4. Zwischenfazit: Zukunft, Krisen und Politik

Zukunftsthemen – Hoffnung oder Angst?

Im zweiten Teil der Kreativgruppengespräche werden in der Schlagzeilendiskussion, der Wahrnehmung von Krisen und dem Erleben der Politik einige interessante Unterschiede zwischen den verschiedenen Wähler_innengruppen deutlich. Ein allgemein positiver Blick in die Zukunft ist allein bei den grünen Altwähler_innen zu beobachten. Ihre Hauptthemen erscheinen bedeutender Teil des gesamten politischen Diskurses geworden zu sein, ihre konkreten Reformvorschläge – insbesondere natürlich der Atomausstieg – sind zum Mainstream geworden. Ausgesprochene Skepsis gegenüber der Zukunft lässt sich hingegen insbesondere bei den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen beobachten, die sowohl bei dem Thema Atomausstieg als auch hinsichtlich der Gefahr eines vermeintlich drohenden sozialen Abstiegs pessimistisch nach vorne blicken. Je nach Themenfeld lässt sich bei den wohlhabenderen Neuwähler_innen ein Mischverhältnis aus Zweifel, Skepsis und Zuversicht attestieren.

Auffällig ist der unterschiedliche Umgang mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“, das vor allem mit Blick auf Einkommenschancen am Arbeitsmarkt, Umverteilung und drohende Arbeitslosigkeit diskutiert wird. In der Schlagzeilendiskussion sind die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen, die sich der Gefahr eines sozialen Abstiegs gegenüber sehen. Potentielle Arbeitslosigkeit wird hier entschieden thematisiert – fair bezahlte Arbeit ebenso. Bei den relativ wohlhabenden Neuwähler_innen spielt das Thema, anders als bei den Altwähler_innen, zwar noch eine Rolle, eine besondere Relevanz wird ihm jedoch nicht zugesprochen. In den wirtschaftlich bessergestellten Neuwähler_innengruppen sind es vor allem diejenigen, die persönlich nicht von der Gefahr des sozialen Abstiegs betroffen sind, die dieses Problem benennen: Lehrer und Rentner. Gleichwohl schwebt in den Debatten um soziale Ungleichheit auch eine von Einzelnen Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

deutlich artikulierte Angst davor mit, Schaden durch soziale Konflikte zu erfahren – etwa durch Randalieren, Brandstiftung oder soziale Unruhen. In der Hamburger Gruppe wird diese Gefahr offen formuliert, wenn auch nicht von allen geteilt. In den Altwähler_innengruppen wird keine genuin dem Thema soziale Gerechtigkeit zuzuordnende Schlagzeile formuliert. Einzig als sich die Diskussion auf die Finanzierung des Bildungssystem fokussiert, lässt sich die Forderung nach einer höheren Beteiligung gut verdienender Eltern an den Kosten frühkindlicher Erziehung als ein Hinweis auf eine Einforderung nach materieller Umverteilung deuten.

Das Thema Bildungspolitik besitzt in allen beobachteten Gruppen Relevanz. Hierbei lässt sich eine in allen Wähler_innengruppen artikulierte Föderalismuskritik erkennen, sowie eine wahrgenommene Ungleichverteilung von Chancen. Eine weiter gehende Ausdeutung erfährt das Thema allerdings bei den grünen Altwähler_innen. Bildungspolitik wird bei ihnen als ein Instrumentarium zur Umverteilung dargestellt. Dies überrascht zwar nicht, birgt jedoch Konfliktpotential in der Politikanforderung, da sich das Thema „soziale Gerechtigkeit“ bei den Altwähler_innen intuitiv an das Thema „Bildungspolitik“ anzuschließen scheint, wohingegen sich Bildung in den Debatten der Neuwähler_innen eher sekundär hinter der Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ rangiert.

Das Thema Atomausstieg und Energiewende ist in allen beobachteten Gruppen von Bedeutung – in den Schlagzeilendiskussionen aller Gruppen außer den Kieler Altwähler_innen wird direkt oder indirekt auf das energiepolitische Denken nach Fukushima verwiesen. In den Altwähler_innengruppen begegnet man dem Atomausstieg zwar gelegentlich noch mit Skepsis und misstraut der Einhaltung der getroffenen Beschlüsse, grundsätzlich heißt man die Wende der Bundesregierung im vergangenen Frühjahr jedoch gut. Auffällig ist allerdings, dass die grünen Altwähler_innen in dem neu verabschiedeten Atomausstieg lediglich ein Puzzlestück für eine Verbesserung der Umweltpolitik sehen, wohingegen sich bei den Neuwähler_innengruppen eine thematische Verengung des Themenfeldes Umweltpolitik auf den Atomausstieg ergibt. So reduziert sich bei den unterdurchschnittlich verdienenden grünen Neuwähler_innen im Falle einer grünen Kanzler_innschaft die Hoffnung auf einen noch weiter vorgezogenen Atomausstieg. Eine innerhalb der Gruppen zwar eingeforderte ökologischere Ressourcennutzung wird lediglich im Kontext einer notwendigen Umstrukturierung des Steuersystems diskutiert, mit dem die Finanzierbarkeit der Umweltpolitik sichergestellt werden soll. Konkrete Vorschläge oder Forderungen werden nicht artikuliert. Bei den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen zeigt sich hier ein identisches Bild.

Dieser Befund überrascht, war doch bisher insbesondere bei den Neuwähler_innen der Wert der Eigenverantwortung besonders ausdifferenziert und evident herausgearbeitet worden. Beim individuellen Agenda-Setting zeigen sie dann im Feld der Umweltpolitik jedoch keine hervorzuhebende Innovationsfähigkeit, sondern greifen ausschließlich bereits verhandelte, zum Konsens gewordene Themen auf. Für zukünftige, nicht bereits

gesellschaftlich verarbeitete Themen in der Umweltpolitik, besteht in den neugrünen Wähler_innengruppen die Gefahr, auf Ablehnung zu stoßen.

Krisen und deren Konsequenzen

Umweltkatastrophen, die Finanzkrise oder die Hungersnot in Somalia werden in allen Gruppen mit großer emotionaler Anteilnahme oder – mit Blick auf die anhaltende Instabilität des Euroraums – als spürbare, teils bedrohliche Entwicklung wahrgenommen.

Während der Debatten der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen über ihr Krisenerleben drückt sich eine Überforderung mit der hohen Dichte und kurzgetakteten medialen Bearbeitung einzelner Themen aus. Nach eigenem Erleben sind für diese Gruppen die schnellen thematischen Verschiebungen und die daraus resultierende Unsicherheit wachsende Erschwernisgründe dafür, individuelle Konsequenzen für den Alltag aus dem medial Erfahrenen zu ziehen. Entgegen der sonst hervorgehobenen Bedeutung von Eigenverantwortung wird mit Blick auf eine Krisenbekämpfung staatliches Handeln eingefordert – dies überrascht auch daher, weil der Politik vor dem Hintergrund medialer Moden und ständig neuer Themen eine effektive Krisenbekämpfung abgesprochen wurde. Zyklisches Verhalten hinsichtlich der Medien wird der Politik vorgeworfen.

Innerhalb der überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen hat sich im Diskurs herauskristallisiert, dass besonders tiefgreifende Krisen zu einem tatsächlichen politischen Umdenken geführt haben – zentraler Bestandteil dieses Wandlungsprozesses ist eine kritische Reflektion des eigenen Konsumverhaltens. Große Zukunftsskepsis mit Blick auf verschiedene Umweltkrisen wird hier unter dem Stichwort der „Apokalypse“ verhandelt. Die wahrgenommene Schwere der Umweltkrisen und der respektlose Umgang mit Zuchttieren – der „Wiesenhofskandal“ wird mehrfach erwähnt – haben zu einem Sinneswandel beigetragen. Verantwortungsbewusster Konsum – an der Fleischtheke oder beim Stromanbieter – sind in den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Nichtsdestotrotz stößt dieser Umgang mit Krisen an Grenzen – bei der Finanzkrise stellt sich eine resignierte Haltung ein. Zwar wird das Gebaren, das von den Aktienmärkten herrührt, als bedrohlich empfunden. Nachhaltige, lang wirkende Veränderungen werden der Politik jedoch nicht zugetraut. Die grundsätzliche Offenheit für regulierende, einschreitende Politik, die sich in den Gesprächen über die Finanzkrise innerhalb der überdurchschnittlich verdienenden Wähler_innengruppe gezeigt hat, ist dennoch eine wichtige Andockstelle, um den (neuen) Politikansprüchen dieser Wähler_innengruppen gerecht zu werden. Eine direkte Bezugnahme auf katastrophale Großereignisse seitens der Politik trifft in diesen Gruppen auf eine grundsätzliche „Wertewandlungsbereitschaft“.

Innerhalb der Gruppen der altgrünen Wähler_innen wird die Katastrophe von Fukushima besonders intensiv diskutiert. Der politische Wandel und der neu erreichte (partei-

politische) Konsens zum Atomausstieg werden als Bestätigung der eigenen Politikziele empfunden. Unabhängig davon, dass der Super-GAU in Japan tiefe Betroffenheit hervorruft, ist man mit den politischen Konsequenzen überaus zufrieden. Kritik wird nur von ganz wenigen Einzelnen geäußert. Zwar haben die altgrünen Wähler_innengruppen im Vergleich zu den Neuwähler_innengruppen innerhalb der Schlagzeildiskussion eine feineres Gespür für umweltpolitische Themen bewiesen, innerhalb der Krisendebatte kommen sie allerdings nicht auf die wahrscheinlich größte umweltpolitische Herausforderung zu sprechen: die Klimakatastrophe. Der Diskurs scheint von anderen Themen derzeit vollkommen überlagert zu sein. Ganz gegenteilig wird die größte Betroffenheit und Handlungsbereitschaft im politischen Nahbereich lokalisiert.

Krisenerfahrung bildet innerhalb der wohlhabenderen Neuwähler_innenschicht einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Politik. Eine starke Reflektion und Debattenoffenheit ist hier festzustellen. Dies unterscheidet sie insbesondere von den weniger wohlhabenden Neuwähler_innengruppen, die sich zwar ebenfalls durch Krisen betroffen fühlen, gleichwohl im medialen Diskurs eine Überforderung sehen und – auch anders als die grünen Altwähler_innen – an den angegangen bzw. vermeintlich abgearbeiteten Problemen einer drohenden Massenarbeitslosigkeit diskursiv festhalten. Gleichwohl sehen die Neuwähler_innen einen Machtgewinn der Bündnisgrünen nicht mit dem Anspruch an sozialpolitische Veränderungen einhergehen. Vielmehr scheint den Grünen ein außerordentlicher Vertrauensvorsprung anzuhaften.

Über die Politikwahrnehmung

Ein Vertrauensvorsprung, der sich insbesondere vor der Folie der allgemeinen Politikwahrnehmung verdeutlichen lässt: Die politische Verdrossenheit, fokussiert auf landespolitische Begrenzungen und die landesspezifische destruktive Polarisierung der Politik, aber auch der allgemeine Vertrauensverlust in Politiker_innen, sind in allen Gruppen stark. Die wichtigsten Voraussetzungen wie Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, die Wähler_innen von Politiker_innen erwarten (und die letztere auch selbst zu den wichtigsten zählen), werden von letzteren nicht mehr erfüllt. Und mit Blick auf das eigene Bundesland sind sich Alt- und Neuwähler_innen einig, dass der derzeitigen Politik in Schleswig-Holstein nur wenig zuzutrauen ist. So wird selbst die wirtschafts- und bildungspolitische Misere und Abhängigkeit nahezu allein der Politik angelastet. Interessenkonflikte, Skandale und Korruptierbarkeiten ergänzen dieses negative Bild, welches das Vertrauen in die SPD, CDU und FDP größtenteils zerstört hat.

Die Grünen gelten in den Neuwähler_innengruppen bezüglich dieser Krisendiagnose des Politischen wahlweise als Hoffnungsträger oder geringstes Übel. Zugleich werden sie durchweg als *kleine* Partei, und somit nur als eingeschränkte Alternative verhandelt. Diese Außenseiterrolle teilen sie sich traditionell mit dem SSW, neu hinzukommend aber auch mit den Piraten. Dennoch scheint offensichtlich, dass auch und gerade in Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel?

Schleswig-Holstein im vielfach belegten Glaubwürdigkeitsvorsprung der Grünen ein wichtiges – vielleicht sogar das einzige – Moment des grünen Zuwachses liegt. Denn die inhaltlichen Hoffnungen sind begrenzt. Die Grünen gelten inzwischen nahezu uneingeschränkt als regierungsfähig, auch weil sie ja *nicht mehr so schlimm* seien. Aber Euphorie ist ihnen gegenüber kaum zu bemerken.

Dies liegt auch in der Skepsis gegenüber politischen/staatlichen Handlungsmöglichkeiten begründet, die einen grünen Wahlerfolg relativieren. So zeigt sich bei den schleswig-holsteinischen Neuwähler_innen die wahrgenommene Frontstellung zwischen Staat und Bürger_innen äußerst verhärtet, während in Baden-Württemberg durch einen Wechsel und den Glauben an funktionierende demokratische Prozesse echte Hoffnung bestand. Sich selbst empfinden die Bürger_innen des norddeutschen Landes nur noch bedingt als Teil des Staates, den sie durch Engagement, Willen und Befähigung verändern könnten, wengleich zumindest die Altwähler_innen Bürgerprotesten aus eigener Erfahrung einen gewissen Einfluss zusprechen. Gleiches gilt auch eingeschränkter für den Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben, das zuerst auf eigenverantwortlichem Handeln fußt und erst dann, in Teilbereichen und besonders bei den Altwähler_innen, politische Regelungen als notwendig und durchsetzbar einfordert. Für sie ist der umfassende Staat noch immer der beste Garant für eine gerechte, solidarische, ja gute Gesellschaft. Nicht umsonst rangiert der „Ausbau der Infrastruktur“ bei ihnen sogar unter den Werten ganz vorne. Sie, als traditionelle Sozialstaatsbefürworter_innen, gehen davon aus, dass der Staat zunächst die Voraussetzungen schaffen müsse, damit eigenverantwortliches, freies individuelles Handeln überhaupt möglich sei. Der Staat ist bei ihnen zugleich (wenn auch nicht immer funktionierender) Garant für Solidarität und Gerechtigkeit wie auch Adressat zur Eindämmung überhandnehmender individualistisch-egoistischer Einstellungen.

Trotz dieser unterschiedlichen Wahrnehmung zwischen Neu- und Altwähler_innen teilen alle Gruppen bezüglich möglicher Koalitionen nach der Wahl einen Konsens, rückt die pragmatische Option Rot-Grün ins Zentrum. Trotz der die Sozialdemokratie inkludierenden Generalkritik ist diese Koalition für die Schleswig-Holsteiner_innen die wahrscheinlichste und (verhalten) wünschenswerteste. Nur in Einzelfällen werden Schwarz-Grün oder eine Große Koalitionen überhaupt in Betracht gezogen. Gewünscht werden diese Alternativen aber in keiner Gruppe. Doch obwohl durchaus Hoffnungen in eine rot-grüne Regierung gesetzt werden, zieht sich die Skepsis hinsichtlich eines langfristigen Erfolges einer solchen Regierung durch alle Gruppen. Der hochverschuldete Landeshaushalt, starke Lobbyinteressen, die „sture“ Wähler_innenschaft, bisweilen die sich selbst im Weg stehenden Politiker_innen, gelten als erfolgshemmende Faktoren.

So scheinen die Grünen in Schleswig-Holstein aus der generell negativen Politikwahrnehmung auch weniger Profit schlagen zu können, als in Baden-Württemberg. Doch könnte dies einerseits auf das weniger aufgeregte politische Klima und andererseits auf

den überschrittenen Scheitel der grünen Euphorie insgesamt, der mit der Wahl Kretschmanns erreicht worden ist, zurückzuführen sein. Der Erfolg in Baden-Württemberg, das Hoch der Grünen, auch das Ausrufen der Bürgermeisterschaftskandidatur in Berlin scheinen hier aber auch den Diskurs zwischenzeitlich dahingehend verändert zu haben, dass man Erfolg nur in seiner maximalen Ausprägung zu denken gewohnt war und dieser nun wieder realistischer wird.

Die Altwähler_innen beurteilen die Entwicklung der Partei indes ambivalent: Bisherige Anpassungen werden zwar akzeptiert, doch wird befürchtet, dass grüne Politik, dass grüne Politiker_innen sich – einhergehend mit immer mehr Machtoptionen – immer weiter von ihren Wurzeln entfernen und die „grüne Bodenhaftung“ verlieren würden. Deutlich drückt sich diese Widersprüchlichkeit im Begriff der grünen Volkspartei aus, die als machtpolitisch notwendige, nur teilweise realistische, aber inhaltlich mit Gefahren verbundene Entwicklung sorgenvoll zur Kenntnis genommen wird. Einer Rückkehr zur reinen Lehre, und damit zurück zur Fünf-Prozent-Hürde, will in den Altwähler_innengruppen niemand das Wort reden. Dies wird jedoch auch von Neuwähler_innen nicht angestrebt, diese sind vielmehr mit den Entwicklungen eher zufrieden, sehen die Grünen nun als akzeptable Wahlalternative. Die aktuelle Balance zwischen inhaltlicher und habitueller Traditionen und Modernisierung zu halten, und somit weder Neu- noch Altwähler_innen zu verschrecken, erscheint ein sinnvoller Ansatz zu sein. Zumal Altwähler_innen und die unterschiedlichen Neuwähler_innengruppen, wiederum anders als im Süden der Republik, programmatisch nicht viel Konkretes verbindet und die Hoffnungen auf eine grundlegende Veränderung des Politischen vor allem bei den Neuwähler_innen skeptisch beurteilt werden.

5. Fazit – Zeitgeisteffekt oder Wertewandel?

In Baden-Württemberg schien evident, dass die Bündnisgrünen von einem Zusammenspiel von Zeitgeisteffekt und Wertewandel hatten profitieren können. Doch gilt diese Diagnose auch für Schleswig Holstein, ein halbes Jahr nach Fukushima, anderthalb Jahre nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko und im Zuge einer massiven Zuspitzung von Euro-, Finanz- und Schuldenkrise – zugleich im Angesicht eines demoskopisch diagnostizierten Abschwungs der Partei?

Für den Zeitgeisteffekt spricht der weiterhin bestehende Zweifel an der Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie und der Regelungsmöglichkeiten und Fähigkeiten der großen Politik. Der Landespolitik wird dabei noch weniger Vertrauen entgegengebracht als den bundespolitischen Institutionen. In der Wahrnehmung der Neuwähler_innen sind die Grünen diesbezüglich eine Alternative, mehr aber auch nicht. Nur vereinzelt begeben sie sich in eine klare Frontstellung „Grüne vs. *die anderen*“, oder streben nach weitreichenden Veränderungen der politischen Kultur im Lande, wie es etwa auch in Stuttgart der Fall war. Denn über eine diffuse Zustimmung zu den Grünen aufgrund unterstellter Glaubwürdigkeit, auch der Fähigkeit, in Umwelt- und Bildungspolitik neue Impulse setzen zu können, hinaus, findet sich in Schleswig-Holstein keine übergreifende Erzählung bzw. Hoffnung, die einen Wechsel ins grüne Lager zu begründen und untermauern/stabilisieren vermag.

So monieren die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen soziale Problemlagen infolge von Leistungsdruck, sozialer Segregation und Arbeitsplatzunsicherheit – allein sie sehen die grüne Partei nicht als *die* logische Retterin aus dieser Malaise. Die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen begegnen den Grünen vor allem im persönlichen, eigenverantwortlichen Nahbereich. Möglich scheint, dass das Gefühl verloren gegangener Sicherheit in den Krisen hier eine Hinwendung zum verantwortlichen Konsumdiskurs als überschaubare Thematik befördert, die nurmehr mit einer zufälligen Nähe zu den Grünen einhergeht. Möglich scheint aber auch, dass erst der wahrgenommene Bedeutungszuwachs grüner Themen, auch einhergehend und befördert durch eine gewandelte Wahrnehmung der Grünen als seriöse Partei mit echter Machtperspektive, die Leistungsträger_innen diesen Konsumdiskurs und der Partei nahegebracht hat.

Eine verbindende Brücke hierfür kann auf der Ebene der Werte vermutet werden. Bereits in Baden-Württemberg zeigte sich eine, mutmaßlich den Grünen zugewandte, Werteverschiebung. Die Ergebnisse aus Schleswig-Holstein weisen zunächst in eine ähnliche Richtung. Fast noch stärker schien hier die Abkehr von der unhinterfragten Leistungs-

euphorie vergangener Jahrzehnte.³ Der Wunsch nach einer qualitativen Umdeutung des noch dominanten Leistungsbegriffes – etwa als eigenverantwortliche, moralisch integre Leistung des Einzelnen im gesellschaftlichen Kontext – war zu beobachten. Auch ewiges Wachstum wird über Umwelt- oder Finanzkrisen in Frage gestellt. Diese Debatten waren vor allem dominant in den überdurchschnittlich verdienenden Gruppen. Hier werden die Folgen von *negativem* Fortschritt – der sich in Rationalisierung und damit verbundenen sozialen Konsequenzen, in Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch niederschlägt – höchst kritisch gesehen, als geradezu zukunftsdestruktiv bewertet. *Positiver* Fortschritt hingegen, etwa im medizinischen Bereich und vor allem auch in puncto Energiewende, wird begrüßt und z. B. in puncto Windkraft auch als ökonomische Chance für das Land gesehen.

Bei den grünen Altwähler_innen ist diese grundsätzliche Leistungs- und Fortschrittsskepsis – wenig überraschend – bereits tief verankert. Die Gesellschaft empfindet man im Vergleich zu „früher“ als weniger solidarisch und gerecht, beobachtet zunehmenden Egoismus und steigende Fixierung (zumindest außerhalb des eigenen Milieus) auf individualistische Werte. Allerdings, so scheint es, ist diese Leistungs- und Fortschrittskritik schon so selbstverständlich geworden, dass eine „plumpe“ Anti-Leistungs-/Fortschrittshaltung bzw. -rhetorik dieses sich bekanntermaßen gern diskursiv austobende Milieu zum Widerspruch reizt; so werden vermehrt die positiven Aspekte betont, oder gleich selbstverständlich mit ausdifferenzierten Umdeutungen der Begriffe hantiert. Zudem haben diese Befragten das Mokieren über negative Fortschrittsfolgen etc. über, wissen sie das doch längst. Und auch der „Nachhaltigkeits-Trend“ (z. B. technologische Entwicklungen auf dem Feld regenerativer Energien) löst bei ihnen keine Begeisterung aus, gehorcht er ihrer Ansicht nach immer noch zu sehr der überkommenen Fortschrittslogik; man schreite zu sehr auf alten, ausgetretenen Pfaden voran, so ihre Kritik, statt „ganz andere“ (und längst mögliche!) Wege einzuschlagen. Ihnen sind die „kleinen Schritte“ zu wenig, sie fordern einen „Quantensprung“ – dies allerdings höchst rational begründet mit Verweis auf bestehende Möglichkeiten, nicht als erträumte Utopie. Nicht zuletzt wird auch in fast allen Gruppen die Idee einer nachhaltigen Generationengerechtigkeit vereinzelt angesprochen, etwa hinsichtlich der Energiewende oder bezüglich des Ressourcenverbrauchs. Indes, auch diese für die Frage eines Wertewandels wichtige Diskursverschiebung hinsichtlich der Generationengerechtigkeit ist in Schleswig-Holstein deutlich geringer ausgeprägt als im Süden der Republik.

Die Ursachen hierfür scheinen vielfältig, der zeitliche Abstand zu Fukushima auf den ersten Blick evident. Dennoch würde diese Erklärung womöglich zu kurz greifen, betrachtet man die Zukunftssichten und Krisenwahrnehmungen der befragten Neu- und

³ Vgl. hierzu auch jüngst die Studienergebnisse zur Presseerklärung der Bertelsmann-Stiftung, online verfügbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_34967_34968_2.pdf

Altwähler_innen. Zum einen zeigt sich, dass die Relevanz von Umweltpolitik, Atomausstieg und Energiewende für grüne Neuwähler_innen – wohl auch bedingt durch die Bedeutung Schleswig-Holsteins für die Energiewende – im Vergleich zur Aktualität des Themas bei den Erhebungen in Baden-Württemberg nur geringfügig zurückgegangen ist. Zum anderen könnte es sein – dies werden womöglich die Erhebungen im Frühjahr 2012 in Sachsen beantworten können – dass der im Frühjahr 2011 diagnostizierte vage Beginn eines ökologisch-nachhaltigen Wertewandels derzeit von den unmittelbar wahrgenommenen ökonomischen Krisen deutlich überlagert wird.

Aktuell jedenfalls scheint die Fundamentalität der Finanzkrisen ein stark einschneidendes Erlebnis im Erfahrungshorizont der Befragten zu bedeuten. Die Angst vor weitreichenden Folgen für die eigene Zukunftsabsicherung scheint offensichtlich. Erst eine Überwindung dieser konkreten Ängste könnte hier womöglich auch einen Wertewandel jenseits von Fragen über die Funktionsweise des Finanzmarktkapitalismus ermöglichen – oder ihn gar mit einer noch größeren Dynamik versehen. Womöglich fehlen aber für diese Stoßrichtung eines Wertewandels noch – anders als etwa bei der Energiewende – die vertrauenswürdigen und glaubhaften Alternativen und Auswege. Hier ist die grüne Partei selbst gefordert. Denn deren Position zu den aktuellen ökonomischen Krisen war kaum einem/r Teilnehmer_in bewusst, die Regelungsfähigkeit dieser Krisen wird bei den Grünen eher nicht vermutet.

Resümierend lässt sich also auch für Schleswig-Holstein eine Mischung aus Zeitgeisteffekt und Wertewandel feststellen. Dennoch sind beide Sphären in Schleswig-Holstein weniger aufeinander bezogen. Offensichtlich scheint weiterhin die Wahrnehmung der Grünen als Alternative zu den etablierten Parteien aufgrund ihrer unterstellten Glaubwürdigkeit. Daneben finden sich Aspekte eines Wertewandels, der mit Teilen grüner Inhalte und Zuschreibungen konform gehen könnte, gleichwohl so kaum verbunden wird. Hier als Partei diskursiv noch viel stärker an die sich wandelnden Einstellungen zu Wachstum, Leistung und Generationengerechtigkeit anzuknüpfen, könnte den zunächst nur kurzfristigen Aufschwung der Grünen zumindest teilweise absichern. Denn, das zeigen das Sinken der Umfragewerte und das Aufkommen der Piraten, allein die Stellung als „irgendeine“, Hauptsache *andere* Alternative zu anderen Parteien wird langfristig nicht reichen.